



ZivilCourage

Magazin der DFG-VK



Der Planet brennt! **Katastrophen, Krisen, Kriege...**

Margot Käßmann: Warum ich auch jetzt Pazifistin bin und bleibe

Hermann Theisen: „Kriegspartei für den Frieden“

Ralf Buchterkirchen: Feministische Außenpolitik

Rudi Friedrich: Sich der Kriegslogik entziehen

Adressen

DFG-VK-Bundesgeschäftsstelle und DFG-VK-Shop

Hornbergstraße 100, 70188 Stuttgart
Telefon 0711 - 65296246
E-Mail verwaltung@dfg-vk.de
E-Mail shop@dfg-vk.de

Politischer Geschäftsführer

Michael Schulze von Glaßer
Telefon 0176 - 23575236
E-Mail svg@dfg-vk.de

Bundessprecher:innenkreis

- Ralf Buchterkirchen
E-Mail buchterkirchen@dfg-vk.de
- Jürgen Grässlin
E-Mail graesslin@dfg-vk.de
- Fabian Grote
E-Mail grote@dfg-vk.de
- Shari Kohlmeyer
E-Mail kohlmeyer@dfg-vk.de
- Christoph Neeb
E-Mail neeb@dfg-vk.de
- Marius Pletsch
E-Mail pletsch@dfg-vk.de
- Jan Sander
E-Mail sander@dfg-vk.de
- Thomas Carl Schwoerer
E-Mail schwoerer@dfg-vk.de
- Hauke Thoroë
E-Mail thoroë@dfg-vk.de
- Adrián Villa Urrego
E-Mail villa@dfg-vk.de

Landesverbände und Gruppen:

www.dfg-vk.de/kontakte

Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK

E-Mail stiftung@dfg-vk.de
www.bertha-von-suttner-stiftung.de

Carl-von-Ossietzky-Solidaritätsfonds der DFG-VK

<http://cvo.dfg-vk.de/cvo-start>

Redaktion *ZivilCourage*

Hornbergstraße 100, 70188 Stuttgart
Telefon 0711-51892620
E-Mail zc@dfg-vk.de



Liebe Leserin, lieber Leser, je länger der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine dauert, je mehr Menschen dabei sterben, je mehr Waffen „der Westen“ liefert, je massiver die Zerstörungen werden, je größer das Leid der vom Krieg betroffenen Menschen wird, je höher die Gefahr des Einsatzes von Atomwaffen steigt, desto wirrer werden die Diskussionen. Der Begriff Pazifismus scheint zum Schimpfwort zu werden – als ob wir Pazifist*innen verantwortlichen seien für den Krieg und dafür, dass er nicht möglichst schnell endet.

Viele von uns fühlen sich um Jahrzehnte zurückversetzt und fragen sich, ob ihr Engagement denn gar nichts bewirkt hätte. Da machen sich verständlicherweise Gefühle von Verzweiflung breit (geschildert von Robert Hülsbusch auf Seite 10). Um so wichtiger ist es, dass Menschen – wie z.B. unser Mitglied Margot Käßmann (Seite 8) – klar und begründet bei ihrer pazifistischen Position bleiben.

Orientierung geben kann uns auch unsere Grundsatzerklärung, die wir alle – und ich gehe davon aus: wohlüberlegt – bei unserem Beitritt zur DFG-VK unterschrieben haben (und nicht zu vergessen: weltweit viele andere, die Mitglied in ihren Zweigen der War Resisters' International sind):

Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Gemeint ist damit: Der Krieg als solcher. Jeder Krieg. Angriffskriege sowieso. Aber auch Verteidigungskriege. Niemand von uns wird den Ukrainer*innen das Recht bestreiten, sich gegen den russischen Angriff zu verteidigen. Aber eben nicht mit kriegerischen Mitteln, also mit organisierter militärischer Gewalt.

Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen. Ein*e Pazifist*in wird sich deshalb weder zu den internationalen Einheiten der ukrainischen Armee melden noch zur russischen oder irgendwelchen Söld-



Foto: privat

nertruppen. Pazifist*innen werden aber auch kein Geld sammeln, mit dem Waffen für eine der Kriegsparteien gekauft werden soll. Sie treten ein gegen eine Politik, die mit Rüstungsexporten und logistischer und finanzieller Hilfe eine Kriegspartei unterstützt, stärkt, auf- und ausrüstet. Sie lassen sich vom „Kriegsgeheul“ und der Propaganda nicht beeindrucken und widersprechen denen, die den Krieg rechtfertigen. Und sie geben hoffentlich in der Wahlkabine keiner Partei ihre Stimme, die den Krieg und konkret diesen Ukraine-Krieg gutheißt, unterstützt und befeuert.

... und entschlossen, an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten. Eine Kriegsursache ist immer der Krieg selbst. Das Unrecht und das Leid, was der Krieg den Menschen auf beiden Seiten antut, ist seinerseits der Grund für Hass und Feindschaft und trägt den Kern für Revanche, Rache und neuen Krieg in sich. Deshalb ist das Eintreten für ein möglichst schnelles Ende des Verbrechens Krieg neben der Rettung von Menschenleben auch eine Vorbeugungsmaßnahme im pazifistischen Sinne.

Ansonsten lässt sich unter Pazifist*innen sicher lange und immer wieder darüber streiten, was konkret eine Kriegsursache ist und welche vorrangig zu „beseitigen“ ist. Das aber ist im demokratischen Prozess in gegenseitigem Respekt zu klären. Eine der Kriegsursachen sind aber wohl von niemandem bestritten die Feindbilder. Dazu passend schrieb dieser Tage der ehemalige Bundesrichter Thomas Fischer in seiner *Spiegel*-Kolumne: „Die Unterschiede zwischen den Häuptlingen und den Indianern in den einzelnen Gesellschaften sind viel größer als die zwischen den Indianern auf den verschiedenen Seiten.“ Abgesehen von der vielleicht problematischen Verwendung des I-Wortes ist ihm zuzustimmen.

Stefan Philipp

Sich der Kriegslogik entziehen

Deserteure und KDVer brauchen Unterstützung

Von Rudi Friedrich



Foto: privat

Kurz nachdem Russland die Ukraine angegriffen hatte, forderte EU-Ratspräsident Charles Michel russische Soldaten zur Desertion auf und versprach, darüber nachzudenken, ob sie Asyl bekommen sollen. Sechs Monate später beschließt das Europäische Parlament, dass die Mitgliedstaaten sich bei der Frage des Asyls an Recht und Gesetz halten sollen. Sieht so eine tatkräftige Unterstützung aus? Wohl kaum.

Die Bundesregierung hat immerhin erklärt, dass russische Deserteure Asyl erhalten sollen. Ausgeschlossen von dieser Regelung sind allerdings Militärdienstflüchtlinge, die so klug waren, sich schon vor der Einberufung abzusetzen. Geflissentlich übersehen wurde, dass von inzwischen wohl 150 000 Militärdienstflüchtlingen aus Russland gerade mal zwei- oder dreitausend den Weg in die Europäische Union geschafft haben. Die Grenzen sind weitgehend geschlossen.

Andere in der Europäischen Union gehen mit diesem Thema noch weit weniger zimperlich um. Desertion? Da werden gleich alle Register gezogen, um diese Tat „ins rechte Licht“ zu rücken. Die einen fabulieren darüber, dass russische Deserteure Spione sein könnten, als ob die Spione aus Russland nicht schon längst hier wären. Egal, erst einmal werden alle Verweigerer unter Generalverdacht gestellt. Andere sinnieren darüber, dass sie doch besser in Russland gegen die eigene Regierung kämpfen sollen. Ist das nun ein Aufruf zum Bürgerkrieg? Auf jeden Fall geht es hier nur darum, die Verweigerer für die eigenen Zwecke zu instrumentalisieren.

Und so haben wir sie wieder: die Denunziation, die Brandmarkung als

Verräter oder auch die Instrumentalisierung derjenigen, die sich gegen einen Krieg wenden. Was all diesen Argumenten und Positionen gemein ist: Sie bewegen sich in der Logik des Krieges, dem Denken in Freund und Feind. Was sind wir froh, dass es Menschen auf allen Seiten des Krieges gibt, die dies genau nicht tun.

Es gibt auch Verweigerer auf der anderen Seite des Krieges, in der Ukraine. Dort wurde das ohnehin restriktive KDV-Gesetz ausgesetzt, Verweigerer zu langen Haftstrafen verurteilt. Auch hier entziehen sich viele der Kriegsdienstpflicht: Schätzungsweise 140 000 halten sich in Westeuropa auf. Sie haben Glück: Aufgrund des befristeten humanitären Aufenthalts können sie vorerst bleiben. Was danach kommt weiß heute noch niemand.

Sie alle mögen ihre privaten, politischen oder auch Gewissensgründe für ihre Entscheidung haben. Auf jeden Fall stehen sie für einen anderen Weg, abseits einer Kriegshysterie, die nur Waffen zählt und die Eroberung von Gebieten als Sieg preist. Ohne diese Idee, dass es anderes als den Kampf gibt, verbleiben wir nur in einer Spirale der Eskalation.

Wir brauchen Menschen, die sich gegen den Krieg stellen und für ihre Gesellschaften andere Optionen aufzeigen. Und sie brauchen unsere Solidarität und Unterstützung: Offene Grenzen, um Länder mit prekärem Status verlassen zu können, einen echten und dauerhaften Schutz und in ihrer Heimat eine Amnestie und ein umfassendes Recht auf KDV.

Rudi Friedrich setzt sich als Mitbegründer von Connection e.V. seit 30 Jahren international für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure ein (www.connection-ev.org). Seit Jahrzehnten ist er Mitglied der DFG-VK.

Bitte umsteigen von analog auf digital



Der DFG-VK-Bundeskassierer Christoph Neeb wirbt:

Weniger Geld für die Post, mehr für Politik!

Und bittet darum, dass sich möglichst viele Mitglieder dafür entscheiden, die *Zivil Courage* nicht mehr als gedrucktes Heft per Post zu beziehen, sondern digital als PDF per E-Mail. Zu lesen am Computer, auf dem Tablet oder Smartphone. Bisher haben sich mehr als 400 Mitglieder für den Digitalbezug entschieden und sparen v.a. Portokosten (und in geringerem Maß auch Druckkosten) ein. Geld, das damit nun direkt in die politische Arbeit der DFG-VK fließt. Und eine Umstellung schont natürliche Ressourcen.

Die Umstellung ist ganz einfach: Entweder zivilcourage.dfg-vk.de/die-zivilcourage-online-beziehen/ aufrufen, eintragen, absenden, fertig. Oder: E-Mail an: zc@dfg-vk.de mit dem Betreff: *ZC digital* Bitte Vor- und Nachnamen, Wohnort und (falls griffbereit) Mitgliedsnummer angeben. Vielen Dank!

Inhaltsverzeichnis diesmal: Seite 17

Der Planet brennt! Katastrophen, Krisen, Kriege...

Ein Essay von Elmar Klink

Es ist mittlerweile überall augenfällig: Der blaue Planet Erde ist in Brand geraten. Und das nicht nur klimatisch, sondern auch politisch. Zur menschengemachten Klimakatastrophe addieren sich die nicht minder von Menschen erzeugten politischen Katastrophen: Krisen, Kriege, Weltflüchtlinge, 89 Millionen akut Hungernde, 650 Millionen Infizierte und 6,5 Millionen Tote durch die Corona-Pandemie, die eine moderne, wissenschaftsgestützte Medizin offenbar mit herkömmlichen Strategien nicht mehr in den Griff bekommt. Ist die Menschheit der Kapitulation nahe? Erstmals seit 1945 haben wir es beim Ukrainekrieg mit einem großen Krieg am Rande Europas zu tun, unter dessen Folgen die ganze Welt zu leiden hat: Energieverknappung, Lebensmittelpreise-Anstieg, Hyperinflation, drohende Hungerkatastrophen in Afrika und eine bedrohlich schwelende atomare Gefahr. Das Stockholmer Friedensforschungsinstitut Sipri stellt

in seinem Jahresbericht 2022 fest, dass die offiziellen Entscheidungsträger sich angesichts häufender Krisenlagen auf verschiedenen Ebenen einer neuen Situation gegenübersehen, der sie so nicht mehr gewachsen zu sein scheinen. Krisen folgen nicht mehr bewältigbar nacheinander, sondern stellen sich gleichzeitig ein, ja gehen komplex noch auseinander hervor und bedingen sich gegenseitig. Was tun, wenn nicht das Übel an der Wurzel gepackt wird?

Diese Frage ist die derzeit mit „brennendste“. Gerade der Ukrainekrieg Russlands gegen eine ehemalige Sowjetrepublik im westlichen Zugriff hat einen zusätzlichen Krisenmechanismus ausgelöst, den die übrigen Länder in ihrer auswachsenden Schwere nicht mehr ausreichend schultern und abfedern können. Im Gegenteil schüren viele westliche Länder als „Kriegspartei“ auf der Seite der Ukraine durch Milliarden-Dollar-Hilfen und ungeheure Waffenliefe-

rungen den Brandherd noch, der sich immer weiter ausbreitet.

Der Sensations-ZDF-Talker Markus Lanz und die von ihm eingeladenen Journalist:innen- und Politiker:innen-Riege beruhigten sich in seiner Sendung Ende August einverständlich damit, dass man laut Völkerrecht ja keine Kriegspartei sei, wenn man einem überfallenen Land mit gelieferten Waffen zur Seite steht. Juristisch vielleicht nicht, aber faktisch ist man es.

Sie scheinen (oder sind) völlig blind und taub für die tieferen Zusammenhänge des historischen Komplexes Russland – Ukraine – Westen (USA, Nato, EU). Die (militärische) Selbstverteidigung der angegriffenen Ukraine ist das eine und allein Sache dieser Nation, wie sie es anstellt und an wen sie sich dabei wendet. Sie nutzt dabei vorhandene und ihr angebotene Quellen und Wege, an entsprechende „schwere“ Gefechts Waffen zu kommen. Das andere ist, dass dies in ein Macht- und Kräftespiel zwischen

dem Westen, also USA und Nato, und Russland um Hegemonie eingebettet ist. Indem der Westen in diesen militärischen Kampf von Anfang an von sich aus massiv und aktiv von außen durch Waffen, Streitkräfte-Ausbildung, militärische Aufklärung, Geld und Sanktionen eingriff, statt sich weiterhin auf Vereinte Nationen, Diplomatie und aktives Verhandeln zu konzentrieren, ist immer mehr Teil des Problems und Konflikts. Was anderes ist Ausweis von Kriegsparteilichkeit? Wie unterscheidet sich dies noch vom Nato-Bündnis-Beistand?

Im Russland-Ukraine-Krieg stehen sich hochgerüstete konkurrierende Weltmächte gegenüber. Der Kampf der Interessen wird ausgetragen unter der ideologischen Prämisse westliche „Demokratie“ versus russische „Autokratie“, „Staatsdespotie“ und expansive Militärstrategie, als gäbe es letztere nicht auch auf Nato-Seite. Dies gipfelt etwa in dem haltlosen Satz, die Ukraine kämpfe auch für die Freiheit des Westens. Eine Wiederauflage der abenteuerlichen Struck-Doktrin von der Verteidigung deutscher Freiheit am Hindukusch. Dem wird westlicherseits aller gesellschaftlicher und politischer Diskurs untergeordnet. Und Menschen wie Lanz und die meisten seiner Gesprächs-Protagonist:innen erweisen sich objektiv als Pro-Kriegs-Partei, die diese ideologische Prämisse in die mediale Öffentlichkeit vermittelt und ihre Wirkung nicht verfehlt. Statt sich eine unabhängige Position und Distanz zu erarbeiten und bewahren, die nach allen Seiten fragt und hinterfragt, wie es sich für einen freien kritischen Journalismus geziemen würde.

Ungefähr zwei bis drei Dutzend transatlantisch orientierte „Sicherheits-Expert:innen“, „Think-Tanker:innen“, Redakteur:innen aus großen Zeitungshäusern, Ex-Nato-Generäle, etablierte Publizist:innen und Politik-Repräsentant:innen von Union bis zu den Grünen bestimmen den öffentlichen Pro-Kriegs-Diskurs und geben sich bevorzugt in den TV-Talk-Stu-

dios von „Anne Will“, „Hart aber fair“, „Presseclub“, „maischberger“, „maybrit illner“, „Markus Lanz“ oder Phoenix-Runde die Türklinke in die Hand. Dass dabei auch auf die Leiterin der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung/Leibniz-Institut, Nicole Deitelhoff zurückgegriffen wird, zeigt lediglich, wie weit diese in den herrschenden Kriegsdiskurs verstrickt ist. Dezidiert kritische Stimmen aus Friedensforschung und Friedensbewegung werden einfach übergangen und unterdrückt.

Lanz & Co. etwa betreiben schlicht gesagt einseitige „Kriegspropaganda“. Das kann kaum im Interesse öffentlich-rechtlicher Zielsetzung für ausgewogene Information, Berichterstattung, Diskussion und Meinungsbildung liegen, wofür die Allgemeinheit teure Rundfunkgebühren entrichtet.

Die, die diesen Krieg vom Friedensstandpunkt kritisieren und ablehnen und zivile Alternativen und gewaltfreie Strategien zur Konfliktbearbeitung vorzuschlagen wüssten, lassen sich nicht in den Sog westlicher Kriegs-Parteinahme hineinziehen. Es ist aus pazifistischer Sicht unmöglich zu sagen, man müsse einen Krieg gewinnen. Sie widersetzen sich dem moralischen Druck, aus „humanitären“ Gründen in den Pro-Kriegs-Tenor einzustimmen, auch wenn es sich aus ukrainischer Sicht um einen „Verteidigungskrieg“ handelt. Krieg, der wieder als Fortsetzung von Politik mit anderen Mitteln betrieben und gutgeheißen wird, bleibt zu ächten. Das ist ein antizivilistischer europäischer Rückfall in Kriegs- und Gewaltbarbarei um Jahrzehnte, für den der Zweck die Mittel heiligt. Es entspricht der Zeiterückwende bei der Energiekrisen-Bekämpfung zugunsten umweltschädlichem Fracking-Flüssiggas, Verlängerung von Atom- und Kohlekraftwerkslaufzeiten bis hin zum unglaublichen Versuch, Atomenergie trotz Tschernobyl und Fukushima plötzlich als „sauber“ und „nachhaltig“ zu zertifizieren, weil es eine neue nukleare Technologie gebe.

Was der Westen auf Ukraine-Seite macht, ist faktisch nichts anderes als Kriegsparteilichkeit, schon rein, was die begleitende ideologische Kriegsrhetorik betrifft.

Der wissenschaftliche Dienst des Bundestages hat darauf schon vor Längerem hingewiesen, dass man den sicheren juristischen Grund des Völkerrechts verlasse, wenn man im größeren Stil auch Soldaten der angegriffenen Seite an Waffen ausbildet und trainiert. Nichts anderes geschieht bereits und erwägt die EU laut ihrem Außenbeauftragten, Josep Borrell, zu intensivieren, indem man jetzt ein militärisches Ausbildungsprogramm für die ukrainischen Streitkräfte veranstaltet. Kurz vor dem russischen Überfall am 24. Februar hatten die EU-Außenminister bereits Pläne zur Ausbildung militärischer Führungskräfte der Ukraine gebilligt. Im Fall der EU-Mitgliedschaft der Ukraine, wofür sie inzwischen Kandidat ist, sehen Vertragsklauseln auch eine militärische Beistandspflicht vor, ähnlich dem Bündnisfall-Paragraphen des Nato-Vertrags.

Der Westen handelt quasi gegen sich selbst, so wie in der Frage der Klimakatastrophe die ganze Welt gegen sich selbst handelt und nur zu halbherzigen unzureichenden Lösungen findet bzw. bereit ist, die aber das Unglück nicht abwenden werden. Das Unglück, das ist die rasante Erderwärmung, die täglich großflächige Abholzung der lebenswichtigen Regenwälder, die systematische Ausrottung der Tier- und Pflanzenvielfalt, auch Bio-Diversität genannt. Das Unglück, das ist auch das Abschmelzen der weltweit gebundenen Eisvorräte an den Polen und in den Gebirgen, verbunden mit einem drastischen Anstieg des Meeresspiegels. Das bedeutet „Land unter“ weiter Meeresanrainer-Regionen bis in 20, 30 Jahren.

Wir schreiben das Jahr 2022, 38 Jahre nach Orwells „1984“, 50 Jahre nach dem ersten alarmierenden Bericht des „Club of Rome“ über die „Grenzen des Wachstums“.

1972/73 entstand ein Science-Fiction-Film mit dem Titel „... Jahr 2022 ... die überleben wollen“. Er zeichnet visionär einen sehr ähnlich gearteten Zustand wie den, mit dem wir es heute real zu tun haben. Globale Umwelt- und Luftverschmutzung, Überbevölkerung, hungernde Massen, korrupte Konzerne, akute Ernährungsnot. Frische Lebensmittel kosten horrenden Geldsummen, saubere Luft ist den privilegierten oberen Zehntausend vorbehalten, die diese gegen hohe Eintritte stundenweise in Gewächshaus-Pavillons atmen dürfen. Der ozeanische Nahrungsmittel-Konzern Soylent kommt auf eine irrwitzige Lösung des Problems Überbevölkerung und Hungersnot: Jeder Mensch, der dies möchte, und Menschen ab einer bestimmten Altersgrenze können sich staatlich einschläfern lassen, was Menschen vor den Toren der Sterbeinstitute Schlange stehen lässt. Sie bekommen ein letztes Mal eine grandios-groteske Show geboten. Nachdem sie den Todestrunk eingenommen haben, wird ihnen auf großflächigen Leinwänden noch einmal vorgeführt, wie die Erde früher war und ausgesehen hat, als sie noch grün, fruchtbar, von Tieren in Meeren und an Land zahllos bevölkert war. Meeresküsten, Flüsse, Berge, weite, im Wind wehende Blumenwiesen, friedlich grasendes Wild, plätschernde Bäche, Wasserfälle – all das vergangene Schöne und Wilde der Natur. Dazu wird klassische Musik eingespielt, Beethoven – die Pastorale. Oder Händel, Mozart, Debussy..., was man sich erwählt. Nachdem das Gift sanft gewirkt hat und die Menschen tot sind, werden sie wie Mumien in Leichentücher eingewickelt an Terminals verfrachtet, wo sie in große Müllcontainer-Fahrzeuge geladen werden, die sie zu den Soylent-Fabriken bringen.

Dort kippt man die Leichname in riesige Becken mit zersetzenden Flüssigkeiten... Einige Produktionsgänge weiter verlassen handliche Kekse im „Bahlsen“- und Knäcke-Format in Milliardenstückzahl auf Förderbändern die Produktionsanlage. Als Soy-

lent-Kekse Grün, Orange oder Gelb werden sie auf Märkten günstig als Kraftnahrung angeboten und ihr hoher Energiegehalt als angeblich aus Meeresalgen gewonnen gepriesen. Ein Polizist, der an der Aufklärung eines Mordes an einem hohen Soylent-Funktionär arbeitet, kommt bei seinen Ermittlungen und aufgrund von Erkenntnissen aus den Soylent-Berichten dem Ungeheuren auf die Spur und brüllt die furchtbare Wahrheit am Ende des Films hinaus: Soylent ist Menschenfleisch! „Soylent Green“ – ein Film, der heute (fast) Gegenwart ist. Aber vernichten wir nicht auch schon auf industrielle Weise unsere Artgenossen, die Tiere, um uns massenhaft von ihnen zu ernähren, die wie wir Gefühle und ein Bewusstsein haben? Was ist mit Fast Food? Paul McCartney versicherte einmal: „Ich esse nichts, was zwei Augen hat.“

Soweit diese düstere, bedrückende Allegorie.

Unser Planet brennt. Gerade in den letzten Jahren gingen weltweit riesige Waldflächen durch Brände und illegale Rodung etwa im Amazonas- und Kongobecken oder in den Regenwäldern Südostasiens verloren. Indonesien mit seiner riesigen 2-Millionen-Quadratkilometer-Inselfläche und 270-Millionen-Einwohnerschaft ist politisch zu den aufstrebenden neuimperialistischen Ländern zu zählen. Mit seiner explosiv wachsenden Bevölkerungszahl liegt es hinter China, Indien, USA und noch vor Brasilien an vierter Stelle.

Waldbrände in den jahreszeitlich heißen Sommern treten nicht mehr nur dort auf, wo man sie für gewöhnlich wiederkehrend erwartet: Kanada, Westen und Südwesten der USA, Südeuropa, Mittelmeerraum, Griechenland, Australien. Auch Gebiete in Zentraleuropa, Frankreich, Deutschland, Skandinavien, Rumänien, ja auch in Sibirien sind zunehmend betroffen. Ansteigende Temperaturen auf über 40, sogar über 50 Grad Celsius in unseren Breiten und wochenlange Hitzeperioden machen dies möglich. Eine direkte Folge der Erderhitzung.

Extrem stellte es sich in diesem Jahr in Deutschland dar. Ausgetrocknete Böden, verdorrte Nutzpflanzen und Ernteschäden, Tiefstpegelstände in den großen Flüssen Rhein, Main, Elbe, Donau, ausgedehnte Waldbrände vor allem in Brandenburg und Sachsen. Wir erlebten die größte Dürre seit 500 Jahren, fast die Hälfte von Europa sei davon betroffen, so stellen es Forscher der EU-Dürrebeobachtungsstelle in einem neuen Bericht fest. Dies habe besonders negative Auswirkungen auf die Ernte von Sommerkulturen wie bei Mais und Sojabohnen.

Die zu erwartende Missernte bei Kern-Getreidearten werden die ohnehin hohen Nahrungsmittel-Kosten noch zusätzlich steigen lassen. Das wird voraussichtlich eine mittlere Katastrophe für Landwirte und ärmere Verbraucher. Nach finanziellen „Entlastungen“ wird überall gerufen, aber entweder kommen die sehr Grundbedürftigen nicht in ihren Genuss oder sie schlagen dank unserer neoliberalen Finanzregierung einseitig gerade bei den Reicherem positiv zu Buche. Dabei gälte es, „Schaden vom deutschen Volk abzuwenden“, nicht nur von Lobbygruppen und eigener Klientel. Die zunächst geplante Gasumlage wäre ein absurdes Lenkungsinstrument gewesen, auf gestiegene Energiekosten noch eins drauf zu setzen – plus Mehrwertsteuer, von der der Staat profitiert. Die Folgen vor allem auch des deutschen Kriegseingagements in der Ukraine und die Berliner Sanktionspolitik gegen Moskau werden teuer. Wie lange machen die Menschen das mit? Denn das Land brennt. Krieg, Energie-, Ernährungs- und Corona – alles hängt miteinander zusammen und voneinander ab. Es hilft nicht, nur an Symptomen herumzudoktern. Das System, das sehen und spüren wir immer mehr, ist todkrank.

Ein neuer heftiger Corona-Herbst und -Winter könnte bevorstehen. Wir können die Massen totimpfen, das Virus verschwindet dadurch nicht und durchseucht jetzt die Bevölkerung.

Täglich weiterhin zwischen fünfzig- und hunderttausend Neuinfektionen in Deutschland. Mehr Impforgien erhöhen wiederum die unwägbare Mutanten-Gefahr, ein Teufelskreis. Noch immer sterben bundesweit pro Tag über 100 bis 200 Menschen an Covid-19 und das im Jahr drei der Pandemie! Ein Skandal. Pharma-Konzerne verdienen sich an neuen Impfstoffen für den Herbst wieder dumm und dämlich. Übergewinnsteuern? Vergesst es. Nicht mit einem Finanzminister der FDP. Covid-19 ist nicht harmlos, keine leichte Sommergrippe. Jeder achte Genesene leidet mehr oder weniger schwer an Long-Covid-Folgen, Teilnervenlähmungen, funktionellen Organbeeinträchtigungen, Sinnesausfällen, Fatigue-Syndrom, chronischem Erschöpft-sein, geschwächter Immunität usw. Die menschliche Gesundheitssubstanz schwindet. Menschenrecht auf menschenwürdige Gesundheit? Die Covid-Pandemie schafft ein riesiges Einfallstor für nächste Viren-Angriffe. Man erinnere sich, es sind im Zukunftsroman „Krieg der Welten“ von H.G. Wells nicht Atombomben, die außerirdische Marsianer bei ihrer Invasion der Erde zur Strecke bringen, sondern Mikroben...

Der Planet brennt, die Zellen im menschlichen Organismus „brennen“, Wälder brennen, Städte brennen in der Ukraine. Unter schlecht isolierten Dächern über Mansarden fällt an heißen Tagen die Temperatur des Nachts nicht mehr unter 27 Grad. Schlaf-Sauna plus schlafloses Schäfchen-zählen. Ventilatoren waren ausverkauft, Heizlüfter für den Herbst sind es teilweise auch.

Drastisch führen austrocknende Flüsse und Seengewässer vor Augen: Die Katastrophe ist da. Bei anhaltend 25 bis 30 Grad Wassertemperatur im Sommer verrecken die meisten Fische außer Hechte und Karpfen auch so, der Sauerstoffgehalt schwindet drastisch. Die Kreatur erstickt, Bäume geben auf ausgetrockneten Waldböden den Geist auf, den Rest besorgen Schädlinge. Der Waldzustandsbericht nach Dürren und Tornados fällt ver-

heerend aus. Fast jeder dritte Baum hierzulande ist bedrohlich geschädigt, kämpft um sein Überleben. Nahrung für Flächenbrände. Erst sterben die Wälder, dann der Mensch. Die Erwärmung über Gebühr fördert giftiges Algenwachstum in Seen. Chemikalienleitungen in Flüsse bewirken das Übrige. 200 bis 400 Tonnen verendeter Fisch in der Oder, 25 bis 50 Prozent Verlust des gesamten Fischbestandes – und Experten streiten sich noch immer über mögliche Ursachen... Das schafft keine einzelne Gift-Alge, vor allem nicht in einem Fließgewässer. Da sind Chemie und Mensch verursachend mit im Spiel. 282 illegale Abwasser-Kanäle in die Oder wurden bislang auf polnischer Seite gefunden. Deutsche und polnische Politikverantwortliche schieben sich gegenseitig den schwarzen Peter zu.

Es sind lediglich Symptome für das, was im Großen nicht mehr stimmt, hüben wie drüben. Wenn in der Ukraine ein AKW in die Luft fliegt, wird es für alle bitter. Wind und Fallout kennen weder Freund noch Feind. Das weiß man auch in Moskau. Noch immer sind Pilze auf süddeutschen Waldböden stark Caesium-belastet, vor allzu viel Verzehr wird gewarnt. Das sind die Folgen von Tschernobyl – vor 36 Jahren, damals in der Ukraine! Mehr als eine Generation liegt das nun zurück. In Fukushima leitet man jetzt große Mengen zurückgehaltenen radioaktiven Wassers „kontrolliert“ ab ins Meer. Industrie-Fangfisch aus dem Nordpazifik, sog. Alaska-Seelachs, sollte man nicht mehr bedenkenlos essen.

Der Sonnenbrand lässt Gletscher in Gebirgen beschleunigt schmelzen. Neueste Zahlen aus der Schweiz besagen, dass die dortigen Gletscherwelten zwischen 1931 und 2016, das sind gerade mal 85 Jahre, die Hälfte ihres Volumens eingebüßt haben. Ab 2016 ist nach dem Gletschermessnetz Glosios das Eis noch schneller geschmolzen, Bis 2022 ging das Volumen um weitere 12 Prozent zurück zu den schon 50 Prozent. An der Marmolada, mit 3340 Metern der höchste

Dolomiten-Gipfel, brechen ganze Eis- und Felswände infolge Erwärmung ab und gehen als Eis-Geröll-Muren zu Tal, Menschen und Tiere unter sich begrabend.

Und den Regierenden fällt nicht mehr ein als „Entlastungspakete“. Leere Versprechungen, Hinhalte-Maßnahmen, um die nervöse Stimmung in der Bevölkerung zu dämpfen. Hunger-Revolten scheinen gar nicht mehr so fern. Die ganze kurzsichtige Reparaturpolitik an der Mega-Maschine müsste „entlastet“ und entsorgt werden. AKW- und Kohleschleuder-Laufzeiten sollen der Kriegskrise wegen wieder verlängert werden und jeweils gut Zweidrittel-Mehrheiten der Bevölkerung befürworten das.

„O Mensch gib acht“ (Nietzsche) – vor dir selbst. Man greift des einen Übels wegen wieder zum anderen und holt es zurück. Flüssiggas aus teurem, umweltschädlichem Fracking. Nichts drückt Kapitulation beim Klimaschutz deutlicher aus. Grüner Wasserstoff aus Kanada... Wir wissen, was wir vom „guten Willen“ der Politik(er:innen) zu halten haben. Die Wut ob ihres Versagens auf breiter Front wächst.

Als Friedensbewegung, als Pazifist:innen und Antimilitarist:innen sollten wir viel stärker als bisher in größeren Zusammenhängen denken, unsere Bündnisse organisieren – und radikaler handeln. Ganz in dem Sinne, dass sich dieses Wort vom lateinischen *radix* = *die Wurzel* ableitet, also: an die Wurzel gehend, von Grund auf.

Elmar Klink ist seit 1971 Kriegsdienstverweigerer und war Mitglied im Verband der KDVer (VK, eine Vorläuferorganisation der DFG-VK). Von 1991 bis 2008 war er beruflich in der EAK (Evang. Arbeitsgemeinschaft für KDV und Frieden) tätig. In der ZivilCourage 2/2019 rezensierte er unter der Überschrift „Lebensthema Kriegsdienstverweigerung“ ausführlich die 2018 erschienene Autobiografie des langjährigen Vorsitzenden der Zentralstelle KDV Ulrich Finckh (Pimpf, Pfarrer, Pazifist. Bremen 2018). <<

Warum ich auch jetzt Pazifistin bin und bleibe

Deutliche Position gegen Häme, Verdummung und Kriegshysterie

Von Margot Käßmann

Selten wurde Pazifismus so massiv diffamiert wie im Jahr 2022. Das sei eine unverantwortliche Zuschauerposition, heißt es. Sascha Lobo spricht von „Lumpenpazifisten“. Der FDP-Politiker Graf Lambsdorff hat Teilnehmende an Friedensdemonstrationen zu Ostern als „fünfte Kolonne Wladimir Putins“ bezeichnet. Und ja, auch das Argument, sich fein rauszuhalten oder „wohlstandsverwöhnt“ (Roderich Kiesewetter) zu sein, kommt immer wieder. Innerkirchlich wird Pazifistinnen und Pazifisten vorgehalten, sie würden „Ponyhoftheologie“ betreiben. Manchmal frage ich mich, woher diese hohe Aggression kommt. Würden

diese Protagonisten denn in irgendeiner Weise befriedet sein, wenn nun alle das hohe Lied der Waffen singen? Was ist das überhaupt für ein Verständnis von Demokratie, wenn nur noch eine Einheitsmeinung akzeptabel scheint und alle kritischen Einwürfe gleichgeschaltet werden sollen?

Ich bin trotz heftiger Angriffe in Diskussionen oder auch per Mail bei meiner pazifistischen Haltung geblieben. Anfangs habe ich sie noch bei Talkshows vertreten, aber nachdem ich erlebt habe, dass ich lediglich als diejenige eingeladen werde, an deren vermeintlich absurder Haltung sich die anderen geladenen Gäste empört abarbeiten können, habe ich keine weiteren Zusagen gegeben. Sie hat drei Gründe.

Zum einen fühle ich mich als Christin der Botschaft Jesu verpflichtet: Selig sind, die Frieden stiften. Steck das Schwert an seinen Ort. Liebet eure Feinde. Martin Luther King hat einmal gesagt, Letzteres sei das Schwerste, das Jesus denen, die ihm nachfolgen wollen, hinterlassen hat. Und das stimmt auch bis heute. Es bleibt eine Provokation. Einmal wurde ich gefragt, was Jesus Terroristen sagen würde. Ich habe erklärt: „Wahrscheinlich dasselbe wie vor 2000 Jahren: Liebet eure Feinde, bittet für die, die euch verfolgen.“ Die Reaktion war ein Shitstorm. Dabei habe ich Jesus zitiert. Mir hat das gezeigt, wie weichgespült die christliche Botschaft inzwischen daherkommt.

Zum anderen rührt meine Haltung aus den familiären Erfahrungen. Mein Vater war 18 Jahre alt, als der Zweite Weltkrieg begann – er wurde sofort zur militärischen Ausbildung beordert und musste als Soldat „dienen“, bis er mit 25 aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft entlassen wurde. Meine Mutter war Krankenschwester in Ber-

lin, hat die Bombennächte erlebt, wurde nach Rügen evakuiert, floh nach Dänemark und musste dort zwei Jahre in einem Internierungslager bleiben. Ihre Mutter und ihre Schwester waren allein im pommerschen Köslin, bis sie 1946 nach Hessen aufbrechen konnten. Mein Großvater väterlicherseits und meine Tante starben bei Bombenangriffen auf Hagen. Mein Großvater mütterlicherseits wurde nach Sibirien verschleppt und starb auf dem Transport. Dass Krieg mit allen Mitteln zu verhindern ist, war bei uns zu Hause unumstritten.

Schließlich habe ich als Bürgerin dieses Landes gerade auch angesichts unserer Geschichte immer für richtig gehalten, Rüstungsexporte abzulehnen oder zumindest so zu beschränken, dass keine Waffen in Krisen- oder gar Kriegsgebiete geliefert werden. Das war auch lange Zeit Konsens. Jetzt wird erklärt, unsere Freiheit werde – diesmal nicht am Hindukusch – jetzt aber in der Ukraine verteidigt. Wer die Lieferung schwerer Waffen ablehne, mache sich schuldig. Dessen bin ich mir übrigens sehr bewusst. Wer eine pazifistische Position einnimmt, weiß sehr genau, dass er oder sie dadurch schuldig werden kann. Aber das gilt ebenso für diejenigen, die Waffenlieferungen fordern. Denn durch diese Waffen werden vielleicht Menschen geschützt, aber auf jeden Fall Menschen sterben.

Wenn Pazifisten gesagt wird, sie sollten mit ihrer Meinung doch in die Ukraine gehen und ihren Pazifismus ausleben, halte ich dagegen: Auch diejenigen, die so engagiert aufzählen, welche schweren Waffen Deutschland unbedingt zu liefern habe, werden diese Waffen nicht höchstpersönlich einsetzen. Auch sie schauen am Ende dem Elend des Krieges zu, das durch weitere Waffen verlängert wird. Erich



Schon lange als Pazifistin aktiv: Margot Käßmann als Präsidentin der Zentralstelle KDV 2007 bei der Feier zum 50-jährigen Bestehen der Organisation, hier mit dem früheren DFG-VK-Vorsitzenden Gerd Greune

Margot Käßmann ist seit 2016 Mitglied der DFG-VK. Bis zu deren Auflösung nach Aussetzung der Wehrpflicht war sie Präsidentin der Zentralstelle KDV. Die promovierte Theologin war von 1999 bis 2010 Landesbischöfin der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers sowie daneben 2009 bis 2010 Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland. In dem ZDF-Beitrag „Lichtgestalten – Unbekannte Helden der deutschen Geschichte“ präsentierte sie die DFG-Gründerin Bertha von Suttner, abrufbar in der ZDF-Mediathek unter <https://bit.ly/3E5NdGX> (ab Minute 29:15).

Maria Remarque schrieb: „Ich dachte immer, jeder Mensch sei gegen den Krieg, bis ich herausfand, dass es welche gibt, die dafür sind, besonders die, die nicht hingehen müssen.“

Pazifismus heißt ja nicht, passiv zu sein. Viele unterstützen Geflüchtete. Es gibt humanitäre Einsätze in Kriegsgebieten und auch soziale Verteidigungsstrategien. Vor allem aber geht es um das langfristige Ziel, Zukunft nicht durch mehr Rüstung, sondern durch Abrüstung lebenswert zu machen. Was wäre, wenn die Ideen zum Pazifismus obsolet, die Stimmen für Gewaltlosigkeit verstummen würden, unsere Vorstellungskraft vom Frieden, der mehr ist als kein Krieg, uns gänzlich abhanden käme? Es wäre eine durchmilitarisierte Gesellschaft, die an das deutsche Kaiserreich erinnert, der schon Bertha von Suttner den Spiegel vorhielt mit ihrem weltberühmten Roman „Die Waffen nieder“.

Interessant ist für mich, dass mir in den Debatten immer wieder das Thema Vergewaltigung entgegengeschleudert wird: Dort werden Frauen und Kinder vergewaltigt, da muss man doch Waffen liefern. Ich war einige Jahre Präsidentin der Zentralstelle KDV, also des Zusammenschlusses der Organisationen, die Kriegsdienstverweigerer beraten haben, bevor die Wehrpflicht in Deutschland ausgesetzt wurde. In den Gewissensprüfungen der frühen Jahre gab es immer wieder die Frage: „Wenn Ihre Freundin neben ihnen vergewaltigt wird, würden Sie dann nicht zur Waffe greifen?“ Sie ist natürlich suggestiv. Aber die Antwort kann nur sein: „Ich weiß es nicht.“ Niemand kann im Voraus sagen, wie er oder sie in einer bestimmten Situation reagiert. Aber die Haltung, die Waffe nicht zücken zu wollen, die muss doch respektiert werden.

In Deutschland werden laut Kriminalstatistik täglich mehr als 20 Fälle von Vergewaltigung angezeigt. Die Dunkelziffer ist riesig. Das aber ist selten Thema. Sollten alle diese Frauen oder ihre Familienmitglieder Waffen in die Hand bekommen, um den Vergewaltiger zu ermorden? Da wird mit

Emotionen hantiert. Natürlich ist jede Vergewaltigung grauenvoll und furchtbar. Aber im Krieg ist Vergewaltigung nicht Ausnahme, sondern entsetzliche Regel, ja wird als Kriegswaffe eingesetzt. Es geht um grauenvolles männliches Machtgebaren, das demütigen und erniedrigen will. Das sollte nicht missbraucht werden, um Waffenlieferungen zu rechtfertigen.

Stehe ich nicht im Gegensatz zu „meiner Kirche“, werde ich gefragt. Es hat in der Geschichte der Kirchen immer eine Mehrheitsmeinung gegeben, die den Einsatz militärischer Mittel gerade auch zur Selbstverteidigung legitimiert, aber Regeln formulieren will, sie zu begrenzen. Die „Lehre vom gerechten Krieg“ oder inzwischen „Lehre vom gerechten Frieden“ zeugen davon. Und es gab stets eine Minderheit, die eine pazifistische Tradition vertreten hat, weil sie so ein Zeugnis von der Botschaft des Jesus von Nazareth abgeben will. Sich gegenseitig in diesen Haltungen zu tolerieren – also zu ertragen, dass es keine von irgendjemandem vorgegebene bzw. reklamierte Einheitstheologie gibt –, ist für theologische Debatten letzten Endes eine Frage des Respekts und der Freiheit. Und im Übrigen gehört es auch zur eigenen Demut, stets zu wissen, dass du irren kannst.

Ich persönlich bin überzeugt, dass die Theologie ebenso wie die Kirche in die Irre gegangen sind, wann immer sie Gewalt legitimiert haben. Jesus Christus war kein Revolutionär mit der Waffe in der Hand. Er hat Frieden gepredigt, nicht Krieg, Feindesliebe, nicht Hass. Theologie hat zu fragen, wie sich das umsetzt im jeweiligen Kontext. Sie sollte sich nicht dazu missbrauchen lassen, Kriege und Waffengänge zu legitimieren, sondern sich querstellen, die Friedensfahne hochhalten und dem Gerede von „Blutzoll“, „Heldentum“ und „Tapferkeit“ die Menschlichkeit und die Würde jedes Menschen entgegensetzen.

Krieg ist für mich nicht Ultima Ratio, weil Ratio Vernunft heißt. Und im Krieg setzt die Vernunft aus. Da verge-

waltigen serbische Männer ihre bosnischen Nachbarinnen. Da foltern russische Soldaten in Butscha wehrlose Zivilisten zu Tode. Da wird mit der Wilhelm Gustloff ein Schiff mit 9000 Flüchtlingen an Bord versenkt. Da metzeln Hutu Tutsi in einer Kirche nieder. Da lassen argentinische Generäle Menschen verschwinden. Da werden in Mosambik Kinder zu Soldaten gemacht und gezwungen, ihre Eltern zu töten, weil sie dann besonders grausame Kämpfer werden. Da verhungern und erfrieren in und um Stalingrad Hunderttausende. Krieg ist das Ende aller Vernunft. Krieg ist nicht die Fortsetzung der Politik mit anderen Mittel, sondern das Ende der Politik.

Ich frage mich, warum der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine eine Zeitenwende ist. Weil der Krieg uns so nahe an die eigene Grenze kommt? Nach einer Untersuchung des Heidelberger Instituts für Internationale Konfliktforschung gab es im letzten Jahr 20 Kriege (Beispiele sind Syrien und Jemen), dazu 20 begrenzte Kriege (Beispiele sind Israel oder Äthiopien). Dazu kommen die unerklärten Kriege, also 204 bewaffnete Konflikte, die teilweise als hochgewaltsam eingestuft werden. Da kämpfen marodierende Banden, Verhandlungspartner sind nicht mehr auszumachen. Das Grauen der Zivilbevölkerung aber ist umso größer. Und: Das Völkerrecht wird immer wieder gebrochen. Gegen all das stehen Pazifistinnen und Pazifisten auf und für globale Abrüstung ein.

Mir macht Sorge, dass jetzt 100 Milliarden Euro zusätzlich zum Wehretat von 52 Milliarden in Rüstung investiert werden sollen. Wenn ich an meine sieben Enkelkinder denke, ist das doch keine Investition in deren Zukunft. Das wäre eine Investition zur Bekämpfung der Klimakrise, für Bildung und Entwicklung.

Ich will die Hoffnung nicht aufgeben, dass Menschen zum Frieden fähig sind. Die Hoffnung, dass eines Tages Menschen Pflugscharen aus ihren Schwertern schmieden werden und niemand mehr übt für den Krieg (Micha 4,3 f.).



Krieg. Verzweiflung. Was sonst?

Gedanken eines langjährigen Basisaktivisten angesichts des Ukraine-Kriegs

Von Robert Hülsbusch

Krieg, Inflation, Energiekrise – auch an Helene Fischer geht das nicht spurlos vorbei. Aber sie verarbeitet dies auf ihre Art: „Wenn ich mir Sorgen mache, wenn ich die Tagesthemen gucke, wenn ich Zeitung lese und gewisse Dinge einfach auch für mich verarbeiten muss, dann habe ich dafür eben meinen Song „Wann wachen wir auf“: „Wann wachen wir auf? Wann steh'n wir auf? Lass uns wieder mit unsren Herzen schau'n. Wann wachen wir auf? Was hält uns noch an? Lass uns aus all den Mauern Brücken bau'n. Wann wachen wir auf?“ Bei Bob Dylan hieß das vor 50 Jahren: „When will they ever learn?“, und Hannes Wader sang: „Es ist an der Zeit“.

September 2022. Ein Tsunami bricht über uns herein. Talkshows, große Zeitungen, PolitikerInnen-Statements, Berichte und Kommentare in den Medien – alle kennen nur noch eine Richtung: Mehr Waffen, Aufrüstung, mehr Geld für die Armeen, Waffenlieferungen, auch in Kriegsgebiete, Atomkraft und Kohle und Gas erfahren eine Renaissance ...

Wofür haben wir uns 40 Jahre engagiert? Wir stehen wieder dort, wo wir damals – Anfang der 1980er Jahre – angefangen haben. Kalter Krieg, Wettrüsten, Konfrontation, Stellvertreterkriege zwischen Ost und West. Diesmal gar auf europäischem Boden. Die Welle überrollt uns und niemand scheint in der Lage, sie aufzuhalten, keine „Aktionstage“, keine Unterschriftenlisten, keine „Offenen Briefe“, keine Groß-Demo, keine Aufrufe.

Frieden schaffen ohne Waffen. Stell dir vor, es gibt Krieg und keiner geht hin. Ohne Rüstung leben, soziale Verteidigung, Atomkraft – nein danke, Runter mit der Kohle ... alles ausgeträumt, alles für die Katz.

Seit fast 41 Jahren arbeitet die Friedensinitiative (FI) in Nottuln, nahe Münster in Westfalen, engagieren wir uns auch über Nottuln hinaus, vernetzt mit vielen Friedensgruppen und -organisationen, mit Umweltgruppen und Energiewendeaktivisten.

Niederlagen und Rückschritte sind wir gewohnt. Das erfuhren wir gleich zu Beginn unserer FI-Arbeit, als trotz großer Bewegung die damalige Bundesregierung uns erst den Mittelfinger entgegenstreckte und dann die atomaren Mittelstrecken-Raketen aufstellte. Aufstehen, Krönchen richten, weitermachen. Was auch sonst!?

Viele lokale Friedensgruppen stellen allerdings damals ihre Arbeit ein, nicht so die FI Nottuln. Unser Schluss: „Abrüstung ist wichtig. Aber die Geschichte lehrt, dass zumeist nicht Abrüstung zum Frieden führt, sondern friedliche Zusammenarbeit zu geringerem Misstrauen, zu weniger Angst, zur Abrüstung.“ (Ernst Ulrich von Weizsäcker).

In diesem Sinne haben wir weitergearbeitet – Jahrzehnte immer mit Hoffnung und Optimismus und Zuversicht. Unsere Arbeit und die Zeit – sie werden zeigen: „Eine andere Welt ist möglich!“ Und Schritt für Schritt machten wir Fortschritte. Beispiele: Abschaffung der Wehrpflicht, die „Bürgermeister für den Frieden“-Bewegung, das Pariser Klimaabkommen, das Erneuerbare-Energien-Gesetz, der Atomwaffenverbotsvertrag, Ican erhält den Friedensnobelpreis, und dann die hoffnungsvolle Initiative „Sicherheit neu denken!“ (SND; sicherheitneudenken.de).

Wir konnten ernsthaft annehmen, dass wir auf einem guten Weg sind, die Ziele für eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen. Im Rahmen der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung einigten sich die Vereinten Na-

tionen im Jahr 2015 auf die Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs; <https://bit.ly/3sHyE5o>). Die 17 Ziele mit ihren 169 Zielvorgaben widmen sich jeweils einer globalen Herausforderung. Reiche wie auch arme Länder verpflichteten sich, die Armut drastisch zu reduzieren und Ziele wie die Achtung der menschlichen Würde, Gleichberechtigung, Demokratie, ökologische Nachhaltigkeit und Frieden zu verwirklichen. Oberstes Ziel war die globale Zukunftssicherung, für die vier programmatische Handlungsfelder festgelegt wurden: • Frieden, Sicherheit und Abrüstung • Entwicklung und Armutsbekämpfung • Schutz der gemeinsamen Umwelt • Menschenrechte, Demokratie und gute Regierungsführung. Was für eine Perspektive!

Mit dem Krieg in der Ukraine ist alles anders. Eine Zeitenwende? Natürlich nicht. Friedensbewegte hatten und haben die Entwicklung der letzten Jahre hin zum Krieg als Mittel der Politik, hin zur Akzeptanz von Gewalt und dem Recht des Stärkeren im Blick.

Zeitenwende? Für viele von uns aber auch: ja. Wie durch ein Brennglas wird der Weg in die Gefahr noch deutlicher. Der ehemalige Schalke-Manager Rudi Assauer beschrieb das in seinem schnoddrigen Ruhrgebietsslang einmal so: „Wenn der Schnee schmilzt, sieht man, wo die Scheiße ist.“ Und wie viel „Scheiße“ existiert!

Seine Verzweiflung drückt Udo Hegemann von der FI Nottuln, so aus – „Ein paar unsortierte Indizien für meine Verzweiflung“: „Es hat den Anschein, dass kaum jemand auf der Welt den Frieden **jetzt** will. Der Mainstream ist: Waffen und Kampfpanzer liefern („Putin muss man es zeigen!“). Man muss sich eine Verhandlungsposition erschießen. Russland muss nie-

dergemacht werden. Konfrontation um jeden Preis. Das Thema polarisiert zunehmend: Konstruktive Diskussionen werden immer unmöglicher.“

Manfred Wewel aus Nottuln, der immer positiv nach vorne schaute, beschreibt das so: „Meine ganz persönliche Verzweiflung betrifft nicht nur den Angriffskrieg in der Ukraine. Mir ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass nicht nur durch Kriege, Kolonialismus und Imperialismus Menschen getötet werden, sondern auch durch strukturelle Gewalt. Ich verzweifele an einer ökonomischen und politischen Weltordnung, die von Gewalt und Ideologie gekennzeichnet ist. Ich verzweifele an einer grundsätzlichen Haltung, die Gewalt mit Gegengewalt beantwortet. Ich verzweifele an Despoten. Ich verzweifele an gewählten Politiker, die ihre Wähler belügen. Ich verzweifele an einer Aufrüstung und an einer Vorstellung, dass militärische Gewalt zu Lösungen führen.“

Und Bernd Lieneweg vom Friedenskreis Senden: „Neben allem Elend ist auch die Klimakatastrophe als Folge des Kriegs nicht zu unterschätzen. Die Chancen, das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen, sind gleich null. Sogar Wiederaufbau zerstört wichtige Ressourcen. Man darf gar nicht darüber nachdenken. Ohne fürchterliche Folgen schaffen wir das nicht.“ Und weiter: „Die Friedensforschung geht davon aus, dass am Ende eines Krieges in der Ukraine dieselben Kompromisse stehen werden, die schon am Anfang im Raum standen. Dann aber nach noch mehr Zerstörung und Tod. Und vor allem: Sie belegt minutiös, dass die zentralen Argumente pro Krieg faktisch falsch sind. Mit keinem Wort werden die nicht wieder zu reparierenden Klimaschäden durch den Krieg erwähnt. Es gibt kein Bauholz mehr, es gibt keinen Zement mehr. Zudem kosten Krieg und Wiederaufbau immense Mengen an Energie. Es ist 10 nach 12, das 2-Grad-Ziel ist nicht mehr zu erreichen. Die Erde wird kippen. Auf diesem Auge scheint die Friedensbewegung blind zu sein. Putin und Selenskyj opfern die Erde.“

Der tägliche letzte Tagesthemensatz von Ingo Zamperoni „Bleiben Sie zuversichtlich!“ klingt da wie das Pfeifen im Walde.

Bisher galt immer für uns und für mich das Prinzip Hoffnung: „Hoffnung ist nicht die Überzeugung, dass etwas gut ausgeht, sondern die Gewissheit, dass etwas Sinn hat, egal wie es ausgeht.“ (Vaclav Havel)

Bisher galt trotz alledem immer das Prinzip Zuversicht – im Sinne der Geschichte von den drei Fröschen, die allesamt unglücklicherweise in einen Topf voller Sahne fallen, aus dem es kein Entrinnen zu geben scheint. Der erste Frosch ist Pessimist: „Auweia! Jetzt sind wir verloren! Es gibt keine Rettung! Ich hab’s ja immer gewusst!“ Und tatsächlich – gluck, gluck, gluck – er taucht unter und ertrinkt. Ganz anders der Optimisten-Frosch. Als gäbe es keine Gefahr, grinst und verkündet frohgemut: „Keine Sorge, alles halb so wild! Alles wird gut! Wir werden gerettet werden!“ Und abwartend versinkt er schließlich und ertrinkt. Bleibt noch der dritte Frosch: „Echt schwierige Lage! Da bleibt mir wohl echt nichts übrig, als mich kräftig abzustrampeln!“ Sprach’s – und beginnt zu strampeln aus Leibeskräften. Und wenig später hat dieser Frosch butterweichen Boden unter den Füßen und kann sich mit einem Sprung aus dem Sahnetopf in die Freiheit retten.

Der Schauspieler Felix Kammerer, der in der Neuverfilmung des Romans „Im Westen nichts Neues“ die Hauptrolle spielt, antwortet auf die Frage der Westfälischen Nachrichten, ob er angesichts des Entwicklungen Angst vor den nahen Zukunft habe: „Ja, natürlich. Alle müssen Angst haben, und wer keine Angst hat, hat etwas nicht verstanden. Ich spreche nicht von einer lähmenden Angst, sondern von einer, die aufrüttelt und die Menschen dazu bringt, sich zu beteiligen. Frieden erhalten ist etwas sehr Aktives.“ Ob unsere Aktivitäten allerdings reichen? Das steht noch dahin!

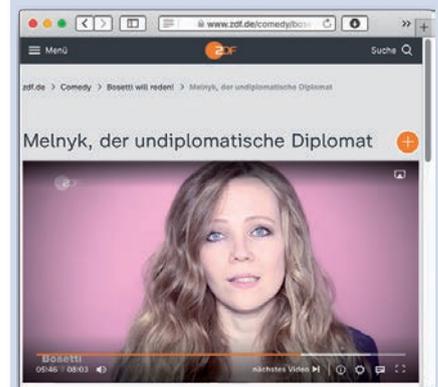
Natürlich machen wir weiter! Wir bleiben wach und werden weiter an

Brücken bauen. Aber die Verzweiflung war noch nie so groß und sie bleibt! Ebenso die Angst!

*Robert Hülsbuch ist seit Jahrzehnten DFG-VK-Mitglied und war für eine Amtszeit auch Mitglied im BundessprecherInnenkreis. 1981 hat er die Friedensinitiative Nottuln mitgegründet und ist seitdem dort aktiv. Zuletzt beschrieb er in der *ZivilCourage 2/2021* (Seite 12 f.), unter der Überschrift „Befragung eines Kriegsdienstverweigerers: Wie Bundeswehr und KDV mein Leben ‚reich‘ machten“.* <<

Sarah Bosetti

Die meisten Kriege sind lächerlich



Außerdem sind die meisten Kriege in ihrem Kern auch ziemlich lächerlich: Einer klaut dem anderen eine Plastikschaufel, der andere haut dem einen dafür mit ’nem Förmchen auf den Kopf, dann bewirft der eine den anderen mit Sand und der andere pulvert ein und kriegt ’nen Schreikrampf. Es ist nicht mehr als das – es sind dieselben Gefühle und es ist dasselbe intellektuelle Niveau. Der Ernst des Krieges speist sich nicht daraus, dass er dem Gebaren von Kleinkindern in irgendeiner Form überlegen wäre, sondern daraus, dass in einem Krieg jeder Ausbruch unausgegorener Gefühle, jede unreife Handlung dazu führt, dass Menschen sterben. Er ist ernst in seiner Konsequenz, aber lächerlich in seinem Wesen. Vielleicht muss man ihm genau so begegnen.

Aus: Sarah Bosetti in „Bosetti will reden!“ am 12. Oktober (abrufbar in der ZDF-Mediathek)

Grundgesetz-Friedensgebot im Kriegsmodus

Mit verfassungsrechtlichen Überlegungen und juristischen Mitteln gegen Krieg

Von Hermann Theisen

Mit dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine wurde die europäische und transatlantische Sicherheitsarchitektur nachhaltig erschüttert, was vielfältige geopolitische Verwerfungen menschenrechtlicher, ökologischer und ökonomischer Art nach sich gezogen hat. Seitdem werden von den politischen Entscheidungsträgern Antworten gesucht, um jene Sicherheitsarchitektur wieder auf perspektivisch tragfähige Füße zu stellen.

Diese Suche wird von kontroversen und leidenschaftlichen innenpolitischen Debatten begleitet, in denen mögliche Lösungsansätze kategorisch auf militärische Optionen beschränkt zu sein scheinen. Der Ruf nach einer nicht-militärischen Lösung des Konflikts und diesbezüglicher diplomatischer Bemühungen wird dabei nur allzu oft als naiv und illusorisch desavouiert, während der Ruf nach noch mehr Waffen immer lauter, drängender und hemmungsloser wird. Weit weniger präsent in der öffentlichen Debatte ist hingegen die Frage, inwieweit unsere Unterstützung der Ukraine mit finanziellen und militärischen Mitteln sowie der Ausbildung ukrainischer Soldaten auf Bundeswehrstützpunkten mit dem Friedensgebot des Grundgesetzes und der UN-Charta in Einklang zu bringen ist. Der folgende Text versucht, darauf eine Antwort zu geben und wird dabei auch die Frage aufwerfen, ob es nicht ganz grundsätzlich ein Menschenrecht auf Frieden gibt. Zugleich wird er den juristischen Stand diesbezüglicher Klagen vor den Verwaltungsgerichten Berlin, Köln und Koblenz skizzieren.

Friedensgebot und Grundgesetz.

Frieden ist zum einen Negativ-Zu-

stand im Sinne des Nicht-Krieges bzw. der Abwesenheit militärischer Gewalt. Und Frieden ist zugleich eine Existenzform, die dazu verpflichtet, alles zu unterlassen, was zur Entfesselung eines Krieges führen kann. Der positive Frieden fordert deshalb die Friedensgestaltung. Frieden ist somit nicht nur ein passiver Zustand, sondern er muss andauernd geschaffen werden. Der negative und der positive Frieden sind beide im Friedensgebot des Völkerrechts und des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland angelegt. Es bedurfte dafür der traumatischen Erfahrung des Zweiten Weltkrieges, um, anders als noch in der vormaligen Völkerbundsatzung, ein umfassendes Verbot der Androhung und Anwendung militärischer Gewalt zwischen den Staaten aufzunehmen. Die in Artikeln 1 und 2 der Charta verankerten Grundprinzipien des Völkerrechts sind für die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen nicht nur aufgrund ihrer Ratifizierung der Charta verbindlich, sie sind auch anerkannte Normen des Völkergewohnheitsrechts. Die wesentlichen Grundgesetznormen, die das Friedensgebot zum Gegenstand haben, sind die Präambel sowie Art. 1 und 26 Grundgesetz (GG). Mit Art. 25 GG finden die allgemeinen Regeln des Völkerrechts, in denen sich das Friedensgebot vor allem im Gewaltverbot und der Pflicht zur friedlichen Zusammenarbeit manifestieren, in der deutschen Rechtsordnung unmittelbare Anwendung. Als wichtigste allgemeine Regel des Völkerrechts im Sinne des Art. 25 GG und als damit wesentlicher Bestandteil des Friedensgebots gilt das umfassende Verbot der Androhung und Anwendung militärischer Gewalt zwischen Staaten. Die zentrale Aussage zur Friedenswahrung enthält die Präambel des Grundgesetzes mit

der Rechtspflicht, „in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen.“ Das Grundgesetz erhebt damit das Friedensgebot zum Staatsziel und stellt in diesem Sinne einen verfassungsrechtlich determinierten Auftrag zur Friedenswahrung und Friedensgestaltung sowie eine Orientierung für die Auslegung der Bestimmungen des Grundgesetzes mit Friedensbezug dar. Daraus lässt sich die Verpflichtung einer an Gewaltfreiheit orientierten Handlungsmaxime für die Verfassungsorgane und die Bundesregierung ableiten. Ein Krieg geht seinem Wesen nach mit schwersten Menschenrechtsverletzungen einher und ist dennoch kein rechtsfreier Raum. In außerordentlichen Ausnahmesituationen, wie bewaffnete Konflikte sie darstellen, werden einzelne Menschenrechte als derart fundamental betrachtet, dass sie nicht gegenüber anderen Erfordernissen geopfert werden dürfen. So sind in Art. 15 der Europäischen Menschenrechtskonvention u.a. das Recht auf Leben und das Verbot der Folter als notstandsfest erklärt worden und haben somit stets Vorrang vor politisch-militärischen Zwecken jeglicher Couleur.

Friedensgebot in Kriegszeiten. Die Bundesregierung unterstützt den Krieg in der Ukraine mit Waffenlieferungen, finanziellen Mitteln und der Ausbildung von ukrainischen Soldaten. Damit ist Deutschland im völkerrechtlichen Sinne Kriegspartei geworden, was auch der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages in einem Gutachten (Rechtsfragen der militärischen Unterstützung der Ukraine durch NATO-Staaten zwischen Neutralität und Konflikteilnahme; Anm. d. Red.: abrufbarim Internet unter <https://bit.ly/3CD2xbP>) insinuiert hat: „Wenn neben der Beliefe-

zung mit Waffen auch die Einweisung der Konfliktpartei bzw. Ausbildung an solchen Waffen in Rede stünde, würde man den gesicherten Bereich der Nichtkriegsführung verlassen“. Zugleich fällt auf, dass sich die Bundesregierung (Stand September) mit diplomatischen Bemühungen zur Herbeiführung eines Waffenstillstands und zur Suche nach einer nicht-militärischen Lösung des Krieges auffallend zurückhält. Bundesaußenministerin Baerbock betont hierzu immer wieder, dass alleine der russische Präsident Putin den Krieg beenden könne, wenn er nur wollte. Verletzt die Bundesregierung mit dieser stoisch-militaristisch anmutenden Haltung die zuvor skizzierten Bestimmungen des Friedensgebotes des Grundgesetzes und der UN-Charta? Um darauf eine Antwort zu bekommen sind bei den Verwaltungsgerichten Berlin, Köln und Koblenz Klagen anhängig, in denen es um

Anfragen an die Bundesregierung und die Bundeswehr zu den Hintergründen ihrer „Tätigkeiten und Entscheidungen im Umgang mit dem Krieg in der Ukraine“ geht. Zudem geht es um einen „Antrag auf Ausrichtung“ jener Tätigkeiten und Entscheidungen „nach den Bestimmungen des Grundgesetzes und der UN-Charta.“ Mit den Klagen sollen Bundesregierung und Bundeswehr dazu gebracht werden, ihr Vorgehen im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg transparent darzulegen, um es somit einem öffentlichen Diskurs zuzuführen und damit die zivilgesellschaftliche Kontrolle staatlichen Handelns bei Fragen von Krieg und Frieden zu ermöglichen. Der Ausgang der Klagen ist noch nicht absehbar, aber es soll der verwaltungs- und verfassungsrechtliche Instanzenweg bestritten werden, um damit Einfluss auf die künftige Rechtsprechung in Fragen von Krieg und Frieden zu nehmen.

„Es ist Frieden. Und. Um alles richtiger zu machen, damit es richtig wird. Wir werden unser Leben ernster nehmen müssen darin, in welchen Zusammenhängen und mit welchen Folgen wir in der Welt sind. Das Recht auf Frieden gilt weltweit. Das Recht auf Frieden weltweit durchzusetzen bedeutet gleichzeitig die Erhaltung der Welt demokratischerweise mitzudenken. Frieden für alle hieße alle Ressourcen für alle. Frieden ist ein anderes Wort für Gerechtigkeit.“ (Marlene Streeruwitz in ihrem vor Kurzem erschienen „Handbuch gegen den Krieg“; Wien 2022)

Hermann Theisen ist langjähriges DFG-VK-Mitglied und lebt in Hirschberg an der Bergstraße. Er bittet dringend um Unterstützung für die bereits jetzt fälligen Gerichtskosten (Hermann Theisen, GLS Gemeinschaftsbank, DE 88 4306 0967 6008 7785 00). <<

Friedensagenda für die Ukraine und die Welt

Erklärung der Ukrainischen Pazifistischen Bewegung vom 21. September

Wir, die ukrainischen Pazifist*innen, fordern und engagieren uns für die Beendigung des Krieges mit friedlichen Mitteln und dafür, das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen zu schützen.

Frieden, nicht Krieg, ist die Norm des menschlichen Lebens. Krieg ist ein organisierter Massenmord. Unsere wichtigste Pflicht ist, dass wir nicht töten. Heute, wo der moralische Kompass überall verloren geht und die selbsterstörerische Unterstützung für Krieg und Militär zunimmt, ist es besonders wichtig, dass wir den gesunden Menschenverstand bewahren, unserer gewaltfreien Lebensweise treu bleiben, Frieden schaffen und friedliebende Menschen unterstützen.

Die UN-Generalversammlung verurteilte die russische Aggression ge-

gen die Ukraine und forderte eine sofortige friedliche Beilegung des Konflikts zwischen Russland und der Ukraine und betonte, dass die Konfliktparteien die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht achten müssen. Wir teilen diese Position.

Die derzeitige Politik des Krieges bis zum absoluten Sieg und die Missachtung der Kritik von Menschenrechtsaktivist*innen ist inakzeptabel und muss sich ändern. Was wir brauchen, sind ein Waffenstillstand, Friedensgespräche und ernsthafte Bemühungen, die tragischen Fehler zu korrigieren, die auf beiden Seiten des Konflikts gemacht wurden. Eine Verlängerung des Krieges hat katastrophale, tödliche Folgen und zerstört weiterhin die Gesellschaft und die Umwelt nicht nur in der Ukraine, sondern in der ganzen Welt. Früher oder später werden sich die Parteien an den Verhand-

lungstisch setzen, und wenn nicht aufgrund ihrer rationalen Entscheidung, dann unter dem Druck des unerträglichen Leids und der völligen Erschöpfung, die man durch die Wahl des diplomatischen Weges besser vermeiden sollte.

Es ist ein Fehler, sich auf die Seite einer der kriegführenden Armeen zu stellen. Es ist notwendig, sich auf die Seite des Friedens und der Gerechtigkeit zu schlagen. Selbstverteidigung kann und sollte mit gewaltfreien und unbewaffneten Methoden erfolgen. Jede brutale Regierung ist illegitim, und nichts rechtfertigt die Unterdrückung von Menschen und das Blutvergießen für die illusorischen Ziele der totalen Kontrolle oder der Eroberung von Territorien. Niemand kann sich der Verantwortung für sein eigenes Fehlverhalten entziehen, indem er sich darauf beruft, Opfer des Fehl-

verhaltens anderer zu sein. Falsches und sogar kriminelles Verhalten einer Partei kann nicht die Konstruktion eines Mythos über einen Feind rechtfertigen, mit dem es angeblich unmöglich ist zu verhandeln und der um jeden Preis vernichtet werden muss, einschließlich der Selbstzerstörung. Der Wunsch nach Frieden ist ein natürliches Bedürfnis eines jeden Menschen. Er darf aber keine negative Beziehung zu einem mysteriösen Feind rechtfertigen.

Das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen war in der Ukraine nicht einmal in Friedenszeiten nach internationalen Standards gewährleistet, ganz zu schweigen unter den derzeitigen Bedingungen des Kriegsrechts. Der Staat hat es jahrzehntelang auf schändliche Weise vermieden, auf die einschlägigen Appelle des UN-Menschenrechtsausschusses und die öffentlichen Proteste ernsthaft zu reagieren, und tut dies auch heute noch. Obwohl der Staat dieses Recht nicht einmal in Kriegszeiten oder anderen öffentlichen Notlagen außer Kraft setzen kann, wie es im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (Zivilpakt) heißt, weigert sich die Armee in der Ukraine, das allgemein anerkannte Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen zu respektieren. Sie verweigert durch die Mobilmachung sogar den Ersatz des Zwangsdienstes durch einen alternativen, nicht-militärischen Dienst, wie es die ukrainische Verfassung direkt vorschreibt. Eine solche skandalöse Missachtung der Menschenrechte darf in der Rechtsstaatlichkeit keinen Platz haben.

Staat und Gesellschaft müssen der Willkür und dem Unrechtsbewusstsein der ukrainischen Streitkräfte ein Ende setzen, die sich in einer Politik der Schikanen und der Strafverfolgung bei Verweigerung des Kriegseinsatzes und der erzwungenen Umfunktionierung von Zivilisten zu Soldaten äußern. Dadurch können sich Zivilisten weder innerhalb des Landes frei

bewegen noch ins Ausland gehen, selbst wenn sie vitale Bedürfnisse haben, um sich vor Gefahren zu retten, eine Ausbildung zu erhalten, Mittel für den Lebensunterhalt, die beruflichen und kreative Selbstverwirklichung usw. zu finden.

Die Regierungen und Zivilgesellschaften der Welt schienen der Geißel des Krieges hilflos ausgeliefert zu sein, da sie in den Strudel des Konflikts zwischen der Ukraine und Russland und der allgemeinen Feindschaft zwischen den Nato-Ländern, Russland und China hineingezogen wurden. Selbst die Androhung der Vernichtung allen Lebens auf dem Planeten durch Atomwaffen hat dem verrückten Wettrüsten kein Ende gesetzt, und der Haushalt der Uno, der wichtigsten Institution für den Frieden auf der Erde, beläuft sich auf nur 3 Milliarden Dollar, während die weltweiten Militärausgaben um das Hundertfache höher sind und einen gigantischen Betrag von 2 Billionen Dollar überschritten haben. Aufgrund ihrer Neigung, massenhaftes Blutvergießen zu organisieren und Menschen zum Töten zu zwingen, haben sich die Nationalstaaten als unfähig erwiesen, eine gewaltfreie demokratische Regierung zu führen und ihre grundlegenden Funktionen zum Schutz des Lebens und der Freiheit der Menschen zu erfüllen.

Die Eskalation der bewaffneten Konflikte in der Ukraine und in der Welt ist unserer Meinung nach darauf zurückzuführen, dass die bestehenden wirtschaftlichen, politischen und rechtlichen Systeme, das Bildungswesen, die Kultur, die Zivilgesellschaft, die Massenmedien, die Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die Führungspersonlichkeiten, die Wissenschaftler*innen, die Expert*innen, die Fachleute, die Eltern, die Lehrer*innen, die Mediziner*innen, die Denker*innen, die schöpferischen und religiösen Akteur*innen ihren Aufgaben zur Stärkung der Normen und Werte einer gewaltfreien Lebensweise nur unvollständig nachkommen, so

wie es in der Erklärung und dem Aktionsprogramm über eine Kultur des Friedens vorgesehen ist, das von der UN-Generalversammlung verabschiedet wurde.

Beweise für die vernachlässigten friedensfördernden Aufgaben sind die archaischen und gefährlichen Praktiken, die beendet werden müssen: militärisch-patriotische Erziehung, Wehrpflicht, Fehlen einer systematischen öffentlichen Friedenserziehung, Kriegspropaganda in den Massenmedien, Unterstützung des Krieges durch Nichtregierungsorganisationen, Widerwillen einiger Menschenrechtsaktivist*innen, sich konsequent für die volle Verwirklichung des Menschenrechts auf Frieden und auf KDV aus Gewissensgründen einzusetzen. Wir erinnern die Akteur*innen an ihre friedensstiftenden Pflichten und werden unnachgiebig auf die Einhaltung dieser Pflichten pochen.

Wir sehen es als Ziel unserer Friedensbewegung und aller Friedensbewegungen der Welt an, das Menschenrecht auf Verweigerung des Tötens aufrechtzuerhalten, den Krieg in der Ukraine und alle Kriege in der Welt zu beenden und nachhaltigen Frieden und Entwicklung für alle Menschen auf dem Planeten zu sichern.

Um diese Ziele zu erreichen, werden wir die Wahrheit über das Böse und den Betrug des Krieges sagen, praktisches Wissen über ein friedliches Leben ohne Gewalt oder mit deren Minimierung lernen und lehren, und wir werden den Benachteiligten helfen, insbesondere denjenigen, die von Kriegen und ungerechtem Zwang zur Unterstützung der Armee oder zur Teilnahme am Krieg betroffen sind.

Krieg ist ein Verbrechen gegen die Menschheit, wir sind daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und uns für die Beseitigung aller Kriegsursachen einzusetzen.

Erklärung der Ukrainischen Pazifistischen Bewegung, angenommen auf dem Treffen am Internationalen Tag des Friedens am 21. September. <<

„Was macht eigentlich unser politischer Geschäftsführer?“

Die Kolumne von Michael Schulze von Glaßer

Es sind unsichere Zeiten. Die Inflation hierzulande ist hoch, es droht eine Rezession. Es gibt Attacken auf Infrastruktur-Einrichtungen, die Täter*innen bleiben bislang unerkant. Und der all die neue Unsicherheit auslösende Angriff Russlands auf die Ukraine dauert an. Selbst der Einsatz von Atomwaffen scheint nicht mehr ausgeschlossen. Als jemand, der die gegenseitige Bedrohung während des „Kalten Kriegs“ nicht bewusst miterlebt hat – ich bin Jahrgang 1986 – ist das aktuelle Gefühl etwas Neues. Natürlich sind mir – wie auch vielen anderen „jüngeren“ DFG-VK-Aktiven – die Arsenale der Atomwaffenstaaten und die Unsicherheit, die alleine aus der Existenz der Bomben entsteht, schon immer bekannt gewesen. Doch in den letzten Jahrzehnten war ihr Einsatz unvorstellbar. Das hat sich geändert. Das aktuelle Bedrohungsgefühl ist neu. Und die Auseinandersetzungen um unsere friedenspolitischen Positionen werden schärfer.

Dabei müssen wir uns immer daran erinnern: Wären unsere Forderungen der letzten Jahrzehnte – für Abrüstung und eine internationale Politik, die die Sicherheitsinteressen aller Staaten einbezieht – umgesetzt worden, hätten wir die aktuelle Situation nicht. Die reale Sicherheitspolitik der letzten gut 30 Jahre ist gescheitert – und zieht uns alle mit in den Abgrund. Trotz dieser schweren Zeiten müssen wir umso lauter sein. Am 19. November bietet der gemeinsam mit vielen weiteren friedensbewegten Organisationen geplante Aktionstag „Stoppt das Töten in der Ukraine – Aufrüstung ist nicht die Lösung!“ (www.stoppt-das-toeten.de) eine Möglichkeit dafür.

Bei unserem Handeln sollten wir uns dabei immer auf unsere Grundsatzserklärung berufen: „Der Krieg ist

ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.“ Auch wenn dies nicht immer einfach ist – allein durch die Zahlung von Steuern finanzieren wir alle Militär und z.B. Auslandseinsätze der Bundeswehr mit – so gilt es zu versuchen, Krieg an den Wurzeln zu beseitigen. Das heißt konkret, sich etwa gegen Nationalismus auszusprechen: Egal ob Putins aktueller Traum von einem „Großrussland“ oder die deutschen Bestrebungen Mitte des 20. Jahrhunderts – Nationalismus führt zu Krieg. Der DFG-VK-Bundesverband hat daher zuletzt vermehrt Stellungnahmen gegen Unterwanderungsversuche durch nationalistische Gruppen veröffentlicht. Auch im Aufruf für den 19. November-Aktionstag gibt es eine deutliche Abgrenzung.

Die Planungen für den Tag – ihn bekannt zu machen, Materialien dafür zu erstellen und Gruppen zu unterstützen – nimmt gerade auch viel meiner Zeit ein. Daneben gibt es immer wieder Aktionen: Am 14. Oktober waren wir beim Bundesparteitag der Grünen, um gegen die Anschaffung neuer F35-„Atombomber“ zu protestieren; für November steht (kurz vor der Herren-Fußball-WM) eine Aktion gegen Rüstungsexporte nach Katar an. Das Aktionsniveau ist noch nicht auf dem Stand von vor der Corona-Pandemie – und diese Krise auch noch nicht überwunden –, aber wir befinden uns auf einem guten Weg: Ende Oktober fand das erste phy-

In dieser Kolumne berichtet Michael Schulze von Glaßer, politischer Geschäftsführer der DFG-VK, regelmäßig, was in der DFG-VK-Geschäftsführung gearbeitet wird, welche Themen im Fokus sind, welche Materialien erstellt werden etc.
Kontakt: svg@dfg-vk.de



sische Bundesausschuss-Treffen seit drei Jahren statt! So effizient unsere Online-Konferenzen mittlerweile sind: Nichts kann eine direkte Begegnung ersetzen.

Und auch bei einem anderen Thema gibt es erfreuliche Entwicklungen: Nachdem wir unseren alten „Friedensbulli“ aufgrund seiner Motorisierung, mit der wir nicht mehr in allen Städten fahren durften, 2021 verkaufen mussten, haben wir jetzt endlich ein neues Aktionsfahrzeug! Es ist ein „Ford Transit“ und damit eine Nummer größer als unser vorheriges Fahrzeug. Damit lassen sich nun noch mehr Aktionsmaterialien transportieren und auch die DFG-VK-Friedensfahrradtouren gut begleiten. 2023 kann kommen!

Bei allem Schlechten sollten wir unsere Augen also nicht vor den kleinen Lichtblicken und positiven Entwicklungen verschließen: Unser Engagement ist gerade mehr denn je gefordert. Und wir können – und müssen – den Menschen Wege hin zu einer friedlicheren Welt aufzeigen: Nur Abrüstung bringt Sicherheit! <<



Das neue Aktionsfahrzeug – in der Realität bisher noch ohne Folierung

Foto: Michael Schulze von Glaßer

Das ist „Nicht unser Krieg“

(Verspätete) 100. Geburtstagsfeier der War Resisters' International in Utrecht

Von Stephan Brües

Es war ein langer Weg, aber am 10. September fand in Utrecht, und damit nicht weit entfernt vom Gründungsort der War Resisters' International (WRI), Bilthoven, eine Veranstaltung anlässlich des 100. (nun sogar des 101.) Geburtstags der WRI statt: Kriegsgegner*innen aus Russland, Belarus und der Ukraine sagen: Nicht unser Krieg.

Vorgeschichte. Das Jahr 2021 als hundertster Jahrestag der WRI und wie man diesen im Land der Gründung, also in den Niederlanden, begehen könnte – das schwirrte schon lange und während vieler WRI-Rats tagungen durch manche Köpfe. Allerdings war schon damals klar, dass die Friedensbewegung in den Niederlanden aktuell zu klein ist, um etwas Größeres, ein zwei- bis dreitägiges Festival, ohne die Hilfe der Nachbarländer auf die Beine zu stellen.

Nach der Konferenz in Bogota 2019 kamen einige Aktive aus den Niederlanden, Deutschland und Belgien zusammen, und auch WRI-Mitarbeiter*innen und die damalige WRI-Vorsitzende Christine Schweitzer fuhren nach Holland, um zu eruieren, inwieweit ein solches Event im Jahre 2021 durchgeführt werden könnte. Die Skepsis überwog.

Dennoch fand sich eine Gruppe, an der von deutscher Seite neben Stephan Brües zunächst auch Kai-Uwe Dosch für das geplante Themenfeld Friedensbildung und David Scheuing für das Themenfeld Migration aktiv beteiligt waren. Erst war Mai/Juni, dann September 2021 als Termin vorgesehen. Schließlich wurde beschlossen, das Event genau ein Jahr später auf den 9. bis 11. September 2022 zu terminieren. Utrecht als größte Stadt in der Nähe des Gründungsorts stand fest. So sollte dort ein Kern von Personen aus der Friedens-, No-Border-, Anti-Atom- und Klimabewegung entstehen, die in Workshops Aktivitäten an der Schnittstelle dieser Themen ausloten sollten. Zugleich aber sollten gewaltfreie Widerstände in Ländern wie Kolumbien, Westpapua (ehemals holländische Kolonie) ebenso angesprochen werden wie Rückblicke auf WRI-Gründer*innen und Aktive wie Bart de Ligt oder Helene Stöcker.

gen Grässlin (Rüstungsexporte), Michael Schulze von Glaßer (Bundeswehr-Werbung), Amab (Ad-Busting), Dieter Riebe (Friedenslogik), Guido Grünewald (Helene Stöcker), Gernot Lennert (Kriegsdienstverweigerung bzw. Wehrpflicht-Renaissance) und Stephan Brües (Sicherheit neu denken). Es war inhaltlich ein herausragendes Programm. Und in dieser Festivalversion waren genau die Personen aus Russland, Belarus und der Ukraine als ein Fokus eingeplant.

Aber dies alles brauchte Geld. Und das mit dem Fundraising hat leider gar nicht funktioniert. Punkt. Das Geld reichte für einen eintägigen Event, der den Schwerpunkt auf die aktuelle Situation in der Ukraine und Umgebung legen und den Kriegsgegner*innen ein Forum bieten sollte.

So wurde aus „Future Without War“, wie es hier in der *Civil-Courage* oder auch im Mai auf dem DFG-VK-Bundeskongress in Duisburg noch angekündigt wurde: „Not Our War“.

Hochkarätige Aktivist*innen wie Yurii Sheliazenko (Pazifistische Bewegung der Ukraine), Olga Karatch (Nash Dom, Unser Haus, Belarus, exiliert in Litauen) und Alex Belik (Bewegung der KDVer in Russland, im Exil in Estland) sowie Rudi Friedrich (Connection e.V.), Mark Akkerman (Stop Wapenhandel) und Christine Schweitzer (Bund für Soziale Verteidigung – BSV) betrachteten den Widerstand gegen den Krieg in der Ukraine, in Russland und Belarus, die Solidaritätsarbeit für diesen Widerstand, die Kriegsprofiteure und die Alternativen zum Krieg.

Präsentationen der Kriegsgegner*innen aus dem Osten Europas. Yurii Sheliazenko machte klar, dass der Krieg sofort beendet wer-

Über 30 Workshops wurden geplant, und es gab Zusagen von vielen DFG-VK-Aktiven: von Kai-Uwe Dosch zu Friedensbildung (zusammen mit anderen Referent*innen), Jür-

War Resisters in Ukraine, Belarus and Russia say:
“Not Our War”
Information, Workshops, Music & More

Saturday, 10. September 2022, 16.00 – 22.30
 Price: € 20 for the whole program including dinner (not beverages)
Kargadoor, Oudegracht 36, Utrecht

Changes in program may occur

16.00 – 18.00 Grote Zaal
Presentations (max. 10 minutes each)
 This part of the workshop of Yurii Sheliazenko are streamed on the Youtube Channel “Right to Refuse to Kill” by War Resisters International (WRI) and Connection: <https://www.youtube.com/channel/UC0WZGt8t8t014oLAug2n0r>
 The other workshops will be recorded so that it can be approached on that channel and the facebook video site of WRI later.

18.00 – 19.30 Foyer near Grote Zaal
Dinner & more
 Presenting a game and book on Peace and Nonviolence by Nina Koevoets

19.30 – 21.00 Grote Zaal, Room 1+2
Workshops

21.00 – 22.30 Grote Zaal
Open:
 Open talks, Round Dance against War & Dictatorship, Music, Films & more

Listen to Peace Activists and War Resisters!
 Facilitator: Frank van Schaik
 Music: Your Local Pirates; Poetry: Stephan Brües

a) **Online:** Pacifist Movement of Ukraine: Resisting War from inside Ukraine by Yurii Sheliazenko (Kyiv, Ukraine)
 b) Nash Dom/Our House, Belarus/Lithuania: No means No! No Men for War by Olga Karatch (Belarus, exiled in Vilnius, Lithuania)
 c) **Online:** Movement of Conscientious Objectors of Russia by Alex Belik (Russia, exiled in Tallinn, Estonia)
 d) War Resisters in Russia and how to support them by Rudi Friedrich (Connection, Offenbach, Germany)
 e) War Profiteers from the Ukraine War by Mark Akkerman (Stop Wapenhandel, Amsterdam)
Online: Nonviolent Alternatives to War by Dr. Chritine Schweitzer (Federation for Social Defence, Minden/Hamburg, Germany)

Human Conditions for War Resisters by Olga Karatch
Solidarity with War Resisters in Russia by Rudi Friedrich & Alex Belik
Online from Kyiv: Resisting War from inside Ukraine by Yurii Sheliazenko

den müsse, und verwies darauf, dass die ohnehin schon rudimentäre Gesetzgebung zum Recht auf KDV inzwischen ausgesetzt wurde. Ukrainer dürfen damit nicht nur nicht das Land verlassen, sondern sie dürfen auch nicht den Kriegsdienst verweigern. In einem Gedicht hielt er der lächerlichen Kriegspropaganda auf allen Seiten des Kriegsgeschehens den Spiegel vor.

Olga Karatch aus Vilnius kommt von der Organisation Nash Dom (Unser Haus), einer Bürgerrechtsbewegung, die der BSV bereits seit 2005 unterstützt. Sie hat direkt nach dem Einmarsch der russischen Armee in die Ukraine einen Aufruf in den sozialen Medien gestartet und die jungen Belarussen aufgerufen, Einberufungsbescheiden keine Folge zu leisten und stattdessen zu fliehen oder unterzutauchen. Das Video wurde hunderttausendfach gelikt oder weitergeleitet. Von den 42000 jungen Männern, die im Frühjahr eine Einberufungskündigung erhalten hatten, haben sich 20000 einer Einberufung verweigert und sind geflohen. Der Aufruf wurde im Juni u.a. auf Tiktok wiederholt und erhielt 500000 Klicks. Die jungen Menschen flohen nach Georgien und die Türkei, wenige auch nach Polen und Litauen. Die Behörden dort sind eher zurückhaltend mit der Aufnahme, während Unternehmen in diesen Ländern bereit waren, diesen jungen Männern Arbeit zu geben.

Olga Karatch fordert von den EU-Mitgliedsländern, dass sie einen humanitären Korridor für KDVer aus Belarus und Russland sowie der Ukraine schaffen und allen Schutz gewähren.

Alex Belik von der KDV-Bewegung Russlands sprach davon, dass 100000 junge Russen nach Georgien und die Türkei geflohen sind; bei vielen von ihnen spielte eine mögliche Einberufung ins Militär eine Rolle. Er berät als Anwalt viele KDVer und arbeitet mit der finnischen KDV-Bewegung zusammen. Der Forderung von Olga Karatch schließt er sich uneingeschränkt an.

Rudi Friedrich von Connection e.V. hat die Solidaritätsarbeit der Friedensbewegung in Deutschland vorgestellt und auf die unzulängliche Aufnahme-prozedur von KDVer, Deserteuren und Wehrpflichtentziehern hingewiesen. Aktuell gibt es eine Petition an EU-Kommission und -Parlament, die eine Aufnahme von KDVer aus Russland und Belarus und die Wiedereinsetzung des KDV-Rechts in der Ukraine fordert.

Mark Akkerman hat über die Profiteure des Ukrainekrieges aus der Rüstungsindustrie gesprochen. Dort knallen die Sektkorken, weil die Ukraine in riesigem Umfang mit Waffen beliefert wird und fast alle Staaten weltweit massiv aufrüsten.

Christine Schweitzer beschrieb die Alternativen zum Krieg – die Soziale Verteidigung und das Konzept des unbewaffneten zivilen Schutzes.

Nach dem gemeinsamen Abendessen und einer Einführung in ein friedenspolitisches Spiel von Nina Koevoets von *Peace.Power.org* gab es Workshops der osteuropäischen Gäste, in denen die 30 bis 40 Teilnehmenden im Kulturzentrum Kargadoor Fragen stellen und diskutieren konnten.

Fazit: Es ist letztlich nach einem weiten Weg ein klasse Programm für die Bewohner*innen der wunderschönen Stadt Utrecht auf die Beine gestellt worden. Weniger gut gelungen ist die Technik, sodass die Außenwelt von diesem inhaltlich wichtigen Ereignis wenig mitbekommen hat.

Auf der Website *wri100.nl* sollen die Präsentationen, ein paar Videos und Fotos eingestellt werden und der BSV plant eine Doku mit allen Präsentationen in der BSV-Publikationsreihe „Hintergrund- und Dokumentationspapiere“ (HuD). Die Antimilitaristische Aktion Berlin in der DFG-VK (Amab) hat auf ihrem Blog auch einen Bericht dazu verfasst: <https://bit.ly/3N3ompH>

Stephan Brües ist Vertreter der DFG-VK beim Bund für Soziale Verteidigung und seit Jahren dessen Ko-Vorsitzender. <<

Inhalt

Titel

4 Der Planet brennt. Katastrophen, Krisen, Kriege... Ein Essay von Elmar Klink

Pazifismus

8 Margot Käßmann: Warum ich auch jetzt Pazifistin bin und bleibe
10 Robert Hülsbusch: Krieg. Verzweigung. Was sonst?
12 Hermann Theisen: Grundgesetz-Friedensgebot im Kriegsmodus
13 Erklärung der Ukrainischen Pazifistischen Bewegung
15 Kolumne des politischen Geschäftsführers der DFG-VK

International

16 Stephan Brües: Das ist „Nicht unser Krieg“
18 Global betrachtet
19 Gernot Lennert: „Prisoners for Peace“-Liste der WRI

Ukraine-Krieg

20 Antimilitaristische Aktion Berlin: Leichensäcke vor der russischen Botschaft
22 Hermann Theisen: Schon wieder „Kriegspartei für den Frieden“

Strategie

24 Ralf Buchterkirchen: Feministische Außenpolitik

atomwaffenfrei

27 Ariane Dettloff: „Solidaritätskonto auf der Anklagebank“
28 Marion Küpker: Ein Überblick über die Aktivitäten zur Abschaffung der Atomwaffen
32 Marian Losse: Weiterhin gebremste Atomwaffen-Abrüstung

Friedensarbeit

34 Hauke Thoroe: ... gefördert von: Bertha-von-Suttner-Stiftung
34 Andreas Zumach: Der Göttinger Friedenspreis – ein Kollateralschaden des Ukrainekrieges

38 Impressum • 38 Briefe •
 39 Satire • 40 Karikatur

Global betrachtet

Notwendig: Solidarität weltweit für Kriegsdienstverweigerer

Von David Scheuing

ObjectWar: Kriegsdienstverweigerung und Desertion politisch relevant wie seit Jahren nicht

Die Notwendigkeit der Stunde macht die Arbeit der Kolleg*innen von Connection e.V. so wichtig und auch so politisch bekannt wie schon seit Jahren nicht mehr. Viele von uns bekommen die Newsletter und die „KDV im Krieg“ – dennoch sei auf die aktuelle Kampagne (*#ObjectWar*) zur Unterstützung des Rechts auf Asyl aller KDVer und Deserteure aus Russland, Belarus und der Ukraine hingewiesen. Connection e.V., die WRI, der Internationale Versöhnungsbund und das Europäische Büro für KDV haben diese Kampagne gemeinsam ins Leben gerufen und bitten um Unterschriften. Hier sind mehr Informationen und der Link zur Petition: <https://bit.ly/3sDTnqI>

In der WRI sind aber in den letzten Monaten auch eine Reihe weiterer Fälle von KDV sichtbar geworden, die dringlicher Aufmerksamkeit bedürfen.

Aserbaidshchan: Weiterhin Verfolgung, trotz Entscheidung des europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Die Situation von KDVer in Aserbaidshchan war schon mehrfach Thema in dieser Kolumne. Sie hat sich auch nicht merklich verbessert oder wesentlich verändert – auch in diesem Juli und September wurden wieder Menschen, die aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu den Zeugen Jehovas keinen Kriegsdienst leisten wollen, verurteilt bzw. verhaftet. Diese Situation besteht unverändert fort, obwohl der Staat auch schon vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt worden ist. Das grund-

gende Problem, das sich in Aserbaidshchan als institutionelle Selbstblockade zeigt, ist eine äußerliche Bereitschaft zur Einführung zumindest eines Ersatzdienstes, bei gleichzeitiger Untätigkeit – so geben die Mitarbeiter*innen der Rekrutierungsbehörde gegenüber der Organisation Article18 zu, dass sie nicht anders „können“, da es keinen Ersatzdienst gebe und der Einberufung unbedingt Folge zu leisten sei. Mehr zur Situation von Seymur Mammadov und Royal Karimov auf den Seiten der WRI: <https://bit.ly/3zjGS7P>

Südkorea: Alternativdienst ist keine Alternative. Dass die schiere Existenz eines Ersatzdienstes noch keine Ga-

der rechtlichen Grundlage und den Freispruch: <https://bit.ly/3ziy5mw>

Griechenland: Ein Erfolg bietet einen düsteren Einblick. Zu Beginn des Jahres hatte ein KDVer in Griechenland unter der dortigen Transparenzgesetzgebung auf Offenlegung der Verweigerungsanerkennungszahlen aus dem letzten Jahrzehnt gepocht – und bekam die Daten offengelegt. Ein wahrer Erfolg. Doch die Erkenntnisse aus den Daten sind erschreckend: So wurden 2021 alle 12 Anträge auf KDV, die nichtreligiöse Gründe anführten, abgelehnt. Auch alle Anfechtungen der Ablehnungen wurden erneut abgelehnt. Noch 2018 waren 14 von 15 Anträgen bewilligt worden – ein rasanter Niedergang der Anerkennungsquote. Durch die Daten lässt sich auch sehen, dass eine Anfechtung in nur zwei Fällen im letzten Jahrzehnt überhaupt erfolgreich war, also keine effektive Abhilfe schaffte.. Die Daten bestätigen, was derzeit vor dem Obersten Gerichtshof noch

als Fall anhängig ist: dass die Behörden, die diese Fälle begutachten nicht unabhängig und unparteiisch entscheiden und dass Unterschiede zwischen Verweigerern gemacht wird, je nach Art ihrer Verweigerungsgründe. Die WRI und weitere Organisationen planen, diese Verschlechterung der Situation von Verweigerern gegenüber den relevanten Menschenrechtsorganen anzuzeigen. Mehr dazu: <https://bit.ly/3f7YWdY>

USA: „Draft“ auch 2022 noch nicht vom Tisch. In den letzten fünf Jahren war das Thema der Einberufung („Draft“) Gegenstand einer Reihe von Anhörungen, Petitionen und Gesetzesvorlagen im US-amerikanischen



rantie einer wirklichen Alternative ist, ist sicherlich für deutsche Verweigerer aus den 1960er und 1970er Jahren keine neue Erkenntnis. Auch im Fall des 2020 neu eingeführten Ersatzdienstes in Südkorea zeigt sich nun eine fundamentale Ungleichbehandlung: Der Dienst kann nur als dreijähriger (!) Ersatzdienst (gegenüber 18 Monaten Kriegsdienst) in Gefängnissen oder anderen Strafeinrichtungen abgeleistet werden. Dass dieser „Strafdienst“ primär dem Ziel der Abschreckung dient, ist offensichtlich. Nun steht seit August mit Hye-min Kim der erste Totalverweigerer im neuen System vor Gericht. Unter anderem Amnesty International setzt sich in diesem Fall aktiv für eine Veränderung

Kongress. Doch auch bislang gab es noch keine Entscheidung, wie mit dem derzeitigen System der männlichen Zwangsrekrutierung umgegangen werden soll. Obwohl Beobachter*innen davon ausgegangen waren, dass die Frage bis nach den Midterm Elections verhandelt werden würde, wurde nun hinter verschlossenen Türen an eine damit anderweitig gänzlich unzusammenhängende Haushaltsvorlage auch eine Ausweitung des Einberufungssystems auch auf Frauen angehängt. Es bleibt spannend, besteht doch auch immer noch die Chance, dass die Zwangsrekrutierung wieder abgeschafft wird. Wie immer finden sich die präzisen Informationen zum aktuellen Stand bei Edward Hasbrouck: <https://bit.ly/3TXWIC5>

Ganz kurz notiert:

Die Jubiläumsausgabe zu 100 Jahre WRI in der Zeitschrift „Das Zerbrochene Gewehr“ Nr. 115 mit sieben Beiträgen zur Geschichte der WRI und seiner Teilnetzwerke liegt vor. Darin besonders lesenswert: Die Statements ehemaliger Mitarbeiter*innen und die Geschichte der „WRI Women Working Group“. <https://bit.ly/3N7Jlrv>

Ein lesenswerter Aufsatz aus dem transnational institute (tni) mit dem Titel „Halte ein – Weshalb dem Militarismus für den Frieden abgeschworen werden muss“. Die Autorin fasst viele gute Argumente zusammen und betont erneut, dass auch militärische Neutralität nicht mit Schwäche oder Passivität verwechselt werden darf: Zu oft haben eben solche nichtalliierten Kräfte in der Vergangenheit maßgebliche Rollen in der Aushandlung

David Scheuing war bis zum Bundeskongress im Mai Vertreter der DFG-VK bei der War



Resisters' International (WRI), dem internationalen Dachverband der DFG-VK mit Sektionen in weltweit 45 Ländern. An seine Stelle trat Keno Goertz und wird ab 2023 regelmäßig aus der WRI berichten, um den *CivilCourage*-LeserInnen das globale Engagement von KriegsgegnerInnen sichtbar zu machen.

und Eröffnung von Friedensverhandlungen ermöglicht. Hier der ganze Text: <https://bit.ly/3W0HOHX>



Solidarität mit den Gefangenen für den Frieden: Zum Internationalen Tag der Gefangenen für den Frieden am 1. Dezember bittet die WRI um Solidarität mit Menschen, die weltweit wegen ihrer KDV oder ihres Engagements für Frieden inhaftiert sind. Ihre Namen und Gefängnisadressen werden in der Liste der Gefangenen für den Frieden veröffentlicht.

Die WRI ruft dazu auf, den Gefangenen Kartengrüße als Zeichen der Solidarität und der Ermutigung in die Haft zu schicken. Selbst wenn die Karten die Gefangenen nicht erreichen sollten, machen sie deutlich, dass diese nicht vergessen sind, was sich auf die Haftbedingungen günstig auswirken kann.

Die Liste enthält die Adressen von Gefangenen stellvertretend für viele andere, deren Adresse unbekannt ist oder die keine Publizität wünschen.

In Ländern wie Süd-Korea, Singapur, Turkmenistan und Tadschikistan waren in den letzten Jahren ständig

KDVer im Gefängnis, die meisten von ihnen Zeugen Jehovas. Besonders katastrophal ist die Menschenrechtssituation in Eritrea. Dort werden Männer und Frauen zu einem zeitlich unbegrenzten Nationaldienst gezwungen, teils Militär-, teils Arbeitsdienst unter härtesten Bedingungen. In Kamerun werden Menschen, die sich gewaltfrei für Menschenrechte und Autonomierechte des englischsprachigen Landesteils einsetzen, inhaftiert.

Die nächste Liste der Gefangenen für den Frieden wird zum 1. Dezember veröffentlicht werden: www.wri-irg.org

Veranstaltungen zum Tag der Gefangenen für den Frieden

Berlin: 30. November, 19 Uhr, Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Straße 4. Mit Franz Nadler (Connection e.V.): „Sand im Getriebe“ des Krieges. Widerstand gegen die Rekrutierung für den Ukraine-Krieg und Solidaritätsarbeit für KDVer und Deserteure aus Russland,

Belarus und der Ukraine; Wolfram Beyer (IDK): Antimilitaristische Arbeit unter dem Eindruck des Ukraine-Krieges; Gernot Lennert (DFG-VK Hessen): Reaktivierung von Kriegs- und Zwangsdiensten. www.idk-info.net

Offenburg: 4. Dezember, 16 Uhr, Uhlandstraße 5. Jährliches Treffen zum Schreiben der Grußkarten an die Gefangenen für den Frieden – als gemütliches Treffen mit Kaffee, Tee und Friedensmusik. Anmeldung bitte bis zum 2. Dezember bei der DFG-VK Mittelbaden: mittelbaden@dfg-vk.de

Zornheim bei Mainz: 9. Dezember, 19 Uhr. HerrBerts Kulturscheune, Untergasse 10. Die DFG-VK lädt ein zum gemeinsamen Schreiben der Karten an die Gefangenen für den Frieden mit Live-Musik von Strohfeder Express, Bilder-Schau, Speis´ und Trank. www.dfg-vk-mainz.de

Die Karten an die Gefangenen können sowohl gemeinsam und öffentlich als auch privat geschrieben werden

Gernot Lennert (DFG-VK Hessen) <<

Leichensäcke vor der russischen Botschaft

Rückblick auf den Aktionstag „Verhandeln statt schießen“ Anfang Oktober in Berlin

Von Aktiven der Antimilitaristischen Aktion Berlin in der DFG-VK (Amab)

Sind das etwa Leichensäcke? Eine Protestaktion anlässlich des Aktionstages „Verhandeln statt Schießen“ am 1. Oktober dürfte in der russischen Botschaft in Berlin für Grusel gesorgt haben. Denn die Antimilitaristische Aktion Berlin (Amab) verteilte auf den Gehwegen vor der Botschaft schwarze Plastiktüten mit der Aufschrift „Z-200“, die an Leichensäcke erinnern. Jan Hansen, Sprecher der Amab, zur Aktion: „Die russische Regierung führt in der Ukraine einen mörderischen und verbrecherischen Angriffskrieg. Wir rufen die Angestellten der russischen Botschaft dazu auf, alles zu tun, damit ihre Regierung den Krieg beendet und ihre Armee aus der Ukraine abzieht.“

Der Aktionstag. Für den 1. Oktober mobilisierten der „Bundesausschuss Friedensrat“ und die „Kooperation

für den Frieden“ zu einem Aktionstag namens „Verhandeln statt Schießen“. Der Aufruf vermied es explizit, Russland als Aggressor zu kritisieren und sich von rechtsoffenen verschwörungsgläubigen Protestakteuren zu distanzieren. Deshalb hatte die Bundesebene der DFG-VK nicht zum Aktionstag aufgerufen und fast alle Gliederungen folgten dem.

Stattdessen veröffentlichte die DFG-VK am Aktionstag ein Statement, warum es notwendig ist, Russland als für den Krieg verantwortlich zu benennen und sich von rechts abzugrenzen. Diese Erklärung wurde in den sozialen Medien intensiv diskutiert.

Die Amab setzte jedoch noch einen drauf und beteiligte sich in Berlin mit einer Aktion, die Russland explizit kritisierte. Die „Leichensäcke-Aktion“ schaffte es in die Meldung der Deutschen Presse-Agentur zur wenige Stunden später stattfindenden „Ver-

handeln statt Schießen“-Demo und von dort in viele Medien. „Es hat uns sehr gefreut, dass die Putin-freundlichen Positionen dank unser Aktion in der medialen Darstellung nicht unwidersprochen blieben“.

Daran erinnern, dass Menschen sterben. Bei ihrer Aktion vor der russischen Botschaft platzierten die Aktiven der Amab neben den angeblichen Leichensäcken Schilder mit der russischen Aufschrift „Нет войне!“ („Kein Krieg!“) und ein Meme aus dem Film Shrek. Das Meme zeigt den König aus Shrek mit Putins Gesicht. Der König/Putin sagt zu seinen Rittern: „Many of you will die. But that’s a sacrifice I’m willing to make.“ Das Z-200 steht einerseits für den verbrecherischen Angriff der russischen Regierung, aber auch für den Frachtcode des sowjetischen Militärs für Leichensäcke: „Cargo 200“, erklärt Jan Hansen.

Mit der Aktion möchte die Gruppe das Personal der russischen Botschaft daran erinnern, dass mit jedem Tag, den ihre Regierung den Krieg fortsetzt, Menschen sterben. „Feiert krank, desertiert, macht Dienst nach Vorschrift, sabotiert, spioniert, unterstützt die Opposition: Hört auf, das Morden in der Ukraine zu unterstützen“, schlägt Jan Hansen den Botschaftsangehörigen vor.

Reaktionen. Bereits beim Aufbauen der Kunstwerke fotografierten viele Passant*innen die Installationen. „Beim Aufbau der ersten Leiche gegenüber der russischen Botschaft sprach uns eine Frau aus der Ukraine an“, berichtet Jan Hansen. „Die Frau



kam auf uns zu und sagte jedem von uns in gebrochenen Deutsch Danke.“

An der nächsten Station auf dem Mittelstreifen der Berliner Prachtstraße Unter den Linden, an der auch die russische Botschaft liegt, fragte ein etwa siebenjähriges Kind: „Was machst du da?“ „Protestschilder ankleben.“ „Wofür?“ „Dafür, dass die russische Regierung mit dem Krieg in der Ukraine aufhört.“ Das Kind überlegt kurz und sagt: „Ich mag den Putin auch nicht...“

Vor dem russischen Kulturinstitut gab es hingegen Stress. Eine Mitarbeiter*in störte sich an der Kunstinstallation und drohte damit, die Polizei zu rufen. „Machen Sie doch! Die kommt dann, guckt, und fährt wieder weg...“ „Aber das ist hoch symbolisch!“ „Genau...“ „Die Cops hat sie dann doch nicht gerufen“, grinst Jan Hansen.

Solidarität mit russischen Kriegsgegner*innen. Ihre Aktionsidee hat die Amab zum Teil aus Russland geklaut. Dort verteilte der Aktivist Leonid Chyorny Sticker mit der Aufschrift „ГруZ-200“ („GruZ-200“). Beim russischen Wort für „Ladung“ tauschte er dabei den letzten Buchstaben mit einem „Z“ aus. So verband er das russische Militärpropaganda-Z in makaberer Ironie mit dem Frachtcode für Leichensäcke.

Auf einem anderen Sticker fügte er das Z in das russische Wort für „beschissen“ ein. „Leider wurde Leonid dabei erwischt und steht für seine Aktion vor Gericht“, sagt Jan Hansen: „Damit ist er bei weitem nicht die einzige russische Kriegsgegner*in, die für Meinungsäußerungen politisch verfolgt wird. Mit dem Aufgreifen der Aktion aus Russland hoffen wir auch, ein Zeichen der Solidarität an russische Kriegsgegner*innen zu senden.“

Kritik an der Friedensbewegung.



Antimilitaristische Aktion in Berlin vor der russischen Botschaft

„Leider sitzen bei vielen Organisationen der Friedensbewegung bis hoch in die Führungsebenen unbeirrbar Russland-Fans, die sich nicht von Verschwörungswahn, Pressehass, Antisemitismus und anderen Hässlichkeiten abgrenzen wollen und sogar die Corona-Spinner*innen als Verbündete suchen“, kritisiert Jan Hansen. Das sähe man auch am Aufruf zum Aktionstag. Dort findet sich kein Wort der Kritik an Russland oder Empathie mit den Menschen in der Ukraine. Auch fehle jede ernsthafte Abgrenzung gegen rechts. „Eine Friedensbewegung, die den russischen Krieg nicht kritisiert, hat ihren Namen nicht verdient und sollte einfach die Klappe halten“, sagt Amab-Sprecher*in Jan Hansen. „Deshalb war für uns klar: Wir machen eine Aktion, die die russische Regierung in die Verantwortung nimmt.“

Etwas Sinnvolles tun? Doch die Amab kritisiert nicht nur: „Wer stattdessen etwas Sinnvolles tun möchte, kann z.B. die aktuell laufende Petition von Connection e. V. unterschrei-

ben“, sagt Jan Hansen. Connection e.V. habe über 40 Organisationen aus ganz Europa zusammengebracht. Gemeinsam fordern sie, dass die EU-Kommission das Recht auf Asyl für Kriegsverweigerer und Deserteure aus Russland, Belarus und Ukraine vereinfachen möge. „Unterschreibe auch Du!“, <https://bit.ly/3N2Mp8g>

*Die Antimilitaristische Aktion Berlin (Amab) ist Teil des DFG-VK-Landesverbandes Berlin-Brandenburg und des U35-Netzwerkes. Sie stellt zwei Landesvorstandsmitglieder, eine Landeskassenprüfer*in, ein Mitglied im Bundessprecher*innenkreis, die Delegiert*in der DFG-VK zur War Resisters' International und ein Mitglied im Stiftungsrat der Bertha-von-Suttner-Stiftung. Mitglieder der Amab arbeiten mit im DFG-VK-Bundesausschuss, der AG Medien und dem Carl-von-Ossietzky-Fonds.*

Infos und Kontakt: amab.blackblogs.org, amab@riseup.net, @amab04499287 (auf Twitter)

«

Schon wieder „Kriegspartei für den Frieden“

Nach dem Grünen-Parteitag – ein lohnender Rückblick

Von Hermann Theisen

„Die Grünen-Spitze holt sich auf dem Bundesparteitag in Bonn die Zustimmung für Waffenlieferungen an die Ukraine. Die vereinzelt Gegenstimmen sind nur noch eine Minderheitenposition in einer Partei, die von einer neuen Generation getragen wird“, schreibt Sebastian Hold für NTV. Die Grünen seien jetzt eine „Kriegspartei für den Frieden.“

Wenn eine aus der Friedens- und Umweltbewegung der 1980er Jahre entstandene Partei zu einer kriegsbefürwortenden Partei mutiert, so erinnert das unweigerlich an George Orwells Neusprech aus seinem dystopischen Roman „1984“, der seit geraumer Zeit in mehrfacher Hinsicht eine erschreckend-beängstigende Aktualität erfährt.

Der Blick zurück: 20 Jahre nach Gründung der Partei gab es für die Grünen mit ihrer kriegsbefürwortenden Haltung zum Krieg im Kosovo eine ungemein schwierigere Zerreißprobe, die fast zu ihrer Spaltung geführt hätte. Ein Rückblick lohnt sich:

Am 24. März 1999 fand mit der Beteiligung der Bundeswehr am Krieg im

ehemaligen Jugoslawien eine Zäsur in der Außen- und Verteidigungspolitik der Bundesrepublik statt, erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg nahmen deutsche Soldaten aktiv kämpfend an einem Krieg teil. Die Weichen dafür wurden am 12. Oktober 1998 im Deutschen Bundestag gestellt, als 500 Abgeordnete der Beteiligung der Bundeswehr am NATO-Luftkrieg gegen Jugoslawien zustimmten, während 62 Abgeordnete das ablehnten und 18 sich enthielten.

Zwei Jahre danach wurden alle Abgeordneten schriftlich zu ihrem Abstimmungsverhalten befragt und um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

„1. Wie haben Sie sich damals entschieden und von welchen Erwägungen haben Sie diese Entscheidung abhängig gemacht? 2. Wie bewerten Sie zurückblickend Ihre Entscheidung bzw. würden Sie sich auch im Nachhinein so entscheiden? 3. Sind Sie der Auffassung, dass der Themenkomplex – gemessen an seiner Bedeutung – in der Öffentlichkeit ausreichend thematisiert worden ist bzw. welche Rolle spielt er in Ihrer aktuellen politischen Arbeit?“

130 Abgeordnete nahmen an der Befragung teil und begründeten teilweise sehr persönlich und ausführlich ihre diesbezügliche Haltung, einige von ihnen meldeten sich telefonisch, woraus längere Gespräche entstanden und deutlich wurde, dass die Befragung in gewis-

ser Weise den Nerv vieler Abgeordneter getroffen zu haben schien.

Die Befürworter begründeten ihre Haltung mit dem notwendigen Bündnispolitischen Engagement der Bundesrepublik als Mitgliedsstaat der Nato und mit der aus ihrer Sicht fehlenden Alternative zum militärischen Einsatz. Die Gegner begründeten ihre Haltung mit den fehlenden völkerrechtlichen Voraussetzungen des Krieges und mit einer pazifistischen Haltung, wonach jegliche Beteiligung an einem Krieg strikt abzulehnen sei. Aus der Befragung ist eine schriftliche Dokumentation entstanden, die in einer Kurz- und in einer Langfassung im Internet abrufbar ist (<https://bit.ly/3MMIEoy>; <https://bit.ly/3CKIoR8>).

Deutliche, aber öffentlich nicht bekannte Kritik: Die bedeutsamste Antwort kam von Prof. Dr. Edzard Schmidt-Jortzig (FDP), dem damals noch amtierenden Bundesjustizminister:

„1. Ich habe an der seinerzeitigen Beschlussfassung im Bundestag extra nicht teilgenommen (und dafür auch die betreffende Ordnungsgeldzahlung gerne in Kauf genommen). Ich war seinerzeit noch der amtierende Bundesjustizminister und hatte mich bei dem vorangegangenen Kabinettsbeschluss, der die Parlamentsvorlage lieferte, ausdrücklich gegen die in Rede stehende Einsatzentscheidung ausgesprochen. Eine entsprechende Protokollerklärung von mir liegt in den Kabinettsakten. Da ich mich außerhalb des Kabinetts nicht gegen die Regierungsentscheidung stellen wollte (und durfte: § 28 II GeschO-BRreg), aber auch von meiner Meinung nicht abweichen wollte, kam nur eine Nichtteilnahme in Betracht. Maßgeblich war in der Sache für mich vor allem das Fehlen eines entspre-



chenden Sicherheitsrats-Beschlusses. Denn abgesehen von der schlichten rechtlichen Notwendigkeit einer solchen Voraussetzung schien (und scheint) mir nur durch einen solchen Beschluss die Gefahr vermieden, dass einzelne Staats- oder Bündnisinteressen den Ausschlag geben. Immerhin hatte man in ganz ähnlichen Fällen mit vergleichbaren humanitären Katastrophen eben von einer militärischen Intervention abgesehen, offenbar weil bestimmte Machtinteressen nicht so eindeutig dafür stritten. Schließlich schien mir auch die militärische, strategische Richtigkeit des Waffeneinsatzes nicht einleuchtend, weil durch die Luftoperationen voraussehbar die zu schützende Bevölkerung selber in Mitleidenschaft gezogen würde.

2. Nach wie vor halte ich meine Entscheidung von damals für richtig und glaube auch, dass es heute zu einer entsprechenden Initiative der Nato-Staaten nicht mehr kommen würde.

3. Die Diskussion seinerzeit war ausführlich. Wenn etwas zu kritisieren wäre, dann ist es die eskalierende Abfolge von militärischen Vorentscheidungen, welche den Schlussentscheid für viele wohl auch unausweichlich erscheinen ließ.“

Im Stenographischen Bericht der Bundestagssitzung vom 16. Oktober 1998 findet sich kein einziges Wort darüber, dass der amtierende Bundesjustizminister den Krieg im Kosovo als völkerrechtswidrig bewertet hat, was schon seit vielen Jahren der herrschenden Völkerrechtsmeinung entspricht. Doch zu welchem Abstimmungsergebnis wäre es wohl gekommen, wenn die Haltung von Schmidt-Jortzig den Abgeordneten nicht bewusst vorenthalten worden wäre? Vermutlich hätte es keine Mehrheit für eine Beteiligung der Bundeswehr am Kosovo-Krieg gegeben!

Die nächste Kriegsbeteiligung nach 20 Jahren: Inzwischen sind wieder 20 Jahre vergangen und Deutschland beteiligt sich an dem Krieg in der Ukraine mit Waffenlieferungen, finanziellen Mitteln und der Ausbildung ukrainischer Soldaten. Und schon wieder wird alles dafür getan, dass das Wort Kriegsbeteiligung unausgesprochen bleibt, so als hätte es die Lehren aus dem Kosovo-Krieg nie gegeben. Gregor Gysi antwortete damals: „Die Vorstellung, mittels Krieges Menschenrechte durchsetzen zu können, schien mir in jeder Hinsicht völlig absurd.“

Dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen, oder doch:

Lasst uns das tausendmal Gesagte immer wieder sagen, damit es nicht einmal zu wenig gesagt wurde! Lasst uns die Warnungen erneuern, und wenn sie schon wie Asche in unserem Mund sind! Denn der Menschheit drohen Kriege, gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind, und sie werden kommen ohne jeden Zweifel, wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten, nicht die Hände zerschlagen werden.

Bertolt Brecht

Hermann Theisen ist DFG-VK-Mitglied und Friedensaktivist.

Die im Artikel beschriebene Befragung der Bundestagsabgeordneten zur deutschen Beteiligung am völkerrechtswidrigen Kosovo-Krieg hatte er 2000/2001 durchgeführt. <<

**STOPPT DAS TÖTEN IN DER UKRAINE -
AUFRÜSTUNG IST NICHT DIE LÖSUNG!
AKTIONSTAG FÜR FRIEDEN UND EIN GUTES LEBEN FÜR ALLE!
19. NOVEMBER 2022 #STOPPTDENKRIEG**



Das Aktions- und Protest-Bündnis verurteilt den russischen Angriff auf die Ukraine. Ein sofortiger Waffenstillstand sowie der Rückzug der russischen Truppen aus dem ukrainischen Staatsgebiet seien unabdingbar, heißt es im Aufruf zu dem Aktionstag am 19. November. Von der Bundesregierung fordert das Bündnis, sich aktiv für eine diplomatische Lösung des Konflikts und für die Aufarbeitung von Völkerrechtsverbrechen einzusetzen. Außerdem sollen alle Menschen, die vor diesem und anderen Kriegen fliehen, sowie insbesondere Militärdienstentzieher*innen, Kriegsdienstverweigerer*innen

und Deserteur*innen in Deutschland und Europa Asyl finden können.

Die aktuelle Rüstungsspirale, an der viele Staaten der Welt, darunter Deutschland, beteiligt sind, müsse zum Wohle aller Menschen gestoppt werden.

„Jeder Euro, Dollar oder Rubel, der ins Militär fließt, fehlt im Kampf gegen globale Menschheitsprobleme wie die Klimakrise, Armut oder die Corona-Pandemie“, heißt es im Aufruf.

Das Bündnis fordert ein Umdenken in der Sicherheitspolitik.

Feministische Außenpolitik

Alternativer Politikansatz jenseits eines parteipolitischen Schlagworts

Von Ralf Buchterkirchen

Seit Beginn der Ampelkoalition im Bund geistert ein Begriff durch die sicherheitspolitischen Debatten, der vorher nur Insider*innen bekannt war: feministische Außenpolitik. Zeit also, einmal nachzufragen: Was heißt das für eine pazifistische Politik, und warum sollte eine Außenpolitik feministisch sein? Und: Ist die Politik der Ampel-Regierung überhaupt feministische Außenpolitik?

Ausgangspunkt ist die Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrates „Women, Peace and Security“ (WPS) aus dem Jahr 2000, der weitere Resolutionen folgten. Die Ursprungserklärung geht zurück auf eine Anregung von Netumbo Nandi-Ndaitwah, der damaligen Frauenministerin Namibias.

Diese Resolution 1325 war geradezu revolutionär und hat insbesondere sicherheitspolitische Debatten massiv beeinflusst. Erstmals wurde anerkannt, dass die Bedürfnisse und Erfahrungen von Frauen sowie geschlechtsbezogene Themen als relevant für Frieden und Sicherheit angesehen werden müssen. Das war vorher nicht der Fall. Die WPS-Agenda basiert auf vier Säulen:

Vorhaben der Ampel-Regierung

„Gemeinsam mit unseren Partnern wollen wir im Sinne einer *Feminist Foreign Policy* Rechte, Ressourcen und Repräsentanz von Frauen und Mädchen weltweit stärken und gesellschaftliche Diversität fördern. Wir wollen mehr Frauen in internationale Führungspositionen entsenden, den Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der VN-Resolution 1325 ambitioniert umsetzen und weiterentwickeln.“ (Koalitionsvertrag 2021-2025 zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP; Seite 144; abrufbar unter: <https://bit.ly/3Vvur1T>)

- Partizipation an Friedensförderung;
- Prävention – Einbeziehung geschlechterspezifischer Sichtweisen in Konfliktprävention;
- Schutz von Frauen und Mädchen in bewaffneten Konflikten und geschlechtergerechte Hilfe;
- Wiederaufbau und Wiedereingliederung.

Damit ist diese Resolution eine wesentliche historische Grundlage für feministische Außenpolitik. Allerdings reichen die Ursprünge weiter zurück. Ideen lassen sich bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts finden, bis hin zu den ersten Frauenfriedenskonferenzen. Anita Augspurg, Lida Gustava Heynemann und Bertha von Suttner sind hier frühe Ideengeberinnen. Es ist bedauerlich, dass ihre Schriften bis heute kaum rezipiert werden.

Umgesetzt wurde und wird die UN-Resolution 1325 durch nationale Aktionspläne. Davon gibt es weltweit bereits über 100. Spannend ist, dass die Länder des globalen Nordens WPS eher außenpolitisch verstehen, in dem Sinne, wie sie den WPS-Ansatz gegenüber dem globalen Süden einsetzen können, während der globale Süden eher innenpolitisch agiert. Hintergrund des Unterschieds: Die Länder des globalen Nordens sehen in ihren eigenen Ländern keinen feministischen Handlungsbedarf, sondern nur bei den anderen, also den Ländern des globalen Südens. So ähnlich argumentierte schon der Kolonialismus, gerade auch der deutsche, – die aktuelle Politik der Länder des globalen Nordens, wiederum auch Deutschlands, setzt diese Politik fort.

Ein weiterer Punkt: Feministische Außenpolitik ist nicht klar definiert. In den folgenden Ausführungen beziehe ich mich vor allem auf die 2017 gegründete Forschungs- und Bera-

tungsorganisation „Centre for Feminist Foreign Policy“ (CFFP; <https://centreforfeministforeignpolicy.org>), das seit Jahren thematisch aktiv ist und grundlegende Einsichten für die deutsche Debatte geliefert hat und international sehr gut vernetzt ist.

Der Koalitionsvertrag der Ampel verspricht zwar eine feministische Außenpolitik, schränkt diese aber gleichzeitig ein, weil sie sich nur auf die UN-Resolution 1325 bezieht und sich auf Repräsentanz, Ressourcen und Rechte für Frauen, ergänzt um Diversität, beschränkt – und das eben vor allem mit einem Blick auf andere.

Feministische Außenpolitik kann jedoch mehr.

Was feministische Außenpolitik tatsächlich ist.

Sie soll verändern. Es geht um eine globale Sicherheitspolitik, die Menschen – nicht Staaten – in den Mittelpunkt rückt und marginalisierten Gruppen eine Stimme gibt (Lunz, S. 53). Dazu gehören der Abbau von patriarchalen Strukturen und Gewaltverhältnissen.

Geschlechtergerechtigkeit ist zentrale Voraussetzung für Frieden. „Für feministische Außenpolitik ist die Überwindung struktureller Gewalt, die aufgrund von Geschlecht, Herkunft, ‚Race‘, sexueller Orientierung, Behinderungen und anderen mehrfach ineinandergreifenden Diskriminierungskategorien ausgeübt wird, Voraussetzung für Frieden und menschliche Sicherheit.“ – so versucht sich die Grünen-nahe Heinrich-Böll-Stiftung an einer Definition (*Gunda-Werner-Institut der Heinrich-Böll-Stiftung*).

Das CFFP ergänzt: „Feministische Außenpolitik ... [ist ein] politisches Rahmenwerk, das für das Wohlergehen marginalisierten Menschen nötig ist. Feministische Außenpolitik lässt die Betonung von militärischer

Gewalt, Gewalt und Dominanz hinter sich und formuliert ein alternatives und intersektionales Verständnis von Sicherheit aus der Perspektive der Schwächsten.“ (Lunz, S. 201)

Feministische Außenpolitik und – daher auch der Begriff feministisch – geht also davon aus, dass die großen Krisen unserer Zeit nicht nationalstaatlich, sondern nur international gelöst werden können und dass alle Versuche ohne feministischen Ansatz Machtgefälle vergrößern und damit einer Lösung selbst im Weg stehen würden. Die bisherige bekannte Außenpolitik ist stark männlich dominiert, was dazu geführt hat, dass männliche Sichtweisen und Privilegien die Politik dominieren. Die Welt, wie sie heute ist, ist ein Resultat patriarchaler Struktur und beruht auf diesem Machtgefälle, daher ist intersektional gedachter Feminismus der Ansatz, diese Strukturen zu hinterfragen und zu durchbrechen.

Menschliche Sicherheit steht bei feministischer Außenpolitik – und das ist der entscheidende Unterschied zu klassischer Außenpolitik – vor(!) staatlicher Sicherheit. Und dazu gehört auch, aktiv an Dekolonisierung zu arbeiten. Feministische Außenpolitik ist kein Konzept, mit dem der globale Norden dem Süden die Welt erklärt und vorgibt, wie sie zu gestalten sei.

Feministische Außenpolitik stellt also die Rechte und Bedürfnisse von Frauen, Mädchen und marginalisierten Gruppen – aber letztlich auch aller Menschen, einschließlich der Männer – ins Zentrum politischen Handelns. Das unterscheidet sie auch von klassischer Menschenrechtspolitik, die formale Kriterien wie Pressefreiheit und freie Wahlen in den Mittelpunkt rückt und nicht den Menschen selbst.

Ziel ist es, ein Recht auf positiven Frieden durchzusetzen. Dazu gehört der Abbau von Hunger und Armut und eben der Diskriminierung marginalisierter Gruppen. Es geht nicht nur um die Abwesenheit physischer Gewalt, sondern um die Sicherstellung von Grundbedürfnissen wie Wohnung, Ernährung, Einkommen, körperliche In-

tegrität, sexuelle Selbstbestimmung, reproduktive Gerechtigkeit, Gesundheit und Schutz vor Umweltkatastrophen. Gesundheitspolitik und Klimaschutz werden integrativ einbezogen und miteinander verschränkt. Damit geht feministische Außenpolitik weit über den klassischen Bereich eines Außenministeriums hinaus. Sie zielt auch auf die eigene Gesellschaft und nicht nur auf andere Gesellschaften.

Daraus folgt: Zivile Konfliktbearbeitung ist das Mittel zur Konfliktbewältigung. Abrüstung, eine Welt ohne Atomwaffen und die Abschaffung von Waffenhandel sind alternativlos. Vermeintliche Sicherheitsmaßnahmen, die Militarisierung und Normalisierung des Militärs fördern, sind keine Lösung für Konflikte.

Und genau an dieser Stelle macht die aktuelle Ampel-Regierung genau das Gegenteil: Die nukleare Teilhabe wurde mit der Investition in das Militärflugzeug F35 im Rahmen des 100-Milliarden-Euro-Aufrüstungspaketes zementiert, die Waffenindustrie saniert und auf Jahrzehnte verankert. Feministische Außenpolitik hingegen setzt auf Umgestaltung. Solche militärischen Mittel sollen abgeschafft und in Bildungs- und Sozialangebote überführt werden.

Ein aktuelles Negativbeispiel ist der Krieg in Afghanistan. Wie schnell von Politiker*innen und Militärs die Frauenrechte begraben wurden, als sie als Kriegsgrund nicht mehr taugten, zeigt plastisch, welche konkreten Auswirkungen eine nicht-feministische Politik hat.

Daraus folgt: Ein Schwerpunkt auf positiven Frieden, den Abbau patriarchaler Strukturen, Dekolonialisierung und die Beseitigung gesellschaftlicher Dominanz- und Ausbeutungsverhältnisse muss in nationalen wie internationalen Zusammenhängen gesetzt werden. Diese Ansätze müssen gemäß feministischer Außenpolitik alle Ressorts durchziehen und alle Punkte politischen Handelns beeinflussen.

Nachfolgend einige Stichpunkte, wie dies passieren kann:

- Institutionalisierung feministischer Außenpolitik in allen Ressorts und Schaffung entsprechender Ressourcen und Strukturen;
- laufende wissenschaftliche und zivilgesellschaftliche Begleitung;
- Einbindung der Zivilgesellschaft mit entsprechender Expertise in Friedensverhandlungen;
- Nutzung von Gender-Konflikt-Analysen in Missionen des Sicherheitsrates, um Machthierarchien besser verstehen zu können;
- Abkehr von einer geostrategisch und interessengeleiteten Außenpolitik zu einer lösungsorientierten und an Frieden, Geschlechtergerechtigkeit, Umwelt und Gesundheit orientierten Richtung;
- Umbau der Vereinten Nationen hin zu Transparenz und gleichberechtigter Partizipation;
- klare Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik;
- eine Handelspolitik, die den Menschen im Mittelpunkt hat, nicht den Profit (Löhne, faire Arbeitsbedingungen in globalen Lieferketten etc.);
- Abbau postkolonialer und diskriminierender Machtstrukturen, insbesondere auch dadurch, dass Akteur*innen des globalen Südens Entwicklungsarbeit definieren und ausgestalten;
- Aufbau sicherer und regulärer Migrationswege zur Sicherstellung des Rechts auf menschliche Sicherheit.

Waffenexporte. Das Beispiel Waffenlieferungen und Waffenbesitz zeigt plastisch, wie feministische Außenpo- »

Literatur

- Kristina Lunz: Die Zukunft der Außenpolitik ist feministisch. Wie globale Krisen gelöst werden müssen; Berlin 2022
- Gunda-Werner-Institut der Heinrich-Böll-Stiftung: Annäherung an eine feministische Außenpolitik (erschieden als E-Paper, mit vielen weiteren Materialien zu finden auf: <https://bit.ly/3exxxlz>)

» litik wirksam sein könnte. Waffen führen zu geschlechtsspezifischer Gewalt.

Sind Waffen vorhanden, steigt die Wahrscheinlichkeit für Frauen, in „häuslicher Gewalt“ erschossen zu werden, erheblich. Besitzer von Waffen sind überwiegend Männer. Männer sind in politischen Prozessen zu Waffenkontrolle und Abrüstung massiv überrepräsentiert. Damit wird eine männliche Perspektive zementiert. Aufrüsten gilt dabei als stark und männlich, Abrüsten als schwach, naiv und unrealistisch, nach dieser Logik also als weiblich.

Waffen werden mit Männlichkeit und Stärke gleichgesetzt. Das verhindert effektiv Abrüstung. Hier ist also nicht nur ein Politik-, sondern auch ein antipatriarchaler Ethikwechsel notwendig.

Waffen verstärken das Machtgleichgewicht zwischen Geschlechtern und national betrachtet zwischen dem globalen Süden und dem Norden. Dass zu erkennen, ist eine Grundlage, um Abrüstung und Waffenhandel einzudämmen. Für feministische Außenpolitik ist Abrüstung daher zentral. Fällt sie weg, erfolgt keine Bekämpfung der Ursachen von Konflikten.

Ob die Bundesregierung in dieser Definition feministischer Außenpolitik, wie sie insbesondere vom „Center for Feminist foreign policy“ erarbei-

tet wurde, agiert oder nicht, wird die Zukunft zeigen. Die aktuellen Handlungen sprechen allerdings eher nicht dafür, sondern bleiben bestenfalls in klassischer Menschenrechtspolitik hängen.

Abrüstung und die Abschaffung von Atomwaffen sind aktuell kein Thema mehr. Es wird eher der Fokus darauf gelegt, klassisch die Situation von Frauen und Mädchen innerhalb des aktuellen Systems zu verbessern – oft als Vorwand für andere Interessen, und es geht gar nicht darum, die Logik des Militärischen zu durchbrechen.

Insofern ist es nach derzeitigem Stand (Außenministerin Baerbock hat ein Strategiepapier für Anfang 2023 angekündigt) wenig wahrscheinlich, dass Kernelemente klassischer feministischer Außenpolitik die deutsche Politik erreichen, sondern dass der Begriff nur instrumentalisiert wird für deutsche militärische Intervention. Hier wäre es Aufgabe einer politischen Friedensbewegung, sich zu positionieren und echte feministische Außenpolitik einzufordern!

2014 hat Schweden als erstes Land eine feministische Außenpolitik als Grundlage seiner Politik propagiert. Im Rahmen seiner Möglichkeiten, insbesondere in den Vereinten Nationen, hat es erheblich dazu beigetragen, das Thema auf die Agenda zu setzen und auch konkrete Strategiepapiere zu entwickeln.

Beim Thema Abrüstung hat Schweden aber komplett versagt. Es liefert auch weiterhin Waffen an Staaten, die Frauenrechte massiv missachten. Inzwischen hat das Land den Beitritt zur Nato beschlossen.

Kritik und Perspektive. So gut feministische Außenpolitik erst einmal klingt: auch sie hat Grenzen. Sie ist nicht grundsätzlich antimilitaristisch. Man kann zu dem Schluss kommen, dass es aus feministischer Perspektive sinnvoll ist, militärisch zu intervenieren. Gleichzeitig birgt sie die Gefahr, dass Feminismus oder Menschenrechte als Vorwand für militärische Interventionen missbraucht werden. Durch ihre unklare Definition ist sie offen für propagandistischen Missbrauch. Eine Schärfung und Weiterentwicklung aus antimilitaristischer Perspektive ist hier notwendig. Daher wäre hier der Ansatz für Organisationen wie die DFG-VK, feministische Außenpolitik als gewaltarmen, aber nicht-pazifistischen Ansatz wahrzunehmen und weiterzuentwickeln.

Zudem ist feministische Außenpolitik in erster Linie ein Theorieansatz, der bisher nur in geringem Maße den Praxistest erlebt hat. Es mangelt noch an wissenschaftlichen Arbeiten und konkreten Handlungsleitfäden (erste sind in englischer Sprache erschienen – siehe Kasten auf der vorigen Seite).

Weitergehend sollten auch vorhandene Konzepte und Strategien der Friedensbewegung überdacht werden. Das hilft auch, neue Zielgruppen für die Idee des Friedens zu gewinnen, indem ihre Bedürfnisse angesprochen und berücksichtigt werden. Das geht von Antirekrutierungsarbeit bis hin zur Initiative „Sicherheit neu denken“. Eine fällige Revision dieses Konzepts unter der beschriebenen feministischen Prämisse gedacht würde es nicht nur realitätsnäher machen, sondern sich auch besser an zivilgesellschaftliche Prozesse anbinden lassen.

Ralf Buchterkirchen ist Mitglied im DFG-VK-BundessprecherInnenkreis. <<



Manfred Diebold

* 25.2.1949 † 4.10.2022

Wir trauern um unseren engagierten Friedensfreund Manfred, der sich mit all seiner Kraft für Frieden und Völkerverständigung eingesetzt hat. Er war Landessprecher und Mitglied im Bundesausschuss der DFG-VK sowie Sprecher des Erlanger Bündnis für den Frieden. Wir bleiben aktiv in Manfreds Sinn für eine Welt ohne Kriege und Rüstung.

Erlanger Bündnis für den Frieden (EBF)
Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) Gruppe Erlangen, Landesverband Bayern und Bundesverband
Berta-von Suttner-Stiftung der DFG-VK
Helmut-Michael-Vogel- Bildungswerk der DFG-VK Bayern



Ein Nachruf zur Würdigung von Manfred Diebold erscheint in der nächsten *ZivilCourage*

„Solidaritätskonto auf der Anklagebank“

Strafverfahren gegen Atomwaffengegner eingestellt

Von Ariane Dettloff

Ein weiterer Einschüchterungsversuch der Bundeswehr gegen Anti-Atomwaffen-Aktivist*innen am Atomwaffen-Stationierungsort Büchel konnte am 8. September in Korbach (Hessen) abgewehrt werden. Dort wurde die Strafanzeige des Büchel-Kommandanten gegen Uwe Lutz-Scholten verhandelt. Das Verfahren wurde vom Amtsgericht wegen Geringfügigkeit eingestellt. Lutz-Scholten war seitens der Bundeswehr vorgeworfen worden, durch die Verwaltung eines Solidaritätskontos für Prozesskosten zivil Ungehorsamer am Fliegerhorst Büchel „Beihilfe zu einer öffentlichen Aufforderung zu einer Straftat“ geleistet zu haben.

Der Hintergrund: Auf der Website der Aktion „Digging for Life“ war das Konto genannt worden. „Stoppt die nächste Katastrophe – Atomwaffen abschaffen!“ hieß es da neben einem Foto von rosa Schaufeln vor einer Rolle Nato-Stacheldraht, verbunden mit zwei Zielsetzungen: Die CO₂-Emissionen des Militärs sollten bei der Berechnung der Klimaziele einbezogen und Widerstand gegen die Pläne, eine neue Atombomben-Generation – die US-amerikanischen B61-12 – in Europa zu stationieren, organisiert werden.

Bisher üben deutsche Piloten des Jagdbombergeschwaders 33 in der Eifel täglich mit Attrappen den Abwurf dort lagernder frei fallender Wasserstoffbomben. In Zukunft sollen es Bomben mit Präzisionssteuerung und variabler Sprengkraft sein – ausdrücklich, um sie „besser einsetzbar“ zu machen.

In seiner Verteidigungsrede, mit der er die Zahlung eines Strafbefehls über 200 Euro ablehnte, erklärte Lutz-Scholten: „Die Anzeige des Kasernenkommandanten des Atomwaffenlagers Büchel (...) gegen mich (...)

scheint mir auch nicht in einem rechten Verhältnis zu stehen zu dem, was er selbst und die dort eingesetzten Bundeswehrsoldaten mit ihrem Handeln zu verantworten haben. Denn in Büchel wird täglich der Einsatz von Atomwaffen durch die Bundeswehr geübt, damit diese im sogenannten Ernstfall, auch tatsächlich eingesetzt werden können. (...) Auf diesem Hintergrund haben sich einige engagierte Menschen entschlossen, durch Regelverstöße in Form des gewaltfreien zivilen Ungehorsams mehr öffentliches Interesse zu erregen und durch ihr Handeln die permanente atomare Bedrohung zumindest zeitweise zu stoppen. In den anschließenden

Prozessen ist dann auch die Justiz aufgefordert, zwei Rechtsgüter miteinander abzuwägen: Das Recht auf das Nicht-Betreten einer militärischen Anlage mit dem Recht auf die Unversehrtheit des Lebens, das durch diese Anlage ständig bedroht wird.“

Diese Abwägung fand auch diesmal wie schon in 99 Prozessen um den gewaltfreien Widerstand in Büchel nicht statt. Die Richterin befand, ein Solidaritätskonto für Aktivist*innen könne „Straftaten begünstigen“. Anwalt Christoph Weltecke beantragte schließlich die Einstellung des Verfahrens nach Paragraph 153 Strafprozessordnung wegen Geringfügigkeit, und Richterin und Staatsanwältin stimmten zu. Somit können kriminalisierte Atomwaffengegner*innen weiterhin Prozesskostenhilfe erhalten. Die Walddeckische Landeszeitung berichtete ausführlich unter der Überschrift „Gerichtsverhandlung wird zur Friedensdemo“ (<https://bit.ly/3TXuPF6>).

Damit ist eine weitere Zielsetzung der gewaltfrei Aktiven in Büchel erreicht: den Skandal der völkerrechtswidrigen Stationierung von Atomwaffen und Drohung, sie einzusetzen, einer breiteren Öffentlichkeit bewusst zu machen. Im Gerichtssaal blieb die Öffentlichkeit auf die Präsenz von zehn Beobachtenden beschränkt. Weitere zehn Unterstützende mussten vor



Protestaktion in Büchel gegen dort gelagerte Atomwaffen

der Tür bleiben, was sie jedoch im Nachhinein positiv werteten, konnten sie doch die Zeit für Diskussionen mit dem als Zeugen geladenen Fliegerhorst-Kommandanten nutzen.

Auch die dem Prozess vorhergehende Mahnwache hatte Passanten und Straßencafé-Gäste der nordhessischen Kreisstadt erreicht, unter anderem mit einem Zitat des Arztes und Philosophen Albert Schweitzer. Er erklärte schon 1962: „Wir, die wir den Kampf gegen die Atomwaffen führen, treten nicht als Ankläger, sondern als Richter auf. Wir richten im Namen der Vernunft und der Menschlichkeit und wollen eine öffentliche Meinung schaffen, die richtet wie wir und zuletzt die Abschaffung der Atomwaffen erzwingen soll.“

Ariane Dettloff ist langjähriges DFG-VK-Mitglied und aktiv gegen Atomwaffen in Büchel.



Von Wien über Büchel bis nach New York

Ein Überblick über die Aktivitäten zur Abschaffung der Atomwaffen

Von Marion Küpker

In diesem Artikel werden die aktuellen Entwicklungen der Proteste gegen die Atomwaffen in Büchel im Zusammenhang mit der bundesweiten Kampagne *Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt* und *Ican Germany* vorgestellt. Aus den Protesten unserer Friedensbewegung resultiert der Erfolg der Koalitionsvertrags-Zusage der Ampel-Regierung den Beobachterstatus in der 1. Staatenkonferenz zum Atomwaffen-Verbotsvertrag (1. MSP) im Juni als erstes Nato-Land in Wien einzunehmen. Im Vorfeld zur Staatenkonferenz fand das *Ican-Forum* gefolgt von der Konferenz über die humanitären Auswirkungen von Atomwaffen statt. Im Juli folgten Protestaktionen am Atomwaffenstützpunkt Büchel von IPPNW und Ican sowie die internationale Woche. Ende Juli folgte bereits die internationale *Peace & Planet* Netzwerk-Konferenz der Nichtregierungsorganisationen im Vorfeld der einmonatigen 10. Nichtverbreitungsvertrags-Konferenz (NVV/engl. NPT) in New York.

Stand der nuklearen Aufrüstung in Büchel. Seit Juni und bis Januar 2026 wird der Atomwaffen-Stützpunkt Büchel für 259 Millionen Euro ausgebaut. Der Bauplan beinhaltet den Ausbau der Startbahn sowie die Modernisierung der Atomwaffen-Infrastruktur. So sollen die Spezialbehälter in den Flugzeug-Hangars, wo die Atombomben gelagert sind, erneuert werden.

Dies geschieht mit allen europäischen Atomwaffen-Standorten, die zur nuklearen Teilhabe der Nato gehören; das sind Belgien, Niederlande, Italien, und z.T. die Türkei, die nie eigene Piloten und Trägerflugzeuge stellte. Diese Baumaßnahmen dienen der Vorbereitung der Stationierung der neuen US-Atombomben vom Typ

B61-12, deren Produktion Ende letzten Jahres in den USA begonnen hat.

Für diese vier Jahre zog das Luftwaffengeschwader 33 im Juni mit den Tornado-Kampffjets in die Nähe auf die Militärbasis Nörvenich um.

Die neue B61-12 soll eine kleinere Sprengkraft haben, maximal die ca. dreifache Sprengkraft der Hiroshimabombe, und nun satellitengesteuert und mit kleinen Heckflügeln ausgestattet im freien Fall genauer ins Ziel nachgesteuert werden können. Es ist eine erdeindringende Bombe, deren neuen Fähigkeiten die Hemmschwelle für einen nuklearen Einsatz senkt.

Nukleare Teilhabe im Nuclear Posture Review. Die Nukleardoktrin des Nuclear Posture Review vom Februar 2018 – unter US-Präsident Trump – vertritt den frühzeitigen und flexiblen Einsatz von kleinen Nuklearwaffen sowie die Verkoppelung von konventionellen und kleineren nuklearen Waffen in der Kriegführung. Im aktuellen Nuclear Posture Review – unter US-Präsident Biden – wurde diese Doktrin nicht zurückgenommen und auch nicht der Verzicht auf einen Ersteinsatz von Atomwaffen, wie es von der US-Friedensbewegung seit Langem gefordert wird.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich erläuterte in einem Interview 2020, dass das Thema der nuklearen Teilhabe symbolisch überladen bleibe, da sie stellvertretend für die Glaubwürdigkeit des amerikanischen Nuklearschirms stehe. Auch wenn man der Meinung sei, die Abschreckung durch amerikanische Atomwaffen bleibe angesichts der neuen Bedrohungslagen unerlässlich, wäre diese bereits durch US-Interkontinentalraketen, die US-Bomberflotte und die nuklear bestückte U-Bootflotte (vor Europas Küste) garantiert.

Neue Atomwaffenträger-Kampffjets. Wie im Koalitionsvertrag angekündigt, entschied die Ampel-Koalition im Juni über das zu kaufende neue Atomwaffenträger-Kampfflugzeug: 35 Stück des US-amerikanischen F35-Tarnkappenjets des Herstellers Lockheed Martin sollen als Tornado-Nachfolgemodell für die neuen Atombomben des Militärflugplatzes Büchel gekauft werden.

Bisher wurde die Anschaffung neuer Atomwaffen-Trägerflugzeuge mit 10 Milliarden Euro veranschlagt. Das beschlossene 100-Milliarden-„Sondervermögen“ soll auch dazu dienen, die geplanten Atombomber-Ausgaben für Büchel sowie das für das Jahr 2040 mit Frankreich geplante Future Combat Air System (FCAS) mit nuklearfähigem EU-Kampfflugzeug zu finanzieren. Auch Italien, Belgien und die Niederlande haben sich für den F35 als neuen Atomwaffenträger entschieden.

Widerstandsaktionen in Büchel. Seit dem Jahr 2020 verringerte die Corona-Pandemie die Größe und Anzahl der Proteste. Die regionalen Behörden nutzten die Corona-Zeit, um unsere Bedingungen vor Ort weiter zu verschlechtern: Ein Grundstückspächter, der uns seit über 14 Jahren unterstützte, wurde vertrieben (zwangsgeräumt). Campflächen am Haupttor wurden in Blüten-/Insektenschutz-Wiesen umgewidmet, Parkmöglichkeiten extrem eingeschränkt.

Gruppen werden jetzt ca. 20 Kilometer entfernt auf privaten Campingplätzen an der Mosel, an Vulkanseen oder in regionalen Tagungshäusern untergebracht und organisierten ihre Aktionen von dort aus.

Das Anmelden von Mahnwachen ist zum jetzigen Zeitpunkt am Verkehrskreisel nach wie vor möglich, und auch die in 100 Meter vom Haupt-

tor entfernte Friedenswiese wird bisher geduldet.

Auf www.buechel-atombombenfrei.de finden sich alle teilnehmenden Friedensgruppen und Büchel-Aktionen sowie sonstige wichtige Informationen.

Gerichtsprozesse der Go-in-Aktionen. In den letzten drei Jahre wurden über 60 Gerichtsprozesse geführt. Viele davon aus den Jahren 2017, 2018 und 2019, als die meisten Go-in-Aktionen stattfanden. Alle Prozesse wurden von den friedenspolitischen Soligruppen im Amtsgericht Cochem und im Landgericht Koblenz mit Mahnwachen und Prozessbeobachtungen begleitet.

Europäische Vernetzung. Nuclear-Free Europe (nukrefreeeurope.eu) heißt unsere europäische Kampagne zur Beendigung der nuklearen Teilhabe in Europa. Eine Welt frei von Atomwaffen, die Eindämmung der Klimakrise samt Klimagerechtigkeit und unser Recht auf Leben und Gesundheit – alle diese Ziele gehören zusammen! So wird die internationale Woche im kommenden Jahr am niederländischen Atomwaffen-Stützpunkt Volkel stattfinden. Auch dort werden Go-in-Aktionen durchgeführt.

Warum die Anrufung des Europäischen Gerichtshofes. Das europäische Gericht in Straßburg wurde angerufen, da unser aller Recht auf Verteidigung bisher in allen deutschen Gerichtsinstanzen verletzt wurde: Auch völker- und verfassungsrechtliche Fragen sind zu prüfen, anstatt nur reduziert der Sachverhalt von „Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung“. In keinem Verfahren wurden unsere VölkerrechtsexpertInnen und Sachverständige als Zeuginnen zugelassen, die die illegale Atomwaffen-Stationierung und auch die illegale nukleare Teilhabe hätten belegen können und womit wir unser Recht auf Notwehr begründen.

Uns ist bewusst, dass das Bundesverfassungsgericht dafür bekannt ist,

sich nicht mit rechtlichen Fragen zur Außenpolitik unserer Regierung beschäftigen zu wollen. Der Europäische Gerichtshof hat hier u.a. die Möglichkeit, die Verletzung des Rechtes auf Verteidigung anzuerkennen und das Verfahren an das deutsche Verfassungsgericht mit der Aufforderung zurück zu geben. Letztendlich verteidigen wir damit das internationale Recht. Ohne unsere Beschwerdeklagen hätte der Europäische Gerichtshof gar nicht erst die Chance, seine Gesetze anzuwenden.

Mahnwachen hinter Gittern. Seit Mai, und damit auch während der erhöhten Atomkriegsgefahr durch den Ukrainekrieg, haben bisher drei Personen ihre Geldstrafe wegen „Hausfriedensbruch“ und „Sachbeschädigung“ in eine 30-tägige Ersatzfreiheitsstrafe als Mahnwache hinter Gittern umgewandelt.

Für das kommende Jahr arbeiten Prozessierende aktuell an einer neuen Strategie, wie wir unsere Proteste stärker gemeinsam gegen die Gerichte anwenden können.

Prozesskosten werden immer wieder aus der Friedensbewegung und von engagierten AnwältInnen mitgetragen. Wir freuen uns jederzeit über nötige weitere Spenden auf unser Konto der GAAA (Gewaltfreie Aktion Atomwaffen Abschaffen), die eine Mitgliedsgruppe der DFG-VK ist: DE57 4306 0967 8019 1512 00, Verwendungszweck: Prozesskosten

Atomwaffen-Verbotsvertrag – Druck aus der Zivilgesellschaft. Der Druck auf unsere Regierung wurde über „Lobbyarbeit von unten“ durch den Städte- und Abgeordnetenappell und die Organisation der „BürgermeisterInnen für den Frieden“

immer weiter ausgebaut, damit ein Beitritt Deutschlands zum Atomwaffen-Verbotsvertrag endlich erfolgen kann.

Hierfür machten sich unsere Trägerkreisorganisationen gemeinsam mit Ican stark: Unsere Forderung an unsere Regierung unterstützen bereits über 837 BürgermeisterInnen für den Frieden (Mayors for Peace – weltweit sind es über 8206 Städte), 650 Landtags-, Bundestags- und Europa-Abgeordnete (davon 180 MdBs) sowie über 137 Städte, die dem Ican-Städteappell beigetreten sind. Damit werden 29 Prozent der Gesamtbevölkerung repräsentiert. Deutschland steht beim Städteappell weltweit auf Platz 1 und steht bei der Anzahl der Mayors for Peace auf Platz 3, nach Japan und den Iran.

Bis heute haben bereits 68 Staaten den Verbotsvertrag ratifiziert und 92 weitere Staaten haben ihn bisher unterzeichnet. Zum jetzigen Zeitpunkt hat immer noch kein einziger Atomwaffenstaat und auch kein einziges Nato-Mitgliedsland diesen Verbotsvertrag unterzeichnet. »

» **Internationale Konferenzen.** Unsere Proteste und die Wiener und New Yorker-Abrüstungskonferenzen standen alle vor dem Hintergrund des völkerrechtswidrigen Krieges Russlands gegen die Ukraine und auch der weiter eskalierenden Beteiligung vieler westlicher Länder, z.B. durch Waffenlieferungen an die Ukraine. Es ist ein Krieg, der sich jederzeit in einen regionalen oder auch globalen Atomkrieg ausweiten kann bzw. in eine atomare Katastrophe durch die sechs AKWs im Kriegsgebiet.

Überdeutlich zeigt es das Scheitern der nuklearen Abschreckungspolitik, die diesen Krieg nicht verhindern konnte. Dieses haben alle Atommächte mit zu verantworten, da sie seit Jahrzehnten ihrer Verpflichtung zur vollständigen nuklearen Abrüstung nicht nachgekommen sind, sondern stattdessen weiter aufrüsten.

Ican-Forum in Wien. Im Juni fuhr ich insgesamt ca. 50 Friedensbewegte aus verschiedenen Gruppen und Organisationen nach Wien. Das Ican-Forum war eine großartige Möglichkeit für internationale Nichtregierungsorganisationen und AktivistInnen, sich über unser Netzwerk zu informieren und sich über unsere gemeinsame Strategie auszutauschen: 40 organisierte Workshops mit über 100 internationalen ReferentInnen.

Wir inspirierten uns gegenseitig mit guten Argumenten und knüpften neue Kontakte. Ich habe bei diesem ersten Treffen nach der langen Corona-Isolierung stark gespürt, wie wichtig unsere physischen Treffen sind, die die individuelle Vernetzung auch in Einzelgesprächen ermöglichen. Dafür können Videokonferenzen kein vollständiger Ersatz sein.

Die Workshops finden sich hier: <https://vienna.icanw.org/forum>

Konferenz zu den humanitären Auswirkungen von Atomwaffen. Am 20. Juni haben in der 4. Konferenz zu den „Humanitären Auswirkungen von Atomwaffen“, die vom österreichischen Außenministerium organisiert

wurde, viele RegierungsvertreterInnen teilgenommen. Wir hatten exzellente wissenschaftliche Präsentationen zu Klima und Atomwaffen, die uns allen den Wahnsinn diverser Atombomben-Einsatzstrategien vorführten. Die Ergebnisse der atomaren Einsatzszenarien machten deutlich, dass die nukleare Abschreckung eine Sackgasse ist. Und auch die Atomgefahren zeigen unser bisheriges Glück bei den Atomwaffen-Unfällen. Diese Gefahr vergrößert sich mit dem Einsatz von künstlicher Intelligenz.

Ich war überrascht, mit welcher Stärke dieser Wahnsinn von vielen Regierungsvertretern der Nichtatomwaffen-Staaten wahrgenommen und formuliert wurde. Trotzdem wurde demgegenüber der Bedarf an Atomkraftwerken von vielen Nicht-Atomwaffenstaaten immer wieder bekräftigt.

Mary Olsen aus den USA referierte über die Gefahren durch radioaktive Niedrigstrahlung und sprach über Gender & Radioaktivität. Als Biologin belegte sie in Studien, dass Mädchen und Frauen um ein Vielfaches mehr durch radioaktive Strahlung geschädigt werden als Jungen und Männer. (<https://childrenofatomicveterans.org/>)

Erste Staatenkonferenz zum Atomwaffen-Verbotsvertrag (AVV). Die 1. MSP-Konferenz (Meeting of States Parties) fand direkt im Anschluss Ende Juni in Wien statt. Überraschend war, dass neben dem deutschen Vertreter nun doch mehrere Nato-Länder mit Beobachterstatus vertreten waren; darunter mit den Niederlanden und mit Belgien zwei weitere Länder mit der „nuklearen Teilhabe in der Nato“ sowie die Nicht-Nato-Länder Schweden, Norwegen, Australien und die Schweiz.

In der 1. MSP-Abschlussklärung wurde Russland nicht namentlich und alleinstehend bezüglich der nuklearen Abschreckungspolitik verurteilt, sondern alle Atomwaffenstaaten, da sie alle auf die nukleare Abschreckung setzen und die Welt damit in Geiselschaft halten. Sie alle rüsten nicht ab, sondern rüsten sogar ihre Atomwaf-

fenarsenale mit ganz neuen Waffensystemen auf.

Einzelne Delegierte der Nato-Staaten haben diese fehlende Verurteilung Russlands mit Alleinstellungscharakter im Anschluss stark kritisiert. Dabei zeigt dies, warum 122 Nichtatomwaffenstaaten nach jahrzehntelangen NVV-Überprüfungskonferenzen, in denen den Weg Richtung Verbotvertrag eingeschlagen haben. Es war ihre Frustration gegenüber diesen NVV-Überprüfungskonferenzen, in denen die westlichen Atommächte nicht zu vollständigen und gleichzeitigen Abrüstungsschritten bereit waren und die Verantwortung dafür ausschließlich China, Nordkorea, Iran und Russland zugewiesen werden sollte. Diese Doppelmoral, bzw. dieser Doppelstandard wird durch die jetzigen Atomwaffen-Verbotsvertrags-Konferenzen immer offensichtlicher und für die Atomwaffenstaaten zur vermehrten Blamage, zumal immer mehr Nicht-Atomwaffenstaaten dem Verbotvertrag beitreten.

Beim Atomwaffen-Verbotsvertrag haben die Atommächte kein Vetorecht, von dem sie regelmäßig beim Atomwaffen-Nichtverbreitungsvertrag Gebrauch gemacht haben. So wurde und wird die Welt weiter unter dem nuklearen Damoklesschwert gehalten.

Als eines der ersten Ziele der AVV-Konferenz wurde erreicht: Viele Staaten, die z.B. von den humanitären Auswirkungen der Atomtests schwer getroffen sind, sollen zukünftig Gelder für einen Opferhilfefonds erhalten, wovon sich auch Deutschland beteiligen möchte. Unsere Regierung kommt nicht ganz am Verbotvertrag vorbei, ohne das Gesicht zu verlieren – ein erstes kleines Zugeständnis, das mit dem öffentlichen Druck aus unserer Zivilgesellschaft zu tun hat.

Vom 1. bis 26. August fand die NVV-Konferenz in der UN statt. In der ersten Woche wurden Berichte der einzelnen Länder vorgetragen. Am 2. August hielt Außenministerin Baerbock ihre Rede, in der sie kein Wort über die Verletzungen des NVV/NPT

durch Deutschland oder andere westliche Atomkräfte oder Nato-Staaten verlor. Kein Wort über die vertragsbrüchige nukleare Teilhabe, die laut der International Lawyers Against Nuclear Arms gegen Artikel I und II des NVV verstößt, da der Vertrag die unmittelbare sowie die mittelbare Weitergabe/Annahme der Verfügungsgewalt von Atomwaffen – also die Mitwirkung – verbietet.

Es gab auch kein Wort über die nukleare Aufrüstung durch die geplante Neustationierung der B61-12 US-Atombomben in Deutschland, die gegen den Artikel VI, Weiterverbreitung von Atomwaffen gegenüber der Verpflichtung zur Abrüstung, verstößt. Stattdessen wurden namentlich alleine China, Nordkorea, Iran und Russland von Baerbock verurteilt. Nachdem China einen Tag später in der Rede die nukleare Teilhabe der Nato in Europa kritisierte (was notwendig ist, damit daraus kein Gewohnheitsrecht wird), reichte Annalena Baerbock am 4. August eine schriftliche Erwiderung in der UN-Generalversammlung ein. Sie erklärte darin, dass die nukleare Teilhabe nicht gegen den Vertrag verstoße, weil – sinngemäß – diese bereits vor der Unterzeichnung des Vertrages bestanden habe. Dieser Rechtsauffassung wird allerdings von internationalen RechtsexpertInnen widersprochen.

Saubere Atomenergie als Klimaretter?! Für das Scheitern des Nichtzustandekommens des NVV-Abschlussdokuments kann und darf nicht allein Russland verantwortlich gemacht werden. Der Text des Abschlussdokumentes ist unabhängig von der AKW-Katastrophengefahr im Ukrainekrieg eine inhaltliche Katastrophe, was die Rettung des Klimas betrifft, woran Deutschland mitbeteiligt ist.

Beim Lesen des 35-seitigen NVV-Abschluss-Dokumentes wird deutlich, dass es sich hier eher um ein reines Werbedokument für „Atoms for Peace“ durch die IAEA (Internationale Atomaufsichtsorganisation) handelt,

die die Nicht-Atomwaffenstaaten auf die Rettung der Welt und des Klimas mit ziviler Atomtechnologie festnageln will. Die Hälfte der Paragraphen befasst sich damit, die Wissenschaft der Atomtechnologie auszubauen, weitere Staaten zu ermutigen, Atomtechnologie zu erwerben, sie darin umfassend zu unterstützen und vertraglich darauf zu verpflichten und einzuschwören.

Dabei ist gerade der Einmarsch Russlands in die Ukraine mit der gefährlichen Besetzung von Kernkraftwerken ein sehr deutliches Beispiel, wohin die Gefahren der Nukleartechnologie gerade unter Kriegsbedingungen führen kann.

Stattdessen wurde in der EU-Taxonomie die Atomenergie aktuell als nachhaltige Energieform aufgenommen und die IAEA spricht offen von „Mit Atomstrom gegen den Klimawandel“ bzw. die USA vom weltweiten Export von kleineren mobilen Atomreaktoren.

Auch wenn Deutschland sich hier vorerst bedeckt gehalten hat: Es ist Mitglied einer Gruppe von Staaten, die sich unter dem Namen „Non-Proliferation and Disarmament Initiative“ zusammengeschlossen haben. Für die Vorbereitungskonferenz zur NVV (NPT PrepCom) im Jahr 2019 erarbeiteten sie ein Arbeitspapier mit dem Titel „Förderung der friedlichen Nutzung der Kerntechnik: ein Instrument zur Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung“.

International Renewable Energy Agency (Irena). Während der NVV auf Atomenergie setzt, wurde bereits im Jahr 2009 Irena von 75 Staaten als Alternative gegründet. Irena unterhält ein Büro eines ständigen Beobachters bei den Vereinten Nationen in New York, ein weiteres Büro in Bonn und hat ihre Zentrale in Abu Dhabi. Um den welt-

weiten Einsatz erneuerbarer Energien zu erzielen bekundeten die Regierungen ihr Engagement für einen Wandel des globalen Energieparadigmas. Sie entwickelten einen Fahrplan zur Verdoppelung der weltweiten Nutzung erneuerbarer Energien bis 2030. Es lohnt sich, dazu die Irena-Webseite anzusehen: www.irena.org/aboutirena

Das Nichtzustandekommen des Abschlussdokumentes ist zwar eine Enttäuschung, aber auch ein Zeichen für den erfolgreicher Weg des Atomwaffen-Verbotsvertrages, der einen Aktionsplan verabschiedet hat. Die AVV-Folgekonferenz findet bereits im November nächsten Jahres in der UN in New York statt.

Mein Fazit: Nukleare Abrüstung geht nur gemeinsam mit allen Atomkräften und ohne Atomenergie!

Marion Küpker ist internationale Koordinatorin der DFG-VK gegen Atomwaffen. <<



Protestaktion vor dem UN-Gebäude in New York

Weiterhin gebremste Atomwaffen-Abrüstung

Der Atomwaffenverbots-Vertrag muss weiter vorangetrieben werden

Von Marian Losse

Es ist ein Desaster, dass die NVV-Konferenz in einer Zeit scheitert, in der die Gefahr einer atomaren Katastrophe größer ist als seit Jahrzehnten und es dringend Zeichen der Entspannung gebraucht hätte. Das Fehlen einer noch so unbedeutenden gemeinsamen Grundlage der Atomwaffenstaaten zeigt uns einmal mehr, dass wir nicht auf sie vertrauen können.

Es ist einerseits anzuerkennen, dass es ohne den Nichtverbreitungsvertrag (NVV) vermutlich einige mehr als die bestehenden neun Atomwaffenstaaten geben würde, und die Gefahr eines Atomkrieges damit noch höher wäre. Der fehlende Minimalkonsens bedeutet aber andererseits, dass die Vertragsstaaten sich nicht einig darin sind, wie der Vertrag an manchen Stellen zu verstehen ist, wie sie weiterarbeiten wollen, oder geschweige denn welche Themen überhaupt relevant sind für die Arbeit an einer Welt ohne Atomwaffen.

Es ist keine Auflösung des Vertrages, dass es kein Abschlussdokument gibt. Dieser besteht und wird weiter als Rahmen für internationale Bemühungen zur atomaren Abrüstung dienen. Aber dass es nun seit 12 Jahren keine Einigkeit der Vertragsstaaten gibt, bedeutet auch, dass dieses Forum nicht fähig oder willens ist, auf die Herausforderungen unserer Zeit zu reagieren. Die Spielregeln für den Umgang mit der immerwährenden Gefahr atomarer Weltvernichtung sind nicht mehr aktuell. Die Technik hat sich weiterentwickelt, neue Trägersysteme sind geschaffen worden, Allianzen und politische Rahmensysteme haben sich verschoben. Die Grundaufgabe des Vertrages, die Verbreitung von Atomwaffen zu verhindern und sie über gegenseitiges Vertrauen und Kontrolle überflüssig zu machen, kann

er nicht mehr zeitgemäß erfüllen. Mit Einigungen von vor 12 Jahren (die außerdem nie umgesetzt wurden) finden wir keine Antworten auf die aktuell mögliche Ausweitung der nuklearen Teilhabe, die Aufrüstung der Atomwaffenstaaten oder die Weiterverbreitung von nuklearer Technik auf Kriegswaffen. Der Vertrag und das Gesprächsforum bleiben bestehen und relevant, das haben alle Akteur:innen betont. Aber ihre Relevanz sinkt deutlich, die Atomwaffenstaaten schaufeln mit ihrer Renitenz ihr eigenes und unser aller Grab.

Das vorgeschlagene Abschlussdokument enthielt zwar aufgrund der mutigen und beharrlichen Arbeit der Mehrheit aller Staaten weltweit einige gute Absätze zu den humanitären Auswirkungen von Atomwaffen, die selbst in ihrer Einfachheit leider schon Fortschritte gewesen wären. Für unsere menschliche Sicherheit und unsere Zukunft brauchen wir aber auch Verpflichtungen und konkrete Schritte der Atomwaffenstaaten, die zur Abrüstung führen. Solche waren auch in dem Entwurf des Abschlussdokumentes nicht enthalten, selbst eine Annahme dessen wäre also nicht genug gewesen.

Das NVV-Regime ist schon vorher gescheitert. Das Fehlen eines Abschlussdokumentes der Konferenz ist kein Scheitern, es ist ein Offenbaren. Scheitern tut das NVV-Regime, wenn es die Atomwaffenstaaten immer wieder darin bestätigt, nicht über Abrüstung reden zu müssen. Scheitern tut der NVV, wenn es keine gemeinsamen Antworten auf nukleare Drohungen gibt, wenn die Sicherheit der Menschen weltweit nicht berücksichtigt wird, wenn wiederholt die Realitäten der Opfer nuklearer Tests zurückgewiesen werden. Gescheitert

ist der NVV in dem Moment, als er es geschafft hat, die rhetorische, quantitative und qualitative Aufrüstung aller Atomwaffenstaaten zu legitimieren, anstatt sie zu stoppen.

All das hätte mit einem Konsens der Staaten und einzuhaltenden Selbstverpflichtungen gerettet werden können. Dieser August war die Möglichkeit, einen Raum für Deeskalation und Abrüstung zu schaffen. Es war ein Zeitfenster, sich auf die einfache Botschaft zu besinnen, dass es nichts Gefährlicheres und Unrealistischeres gibt als den Wunderglauben, dass Atomwaffen nie wieder eingesetzt werden.

Die Atomwaffenstaaten sind nicht erst jetzt am 26. August daran gescheitert, das einzusehen. Sie haben lediglich wieder einmal offenbart, dass sie das gar nicht wollen. Dass sie diesen Raum der potenziellen Deeskalation für gegenseitige Angriffe und Provokationen nutzen, dass sie alle Menschen immer noch als Geiseln ihrer Machtphantasien halten, dass es keinen Sinn ergibt, einfach auf den guten Willen der Atomwaffenstaaten zu warten.

Und genau aus dieser Offenbarung erwächst die Stärke des Atomwaffenverbotsvertrages (AVV). Ein Ort internationaler Diplomatie, an dem Kooperation Drohung und Provokation überwiegt, und das obwohl die Vertragsstaaten bei vielen Themen überkreuz liegen. Es ist ein Ort, an dem verstanden wurde, dass es um das Überleben von Millionen Menschen geht und nicht um die geschädigten Egos einiger Machthungriger. Die Arbeitsweise und die Sprache sowie auch die Taten, die daraus folgen, sind beim Atomwaffenverbot konstruktiver, partizipativer, menschenfreundlicher und emanzipatorischer, als es die des NVV je sein werden. Aus der Offenbarung, dass

der NVV nicht mehr angemessen und allein in der Lage ist, auf die nuklearen Bedrohungen unserer Zeit zu reagieren, ergibt sich die Dringlichkeit, den AVV zu stärken. Deutschland muss einen Erstschlag von seinem Territorium ausschließen, den AVV finanziell und politisch unterstützen, ihm beitreten und die eigene nukleare Teilhabe beenden. Das würde neuen Raum zur Deeskalation des zweiten Kalten Krieges öffnen, der sich mit dem Ende der NVV-Konferenz erstmal geschlossen hat. Sicherheit vor Atomwaffen gibt es nur ohne Atomwaffen.

In der Konferenz sollten alle Themen behandelt werden, bei denen es um nukleare Sicherheit in Verbindung mit Außenpolitik und Militär geht. Deswegen war es berechtigt und absolut notwendig, die besorgniserregenden Vorgänge rund um Europas größtes AKW Saporischschja anzusprechen. Doch die anwesenden Staaten konnten sich nicht einmal auf eine gemeinsame Realität hinsichtlich der Bedrohungslage einigen und deswegen auch keine Schritte zur Sicherung unternehmen. Dass der Konsens am Ende an einer Formulierung gescheitert sein soll, die eine ukrainische Kontrolle über das AKW fordert, ist eine vorgeschobene, aber vorhersehbare Ausrede. Nun darüber zu reden, dass dies der Stein des Anstoßes gewesen

sein soll, verschleiert, dass die Atomwaffenstaaten und der Rest der Welt zu viel grundlegenden Fragen auch keinen Konsens finden und sie nicht bereit sind, ihre atomare Gewalt von allein aufzugeben.

Der Verweis auf die Situation im AKW Saporischschja war richtig, weil sie der Gefahr einer Atombombe gleicht und damit gelöst werden muss. Die Art und Weise, wie dies geschehen ist, hat der Gefahr rund um das AKW jedoch nicht geholfen. Russland ist allein verantwortlich dafür, dass überhaupt eine Gefahrenlage entstanden ist, und kann sich der Verantwortung darum nicht entziehen. Mit Opferumkehr und Gaslighting versuchen es aber immer wieder, der Öffentlichkeit einen Streitapfel hinzuwerfen, an dem unser Protest gegen die gemeinsame Geiselnahme der Atomwaffenstaaten gespalten werden soll. Solches Verhalten sehen wir aktuell vermehrt, aber nicht nur von Russland. Solche Äpfel ermöglichen es den westlichen Atomwaffenstaaten auch, sich als verantwortungsbewusst und besorgt um das Gemeinwohl aller darzustellen, nur weil die russische Regierung sich so unglaublich verachtend gegenüber Regeln der Menschlichkeit und Vernunft verhält, dass die fortwährende atomare Drohung der westlichen Staaten vor die-

sem Hintergrund als legitim und gut erscheint. Das müssen wir zurückweisen, denn jede Art von atomarer Gewalt ist unmenschlich, egal, von wem sie kommt.

Alle Atomwaffen sind menschenverachtend. Die Verantwortung für die mangelnde Umsetzung des NVV-Vertrages in den vergangenen Jahren und das Scheitern des Konferenzkonsens tragen alle Atomwaffenstaaten und ihre Verbündeten. Sie verletzen ihre Verpflichtungen aus dem Vertrag massiv, indem sie atomar wieder aufrüsten.

Die Bundesregierung ist dabei Teil des Problems und nicht Teil der Lösung. Kaum im Amt, hat die Ampelkoalition den Kauf des neuen Atom-bombers F-35 beschlossen, mit dem die deutsche Luftwaffe im Ernstfall Atombomben abwerfen können soll. Sie lässt die qualitative Aufrüstung der hier lagernden US-Atombomben zu, deckt ihre Verbündeten auf dem internationalen Parkett und verweigert sich der umfassenden Zusammenarbeit im Atomwaffenverbotsvertrag.

Marian Losse war Teil der DFG-VK-Jugenddelegation zur NPT Review Conference im August in New York City. Er studiert Friedens- und Konfliktforschung in Marburg. ‹‹

Abschlusskonzert des Friedenssong-Wettbewerbs der DFG-VK-Gruppe Bonn-Rhein-Sieg

Am 24. September fand in Bonn das Abschlusskonzert mit den Siegern und Siegerinnen des 4. Deutschen Friedenssong-Wettbewerbs statt. Dieser Wettbewerb wird von der DFG-VK Gruppe Bonn-Rhein-Sieg im Dreijahres-Rhythmus veranstaltet, um Musiker und Musikerinnen zur Auseinandersetzung mit dem Thema Krieg und Frieden zu motivieren und die Friedensbewegung durch neue ausdrucksstarke Lieder zu inspirieren. Schirmherr des Wettbewerbs ist Konstantin Wecker.

62 Songs wurden zum Wettbewerb eingereicht. Musiker und Musikerinnen aller Altersgruppen beteiligten sich, das Spektrum reichte von Rap- und Rocksongs über Liedermacher-Songs bis zum klassischen Solo-Lied mit Klavierbegleitung. Von einer 14-köpfigen Fachjury wurden im Sommer die fünf besten Einreichungen ermittelt. Alle Songs sind auf der Internetseite www.friedensmusik.de



zu finden und abrufbar. Auch die Juroren und Jurorinnen und die Bewertungskriterien sind dort genannt.

Joachim Osinski

... gefördert von: Bertha-von-Suttner-Stiftung

Die von der Stiftung der DFG-VK in diesem Jahr geförderten Projekte

Von Hauke Thoro

Die Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK unterstützt seit 29 Jahren wissenschaftliche und kulturelle Vorhaben, die sich mit der Erforschung und Überwindung von Kriegsursachen sowie mit Formen gewaltfreier Konfliktbearbeitung befassen. „In diesem Jahr haben wir fast ein Dutzend Projekte unterstützt“, sagt David Scheuing, der Vorsitzende des Stiftungsrats, „und wir hoffen auch in unserem 30. Jahr auf viele interessante neue Einreichungen“.

Hier soll ein knapper Überblick über die aktuellen Aktivitäten und Förderungen gegeben werden.

Studie: Fehlendes Recht auf Kriegsdienstverweigerung

Formell gibt es in der Türkei ein Recht auf Kriegsdienstverweigerung, praktisch eher nicht. Um diese Erfahrung vieler Kriegsdienstgegner wissenschaftlich zu validieren, organisierte Connection e.V. eine Befragung türkischer Kriegsdienstverweigerer. Der Bericht beschreibt detailliert die Menschenrechtsverletzungen und die strafrechtlichen Verfolgungen, denen sich Kriegsdienstverweigerer in der Türkei ausgesetzt sehen. Mehr zur Studie: <https://bit.ly/3CpQcHU>



Der Bericht beschreibt detailliert die Menschenrechtsverletzungen und die strafrechtlichen Verfolgungen, denen sich Kriegsdienstverweigerer in der Türkei ausgesetzt sehen. Mehr zur Studie: <https://bit.ly/3CpQcHU>

Tagung: Gewaltfreier Widerstand in repressiven Zeiten

Angesichts des Ukraine-Krieges könnte die Arbeit des „Bund für Soziale Verteidigung“ (BSV) nicht aktueller sein: Der BSV entwickelt gewaltfreie



Verteidigungskonzepte, mit denen soziale Gemeinschaften geschützt werden sollen anstelle militärischer Territorial-Verteidigung. Die Tagung „Gewaltfreier Widerstand in repressiven Zeiten“ wurde deshalb von der Stiftung unterstützt. Hier findet sich die Tagungsdokumentation: <https://bit.ly/3rkZfthB>

Protest: Friedenskonferenz 2022

Um aufzuzeigen, dass eine friedliche Welt möglich ist, organisieren Friedensorganisationen parallel zur „Münchner Sicherheitskonferenz“ die „Münchner Friedenskonferenz“. Die Veranstaltung fand im Alten Rathaus und online statt. Eine gute Dokumentation und Aufzeichnungen vieler Talks der Veranstaltung finden sich hier: <https://bit.ly/3EE9tL>

Delegation: Vertrag zum Verbot von Atomwaffen

Anlässlich des ersten Treffen der Vertragsstaaten des Vertrag zum Verbot von Atomwaffen in Wien organisierte Ican Deutschland einen wissenschaftlichen Austausch mit den Konferenzdelegierten und erstellte einen

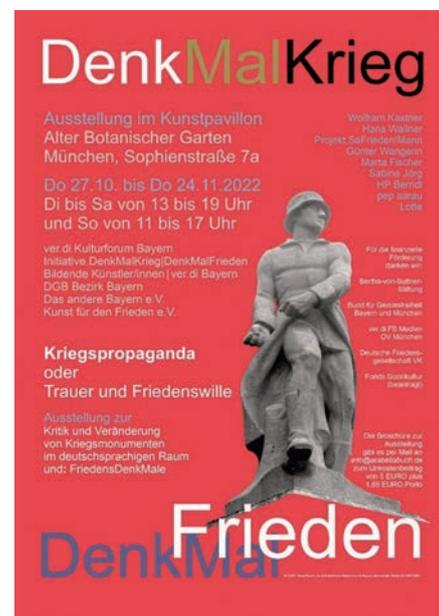
Bericht über Fortschritte, Chancen und künftige Herausforderungen in der Universalisierung des Atomwaffenverbots: <https://bit.ly/3g09xlb>

Studie: Die Klimakrise und Atomwaffen

Wie trägt die nukleare Teilhabe zum Klimawandel bei? Welchen CO2-Ausstoß verursachen einzelne Elemente der nuklearen Teilhabe Deutschlands? In welchem Kontext muss dieser CO2-Ausstoß betrachtet werden? Diese und andere Fragen versucht Ican Deutschland mit der Studie „Die Klimakrise und Atomwaffen“ aus einer klimagerechten Perspektive zu beantworten. Die Studie wird derzeit noch erarbeitet.

Ausstellung: „DenkMalKrieg – DenkMalFrieden“

Bis heute stehen vielerorts Kriegsdenkmal. Viel zu oft stellen diese das Morden für deutsche Großmachtpläne als gesellschaftlich „gut“ und „wünschenswert“ dar oder verklären dies gar zu „Heldentaten“. Deshalb versuchen die Künstler Wolfram P. Kastner und Hans Wallner mit ihrem Pro-



jekt „DenkMalKrieg – DenkMalFrieden“, diese Denkmäler einerseits zu dokumentieren und andererseits mit künstlerischen Interventionen zu dekonstruieren. Die Stiftung unterstützte 2022 die Ausstellung „Kriegspropaganda oder Trauer und Friedenswille“ in München. Informationen zum Projekt: <https://bit.ly/3CLWFye>

Forschung: Participatory Action Research Camp in Österreich

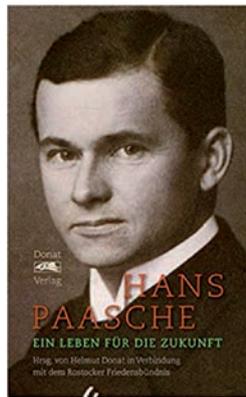
Die Bertha-von-Suttner-Privatuniversität St. Pölten veranstaltete diesen Sommer zwei Zertifikatskurse zu partizipativer Aktionsforschung (PAR). Forscher*innen, Studierende oder Praktiker*innen der Sozialwissenschaften, der Sozialen Arbeit oder in gemeinschaftsbezogenen Projekten konnten Kenntnisse und Fähigkeiten in partizipativen Forschungsmethoden entwickeln oder ausbauen und Kapazitäten für kollaborative Aktionsforschung erweitern: <https://bit.ly/3Cnzo49>

Jugenddelegation zur Uno nach New York

Die DFG-VK organisierte zur 10. NPT Review Conference des Atomwaffensperrvertrags eine Jugenddelegation nach New York zur Uno. Die jungen Menschen, Aktivist*innen und Studierende besuchten Vorträge, Podiumsdiskussionen und andere Events auf der Konferenz rund um das Thema nukleare Abrüstung, trafen Diplom*innen und Überlebenden der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki. Als Höhepunkt verlasen die DFG-VK- Delegierten ein gemeinsam mit Jugenddelegationen aus aller Welt vorbereitetes eigenes Statement vor dem UN-Plenum. Hier blicken die Teilnehmer*innen auf die Reise zurück: <https://un-delegation.dfg-vk.de/auf-der-revcon/>

Buch: „Hans Paasche – Ein Leben für die Zukunft“

Den Raubbau an der Natur zu kritisieren, die Aufarbeitung kolonialer Verbrechen zu fordern und die Kritik an überbordendem Militarismus sind auch heute noch wichtige Aufgaben



der Friedensbewegung - und sie sind das „moderne“ Erbe auch von Hans Paasche. Zum 100. Todestag erschien in Kollaboration des Rostocker Friedensbündnisses und des Donat-Verlags das Buch „Hans Paasche - Ein Leben für die Zukunft“. Paasche war in vielerlei Hinsicht unter anderem auch den bürgerlichen Friedensbewegten seiner Zeit inhaltlich weit voraus - er kritisierte den Kolonialismus grundsätzlich, als andere ihn nur reformieren wollten, er kritisierte das Kaiserreich, als andere es noch in Schutz nahmen. Dies würdigt der Band ausführlich, der mit unserer Unterstützung erschien. Bestellt werden kann das Buch direkt beim Donat Verlag: <https://bit.ly/3yxkaZk>

Studie: Future combat air system (fcas)

Was ist FCAS? Genau diese Frage beantwortet eine Studie der Informationsstelle Militarisierung und berichtet über das größte Aufrüstungsprojekt der Bundesregierung. Bei diesem Rüstungsprojekt, das irgendwann die gerade beschlossenen F-35-Flugzeuge ersetzen soll, wird es sich um eine





Bertha von Suttner Stiftung
der DFG-VK

Bertha-von-Suttner-Stiftung
c/o DFG-VK-Bildungswerk NRW
Braunschweiger Straße 22
44145 Dortmund
Telefon 0231-81 8032; E-Mail: post@bertha-von-suttner-stiftung.de
[bertha-von-suttner-stiftung.de](https://bit.ly/3CY4nEn)

Spenden (steuerlich absetzbar) auf das Konto bei Bank für Sozialwirtschaft: DE65 3702 0500 0008 1746 07

Die Förderkriterien und die Vergaberichtlinien der Stiftung sind auf der Homepage abrufbar: <https://bit.ly/3CY4nEn>

Mischung aus Atombomber und begleitenden Drohnen handeln. Und weil das in der Öffentlichkeit kaum bekannt ist, unterstützt die Stiftung diese wichtige Studie. Hier die Vorabstudie: <https://bit.ly/3erPfxp>

Öffentlichkeitsarbeit und Akquise

Der Stiftungsrat hat beschlossen, dass die Bertha-von-Suttner-Stiftung in den nächsten Jahren verstärkt mit Öffentlichkeitsarbeit und Fundraising in die Öffentlichkeit treten wird. „Dafür hat die Stiftung einen Mitarbeiter eingestellt“, sagt Joachim Schramm, langjähriger Kassierer der Stiftung. „Ziel dieser Maßnahme ist, die Sichtbarkeit der Stiftung zu erhöhen und mehr Spenden einzunehmen, um langfristig wissenschaftliche und kulturelle Friedensprojekte noch besser unterstützen zu können.“

Hauke Thore ist seit diesem Sommer mit wenigen Wochenstunden für Öffentlichkeitsarbeit und Fundraising bei der Bertha-von-Suttner-Stiftung beschäftigt. Ehrenamtlich ist er als Mitglied im DFG-VK-BundessprecherInnenkreis aktiv. <<

„Ein Signal mangelnder Zivilcourage“

Der Göttinger Friedenspreis - ein Kollateralschaden des Ukrainekrieges

Von Andreas Zumach

Am 10. September sollte das deutsch-russische Projekt „Musik für den Frieden“ in einer öffentlichen Feier mit der Verleihung des Göttinger Friedenspreis (GFP) ausgezeichnet werden. Das ursprünglich am Musiktheater in Grenzach-Whylen von den Müllheimer MusikpädagogInnen Ulrike und Thomas Vogt gegründete Ensemble MIR (russisch: Frieden) kooperiert seit 2018 mit dem Jugendtheater „Premier“ aus der zentralrussischen Stadt Twer. Die gemeinsamen, zunächst via Internet einstudierten Projekte „Musik für den Frieden“ wurden vor der Coronapandemie in Russland und Deutschland als Live-Konzerte aufgeführt.

Während der Coronazeit wurden von beiden Ensembles in einer intensiven Online-Zusammenarbeit drei Musikvideos produziert und auf dem Youtube-Kanal „Musik für den Frieden“ veröffentlicht. Der zivilgesellschaftlich engagierte künstlerische Austausch der deutschen und russischen Jugendlichen soll zeigen, dass trotz der fatalen politischen Situation in Europa eine freundschaftliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit über Grenzen hinweg möglich ist.

Doch Mitte Juni wurde die seit Anfang Januar auf der GFP-Webseite (www.goettinger-friedenspreis.de) angekündigte Verleihungsfeier von der den Preis vergebenden Stiftung ohne jede Begründung abgesagt. Was war geschehen?

Einstimmige Entscheidung für „Musik für den Frieden“. Bereits im September 2021 hatte die unabhängige GFP-Jury das Projekt „Musik für den Frieden“ unter über 30 Vorschlägen einstimmig als Preisträger für das Jahr 2022 ausgewählt. (Zu der Jury gehörten unter dem Vorsitz des Au-

tors dieses Artikels die Friedens- und Konfliktforscherin Dr. Regine Mehl und die renommierte Atomwaffenexpertin und frühere Redakteurin der Zeitschrift „Wissenschaft & Frieden“ Regina Hagen). Die Jury traf ihre Entscheidung angesichts der Spannungen und Konflikte zwischen dem Westen und Russland, die nicht erst seit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim im März 2014 ständig zunehmen.

Zur Begründung ihrer Wahl schrieb sie: „Die Jury würdigt mit diesem Preis den wichtigen zivilgesellschaftlichen Beitrag dieses Projektes zu den Beziehungen zwischen Deutschland und Russland, gerade in Zeiten, in denen diese Beziehungen auf der offiziellen Ebene der Politik geprägt sind durch erhebliche Konflikte sowie zunehmendes gegenseitiges Unverständnis.“

Seit dem zwischenzeitlichen Beginn des Ukrainekrieges wurden in Deutschland törichterweise zahlreiche Beziehungen in die russische Zivilgesellschaft auf Eis gelegt oder gar ganz abgebrochen. Als Signal gegen diesen fatalen Trend wäre die öffentliche Preisverleihung an ein rein zivilgesellschaftliches deutsch-russisches Friedensprojekt umso wichtiger gewesen.

Absage ohne Begründung. Doch stattdessen hatte der Ukrainekrieg genau die gegenteilige Folge: Am 18. Juni teilte der GFP-Stiftungsvorsitzende Hans-Jörg Röhl den völlig überraschten Preisträgern die Absage der für den 10. September geplanten Feier mit. Ohne Begründung. Auch eine nachfolgende Pressemitteilung sowie die gemeinsame Erklärung von Röhl und dem Kuratoriumsvorsitzenden der Stiftung, Götz Neuneck, auf der GFP-Webseite enthalten keine Begründungen.

Auf Nachfragen von JournalistInnen erklärte der Pressesprecher der

Stiftung, Thomas Richter: „Wir geben keinen Grund an.“ (Badische Zeitung, 23.6.2022). Auch stiftungsintern waren und sind bis heute keine triftigen oder gar zwingenden Gründe für die Absage zu erfahren.

Im Mai hatte ein Göttinger Mitglied der Stiftung Ängste vor einer Durchführung der Preisverleihung noch während des Ukrainekrieges geäußert. Doch statt zunächst eine stiftungsinterne Diskussion auch unter Beteiligung der Jurymitglieder über diese Ängste zu führen, vereinbarte das für die Organisation der jährlichen Feier zur Preisverleihung zuständige Komitee der Stiftung ein Gespräch mit dem Leiter der Staatsschutzabteilung der Göttinger Polizei. Dieses Gespräch habe ergeben, „dass mit Sicherheit mit erheblichen Demonstrationen und Störversuchen von den Kriegsgegnern und Russlandbefürwortern zu rechnen ist“, schrieb die Vorsitzende des Organisationskomitees, Carmen Barann, in ihrem Bericht an die Stiftungsmitglieder. Doch diese Formulierung ist eine aufbauschende Verfälschung.

Tatsächlich hatte der Leiter des Staatsschutzes lediglich gesagt, es „könnte möglicherweise zu Störaktionen, Demonstrationen und sonstigen Missfallenskundgebungen kommen“. Für diese Einschätzung konnte der Leiter des Staatsschutzes in dem Gespräch allerdings keinen einzigen konkreten Anhaltspunkt nennen.

Dieser wesentliche Umstand wurde in dem Bericht des Organisationskomitees an die Stiftungsmitglieder ebenso verschwiegen wie die Tatsache, dass der Staatsschutzleiter in dem Gespräch ausdrücklich „versicherte, dass die Polizei in jedem Fall einen störungsfreien Ablauf der Preisverleihung gewährleisten würde“. Zusätzlich angeheizt wurde die Hysterie

durch die Behauptung des GFP-Pressesprechers Thomas Richter, bei Durchführung der geplanten öffentlichen Feier seien „harsche Reaktionen der Regionalpresse zu erwarten“. Eine Lektüre sämtlicher Berichte und Kommentare der beiden Regionalzeitungen „Göttinger Tageblatt“ und „Hessisch Niedersächsische Allgemeine“ (HNA) zum Ukrainekrieg seit dem 24. Februar ergab jedoch keinerlei Anhaltspunkte für diese Erwartung.

Einzig auf Basis dieser Erwartung sowie des irreführenden und unvollständigen Berichts des Organisationskomitees traf der Präsident der Universität, Professor Dr. Metin Tolan, (qua seiner Funktion Mitglied des Stiftungskuratoriums) die Entscheidung, die Aula der Universität, in der die Preisverleihung seit 1999 traditionell stattgefunden hatte, wegen „Sicherheitsbedenken“ nicht zur Verfügung zu stellen. Dieselbe Entscheidung traf das Stiftungsmitglied Erich Sidler, Intendant des Deutschen Theaters (hier hatte die Veranstaltung 2021 stattgefunden). Und Oberbürgermeisterin Petra Broistedt (ebenfalls qua Funktion Mitglied des Stiftungskuratoriums, da die Stadt traditionell nach der jährlichen Verleihungsfeier zu einem Empfang im historischen Rathaus der Stadt einlädt) riet von der Durchführung der Feier „in diesem Jahr“ ab. Dieser Empfehlung schloss sich das Organisationskomitee der Stiftung an.

Auf ausdrückliche Nachfrage an Uni-Präsident Tolan, Theaterintendant Sidler und Oberbürgermeisterin Broistedt, ob es neben dem irreführenden und unvollständigen Bericht über das Gespräch mit dem Leiter des Staatsschutz sowie der völlig unbegründeten Vorverurteilung der Regional-

medien durch Pressesprecher Richter irgendeinen weiteren Anlass oder Grund für ihre Entscheidungen und Empfehlung gegen die Durchführung der Feier gab, erhielt der Autor dieser Zeilen keine Antwort.

Mit diesen Vorentscheidungen war die Absage der Veranstaltung besiegelt. An dem gesamten stiftungsinternen Prozess der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung wurden die Mitglieder der Jury nicht beteiligt. Neunmal zwischen Anfang und Mitte Juni baten sie vergeblich um die Erläuterung der vorgebrachten „Sicher-



heitsbedenken“. Sämtliche Fragen der Jury wurden nicht beantwortet. Aus diesem Grund, und weil sie die Absage für einen großen Fehler halten, erklärten die Jurymitglieder am 19. Juni ihren Rücktritt.

Sie kritisierten die Absageentscheidung als „ein Signal von mangelnder Zivilcourage, beschämender Feigheit und vorseilendem Gehorsam vor einer ganz offensichtlich imaginären Bedrohung.“ Diese Entscheidung spiele „der derzeitigen massiven Feindpropaganda der Regierung Putin und der staatlich gelenkten russischen Medien gegen den Westen in die Hände.“

Um die große Enttäuschung insbesondere der an dem Friedensprojekt beteiligten russischen und deutschen Jugendlichen über die Absage zumindest zu begrenzen, schlug die Jury vor, den Preis im Rahmen eines ohne-

hin für den 11. September geplanten Konzertes in der Berliner Gedächtniskirche zu übergeben. So wurde verfahren.

Auf der Webseite der GFP verbreiten die Vorsitzenden der Stiftung und ihres Kuratoriums, Röhl und Neuneck, inzwischen die nachweisliche Falschbehauptung, es habe „ein demokratisches Abstimmungsverfahren“ gegeben, bei dem „alle Mitglieder der Stiftung über die gleichen Informationen verfügt“ hätten. Der Jury wird vorgeworfen, sie habe diese angeblich demokratische Mehrheitsentscheidung „nicht akzeptiert“ und damit gegen einen „demokratischen Grundsatz“ verstoßen. Eine Begründung für die Absage der Feier liefern Röhl und Neuneck weiterhin nicht. Die Erklärung vom 19. Juni, in der die Jury ihre Haltung und ihren

Rücktritt ausführlich begründet, wird auf der GFP-Webseite unterschlagen.

In Folge dieser stiftungsinternen Kontroverse hat Uni-Präsident Tolan seinen Sitz im Kuratorium der Stiftung inzwischen aufgegeben und damit die seit 1999 bestehende Kooperation zwischen der Göttinger Universität und der Stiftung beendet. Die historische Aula der Uni steht damit als Ort für künftige Verleihfeiern nicht mehr zur Verfügung. Auch Pressesprecher Richter hat seine Mitgliedschaft in der Stiftung und seine dortige Funktion als Beirat für Öffentlichkeitsarbeit aufgegeben.

Andreas Zumach, DFG-VK-Mitglied und freier Journalist in Berlin, ist Träger des Göttinger Friedenspreises 2009 und gehörte seit 2012 der Jury an, seit 2018 als ihr Vorsitzender. <<

Impressum

Die *ZivilCourage* erscheint 2022 im 49. Jahrgang. Davor erschienen als Zeitschrift der Deutschen Friedensgesellschaft-Internationale der Kriegsdienstgegner die *Courage* und des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer die *Zivil*. Seit der Fusion der beiden Organisationen 1974 erscheint als Zeitschrift der DFG-VK die *ZivilCourage*.

Redaktionsanschrift: *ZivilCourage* – Magazin der DFG-VK, Hornbergstr. 100, 70188 Stuttgart, Tel. 0711-51 89 26 20, E-Mail zc@dfg-vk.de, Internet www.zivilcourage.dfg-vk.de

Herausgeberin: Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V. (DFG-VK), Hornbergstraße 100, 70188 Stuttgart
V.i.S.d.P.: Stefan K. Philipp (philipp@dfg-vk.de)

Druck: Druckhaus Stil + Find, Felix-Wankel-Straße 2, 71397 Leutenbach-Nellmersbach, Telefon 0711-12 02 02 13, E-Mail info@stil-find.de

Vertrieb: Neckartalwerkstätten, Hafenbahnstraße 35, 70329 Stuttgart, Telefon 0711-3202834

ISSN: 1614-1954

Anzeigenverwaltung: Bernhard Kusche, Hopfenweg 12, 86754 Munningen, Telefon 09082-90056, Telefax 09082-91 12 00, eMail bernhard.kusche@gmx.de; zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 15 vom 1.2.2019 gültig.

Erscheinungsweise: vier Mal/Jahr
Haftungsausschluss: Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung. Offizielle Stellungnahmen der DFG-VK sind als solche gekennzeichnet. Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. Der Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht und dann genehmigungsfrei, wenn die Quelle eindeutig benannt wird und die Redaktion zwei Belegexemplare erhält.

Bezugsbedingungen: Bei DFG-VK-Mitgliedern ist der Bezug der *ZivilCourage* im Mitgliedsbeitrag enthalten. Ein Jahresabonnement kostet 14 € inklusive Porto; Abonniert schriftlich bei der Herausgeberin.

Redaktionsschluss für diese Ausgabe war der 30. Oktober. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe ist der 30. November.



Zuschriften bitte per E-Mail an: zc@dfg-vk.de
Briefe sollten maximal 1 800 Zeichen lang sein. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor.

Meine Meinung zur *ZivilCourage*-Ausgabe 2/2022:

Seite 4 ff. (Bundeskongress): Es entsteht der Eindruck, der aktuelle Krieg hat uns nur am Rande interessiert.

Seite 18 ff. (Positionspapier des Kasseler Ratschlags): Ich stimme dem weitgehend zu, aber welche Bedeutung hat das Positionspapier? Ist es auch eines der DFG-VK, hat sich jemand damit befasst, sollen wir das diskutieren?

Zu Seite 40 (Erinnerung an Helmut Michael Vogel): Bekanntlich gibt es ein Bildungswerk, das im Sinne von HMV Friedensbildungsarbeit treibt – da hätte der Link doch noch Platz gehabt: <http://www.h-m-v-bildungswerk.de/>

Seite 34 ff. (Wo bleibt die Wertschätzung für Junge; Diversität oder „alte weiße Männer“; „Hört mit der sexistischen Scheiße auf!“: 6 Seiten DFG-VK- Selbstbeschauung – schön, wenn sich junge Leute bei uns engagieren, aber die Pauschalität der Anwürfe – Rassismus, Sexismus ... ist ein Ärgernis, insbesondere für Friedensfreunde, die in der Gruppenarbeit vor Ort und in den Gremien versucht haben, einen wirklich partnerschaftlichen und gleichberechtigten Umgang unter FriedensfreundInnen zu praktizieren. Und die auch in ihren persönlichen Beziehungen versucht haben, patriarchalische Traditionen zu überwinden und Partnerschaft und Gleichberechtigung zu leben.

... Kein toller Eindruck, das ist die Lage... Ich habe nicht mehr die Nerven, mich bei allen Diskussionen zu beteiligen.

Tommy Rödl

Zum Beitrag „Hintergründe und Lösungsperspektiven. Positionspapier

des Bundesausschusses Friedensratschlag“ in *ZivilCourage* 2/2022, Seite 18 ff.

Das Papier beinhaltet zahlreiche tendenziöse Aussagen und Falschaussagen. Tendenziöse Aussagen sind OK. Falschaussagen nicht!

Diese beginnen im 2. Abschnitt auf Seite 18 mit der Unterstellung einer „Expansionspolitik der Nato“. Richtig ist vielmehr, dass alle neuen Mitglieder der Nato für ihren Beitritt intrinsisch motiviert waren und dass Beitrittskandidaten aufgrund der Berücksichtigung russischer Interessen durch wichtige Natomitglieder – tragischerweise auch die Ukraine – abgelehnt wurden.

Im 8. Abschnitt auf Seite 18 behauptet der Autor, dass der „Krieg zwischen Russland und der Ukraine“ tatsächlich ein „hybrider Krieg der Nato gegen Russland“ sei. Wahr ist jedoch, dass der hybride Krieg schon vor mehr zehn Jahren als Energiekrieg von Russland gegen die Ukraine begonnen und ab 2014 mittels „grüner Männchen“ auf der Krim und im Donbass eskaliert wurde. Erst nach der Russischen Invasion 2022 haben die USA es sich zum Ziel gesetzt, Russland soweit zu schwächen, dass von diesem Staat auf absehbare Zeit keine Aggression mehr gegen seine Nachbarn ausgehen kann.

In Abschnitt 1 auf Seite 20 nennt der Autor den Euromajdan einen Putsch. Ein Putsch ist ein von einer kleineren Gruppe (von Militärs) durchgeführter Umsturz(versuch) zur Übernahme der Staatsgewalt. Der Euromajdan jedoch war eine von Hunderttausenden von Demonstranten getragene Revolution gegen Janukowytsch, der das von Bevölkerung gewünschte und von der ukrainischen Regierung ausgehandelte Assoziierungsabkommen mit der EU zu verhindern suchte.

Und so fort. Eine weitere Aufzählung der auf den folgenden drei Seiten dieses Papier auftretenden „alternativen Fakten“ schenke ich mir aus Platzgründen und weil diese schlicht dem russischen Narrativ folgen; was

leider zu der Vermutung führt, dass der Text selbst Teil der hybriden russischen Kriegsführung ist.

Ich frage: Wer hat diesen Text verfasst? Wer in der ZC-Redaktion hat ihm unkommentiert sechs volle Seiten eingeräumt und diese dann auf unsere Kosten drucken lassen?

Ich bitte um Aufklärung, für alle Leser!

Martin Wohlfarth-Bottermann

Zum Beitrag „Hört mit der sexistischen Scheiße auf!“ von der Antimilitarischen Aktion Berlin in der DFG-VK in *ZivilCourage* 2/2022, Seite 38 f.

FLINTA ... benevolenter Sexismus ... Dude-Kumpels ... Cis-Dudes ... nicht-binär ...

Ich bin zu alt für sowas! (Hört mit der verbalen Scheiße auf!)

Michael Machnik

Zum Leserbrief von Toralf Thiesen in *ZivilCourage* 2/2022, Seite 42

„Was bitte, soll das?“ fragt Toralf Thiesen in seinem Leserbrief und bezieht sich auf die „Chronik eines angekündigten Krieges“ von Werner Glenewinkel (ZC 1/2022). Mit dieser Frage kritisiert Thiesen dessen ungewöhnliche

Art der Auseinandersetzung mit dem Agriffrkrieg Russlands in Form einer Collage aus Zeitungsbildern und Headlines.

Die Erwartung, dass in der *Zivilcourage* vor allem analytische Sachtexte zu stehen haben, ist okay. Solche Beiträge hat Glenewinkel aber schon oft in ZC geliefert, und zwar substanzvolle.

Daran gemessen oder sowieso ist Thiesens rhetorische Frage, ob sich die Nato eingekauft habe, mehr als polemisch.

Glenewinkels Beitrag ist ein Dokument von Irritation und Betroffenheit, in der sich – wenn wir ehrlich sind – unglaublich viele Menschen unmittelbar nach dem 24. Februar befanden. Die Collage war nicht darauf angelegt, Antworten zu geben, sondern gibt als quasi literarische Form einer emotionalen Regung Raum, die zuzulassen zur Daseinsbewältigung auch und gerade von Pazifisten gehören darf.

Der nächste Schritt ist gemacht – die Sommerausgabe der *Zivilcourage* enthält wertvolle Beiträge (Wolfram Wette/Postitionspapier Friedensratschlag/...), die als fundierte Leitfäden zur anzustrebenden DeEskalation taugen.

Gunter Schmidt

FELDPOST



TAGESBEFEHL!

Soldatinnen und Soldaten!

Wir haben sie noch nicht; aber die ukrainischen Kameraden bekommen die Iris, also das Luftabwehrsystem IRIS-T – und zwar in diesen Tagen. High-Tech von der feinsten Sorte, gut gegen alles, was einem aus der Luft Ärger machen könnte – Marschflugkörper, Raketen. Und dabei extrem beweglich. Ja, manche von uns werden jetzt olivgrün vor Neid, aber es sind nun einmal die Ukrainer, die jetzt in der Zeitenwende auch unsere Freiheit verteidigen. So wie das früher einmal unsere ISAF-Kameraden am Hindukusch getan haben. ISAF gegen den Terrorismus, IRIS gegen Putin – und alles für unsere Freiheit.

Alex von Lingua, Feldpostmeister

Beitrittserklärung

Ich unterstütze die DFG-VK-Grundsatzserklärung und werde deshalb Mitglied der DFG-VK.

Vorname

Nachname

Geburtsdatum

PLZ + Ort

Straße + Hausnummer

Telefon

E-Mail

Ich bin damit einverstanden, dass meine persönlichen Daten unter Einhaltung der Datenschutzbestimmungen bei der DFG-VK gespeichert werden.

Datum

Unterschrift

Beitragsstufen

Ich bezahle diesen monatlichen Mitgliedsbeitrag (bitte ankreuzen):

- Förderbeitrag Stufe 6 29,00 Euro
- Förderbeitrag Stufe 5 22,00 Euro
- Förderbeitrag Stufe 4 15,00 Euro
- Normalbeitrag Stufe 3 10,00 Euro
- Ermäßigter Beitrag Stufe 2 5,00 Euro
- Mindestbeitrag Stufe 1 2,00 Euro

(Die Stufen 1 und 2 sind nur per halbjährlichem Bankeinzug möglich.)

Darüber hinaus spende ich monatlich Euro.

Darüber hinaus spende ich einmalig Euro.

Zahlungsrhythmus (bitte ankreuzen)

- vierteljährlich
- halbjährlich
- jährlich

Einzugsermächtigung

Ich ermächtige die DFG-VK, den Mitgliedsbeitrag von meinem Konto einzuziehen. Diese Einzugsermächtigung kann ich jederzeit widerrufen. Der Auftrag kann nur ausgeführt werden, wenn mein Konto ausreichend gedeckt ist.

KontoinhaberIn

IBAN

BIC

Datum

Unterschrift

Das DFG-VK-Spendenkonto
IBAN: DE05 3702 0500 0008 3046 00
BIC: BFSWDE33XXX



Die ZivilCourage-Karikatur



Friedlich denken allein ändert nichts. Werde Mitglied der DFG-VK!

Bitte die Rückseite ausfüllen und in einem Fensterumschlag schicken an:

DFG-VK-Bundesverband
Hornbergstraße 100
70188 Stuttgart



Die Grundsatzerklärung der DFG-VK:

Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.

